

*Zentrum für Europäische Integrationsforschung
Center for European Integration Studies
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn*



Jahresbericht

2003



Inhalt

3 Vorwort

ZEI auf einen Blick

- 5 Ziele und Aufgaben
- 6 Der Internationale Beirat des ZEI

Forschung und Beratung

- 7 Forschungsgruppen im Überblick
- 9 Forschungsgruppe I „Institutionen und Institutionenentwicklung“
- 18 Forschungsgruppe II „Europäische Mikrostrukturen, Regulierungs- und Wettbewerbspolitik“
- 22 Forschungsgruppe III „Makroökonomische Politik und Institutionen“
- 24 Forschungsgruppe IV „Europäische Arbeitsmärkte und Systeme der sozialen Sicherung“
- 24 Forschungsgruppe V „Europas Rolle in der Welt“

Ausbildung

- 32 Der „Master of European Studies“ – Sprungbrett für eine Spitzenposition in der EU

Weiterbildung

- 35 Israelische und palästinensische Experten an einem Tisch: die „European Summer University“ (ESU 2003)
- 37 Ein kleines Jubiläum: die zehnte „Transatlantic Summer-Academy“ (TASA)
- 37 Die „Bonn Graduate School of Economics“ – Doktorandenausbildung mit einem modernen Lehrprogramm
- 38 EU-Sommerseminar für Studenten der Internationalen Beziehungen und des Völkerrechts aus Zentralasien
- 39 „ZEI Summer School in International Macroeconomics, Money and Finance“
- 40 Sonstige Aus-, Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen

Zentrale Koordination

- 42 IWB-Geschäftsführung
- 42 Öffentlichkeitsarbeit, Information und Dokumentation
- 43 Die Bibliothek – Europäisches Dokumentationszentrum

ZEI im Überblick

- 44 Organisation und Ansprechpartner (Organigramm)
- 45 Mitarbeiter und Fellows (nach Forschungsgruppen)

48 Ausgewählte Veranstaltungen des ZEI

51 Publikationen des ZEI

58 Kooperationspartner

61 ZEI Pressestimmen

Vorwort



Prof. Dr. Christian Koenig LL.M., Direktor der Abteilung „Politische, rechtliche und institutionelle Fragen“ am ZEI



Prof. Dr. Ludger Kühnhardt, Direktor der Abteilung „Europäische Wertesysteme, Kulturen und Sprachen“ am ZEI



Prof. Dr. Jürgen von Hagen, Direktor der Abteilung „Wirtschaftliche und soziale Fragen“ am ZEI

Das Jahr 2003 war für die EU ein Jahr der Erwartung. Der Verfassungskonvent legte im Juni seinen Entwurf eines Europäischen Verfassungsvertrages vor. Der Prozess der Erweiterung um zehn neue Mitgliedstaaten schritt voran, ohne indes bereits seinen lange erwarteten Abschluss zu finden. Der Euro wurde zunehmend stärker gegenüber dem Dollar, doch lange erwartete strukturelle Reformen in den wichtigsten Mitgliedstaaten der EU ließen auf sich warten.

Das Jahr 2003 war für die EU auch ein Jahr der Kontroversen und Spannungen. Der Disput über die angemessene Reaktion des Westens auf das diktatorische Regime Saddam Husseins im Irak eskalierte hinein in eine Art „Kalten Krieg innerhalb des Westens“, der den tatsächlichen Waffengang der USA und der Koalition, an der eine Reihe europäischer Staaten teilnahmen, überschattete. Wo immer die transatlantischen Beziehungen in schlechtem Zustand sind, ist auch der Prozess der europäischen Integration belastet. Diese historische Erfahrung musste 2003 erneut gemacht werden. Infolge der Dispute zum Thema Irak und über die Politik der Bush-Administration brach ein Maß an Misstrauen unter den EU-Staaten und Neumitgliedern in einer Weise aus, wie man es kaum mehr für möglich gehalten hätte.

Das Jahr 2003 endete als ein Jahr der Enttäuschung und der Krise. Beim EU-Gipfeltreffen im Dezember 2003 konnten sich die Staats- und Regierungschefs der EU nicht auf einen Konsens in der Frage der künftigen Gewichtung der Stimmen im Europäischen Rat einigen – die europäische Verfassung kam nicht zustande. Doch aus der Geschichte von Krisen im Prozess der europäischen Integration durfte man auch die Hoffnung folgern, dass Totgesagte länger leben und dass die EU letztlich durch Krisen sogar gestärkt werden würde. Die Erwartungen an einen Verfassungskompromiss im Jahr 2004 blieben insofern ebenso groß wie die kurzfristige Enttäuschung über das Scheitern des Dezember-Gipfels.

Vor diesem Hintergrund entfaltete das Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) auch im Jahr 2003 seine unterdessen allseits anerkannte Arbeit. Das „Master of European Studies“ Programm wurde als eines der besten seiner Art in Europa international akkreditiert. Die Projektarbeit der Forschungsgruppen leistete weitere wichtige Beiträge zur Grundlagenforschung, zur Durchdringung politik- und praxisrelevanter Spezialfragen und zur Beratung von Institutionen und Organen in der EU. Einzelheiten stellt dieser Jahresbericht ausführlich dar.

Die interdisziplinär angelegte Arbeit des ZEI wurde während des Berichtszeitraumes nachdrücklich ausgebaut. Als erstes Institut in der EU legte die interdisziplinäre Studiengruppe des ZEI einen Kommentar zum Verfassungsentwurf des Europäischen Konvents vor. Die Arbeit wird fortgesetzt und 2004 in eine erste kommentierende Bewertung des Schluss-Dokumentes einmünden – erneut aus interdisziplinärer Perspektive, die Ausdruck der spezifischen Stärke des ZEI ist.

Das Zentrum für Europäische Integrationsforschung erfuhr auch im Jahr 2003 wieder die wohlwollende Unterstützung der Verantwortlichen in der Universität Bonn, in der Bundesstadt

2003 war für die EU ein Jahr der Erwartung, der Kontroversen und der Enttäuschung.

Das „Master of European Studies“ Programm des ZEI wurde als eines der besten seiner Art in Europa international akkreditiert.

Bonn, in der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen und in der Bundesregierung, bei wissenschaftlichen Partnern in ganz Europa und darüber hinaus. Besonders wichtig war uns wiederum der Rat des Internationalen Beirats.

**Unterstützung durch exzellente
Partner in Wissenschaft und Politik**

Die Anzahl der Anfragen zur Zusammenarbeit übersteigt längst die Möglichkeiten der Ressourcen des ZEI, was wir als ein besonders ermunterndes Zeichen der Anerkennung unserer Tätigkeit ansehen. Wir werden diese fortsetzen, getragen von der Kompetenz unserer Mitarbeiter und vom Wohlwollen unserer Kooperationspartner und Förderer. Für diese Basis einer vertrauensvollen und wirksamen Arbeit sind wir besonders dankbar.

Prof. Dr. Christian Koenig LL.M.

Prof. Dr. Ludger Kühnhardt

Prof. Dr. Jürgen von Hagen



Das ZEI ist gemeinsam mit seinem Schwesterinstitut ZEF (Zentrum für Entwicklungsforschung) am Rand des ehemaligen Bonner Regierungsviertels untergebracht.

ZEI auf einen Blick

Ziele und Aufgaben

Das Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) wurde 1995 als selbständig arbeitende Forschungseinrichtung an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn gegründet.

ZEI beteiligt sich durch

- *richtungsweisende Forschungsarbeiten*
- *fundierte Politikberatung*
- *engagierte Dialoge zwischen Wissenschaft und Praxis*
- *innovative Konzepte der Graduiertenausbildung und*
- *Weiterbildungsmöglichkeiten*

an der Lösung bisher unbewältigter Probleme der europäischen Einigung und der Gestaltung der Rolle Europas in der Welt.

ZEI verbindet in seinen drei Abteilungen auf interdisziplinäre Weise

- *europarechtliche (ZEI a)*
- *wirtschaftliche und soziale (ZEI b)*
- *kulturelle und politische Fragestellungen (ZEI c).*

ZEI bietet Wissenschaftlern und Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Verbänden und Unternehmen ein internationales Forum für alle Fragen der europäischen Integration. ZEI arbeitet – vernetzt mit Partnern in aller Welt – mit einem Stab von derzeit 50 wissenschaftlichen und anderen Mitarbeitern aus dem In- und Ausland.

ZEI arbeitet inhaltlich und organisatorisch mit dem Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF) zusammen. Gemeinsam bilden beide Zentren das Internationale Wissenschaftsforum Bonn (IWB).

Forschung und Beratung

Die Forschungsschwerpunkte des ZEI orientieren sich an aktuellen und langfristigen Fragestellungen, die sich aus dem Einigungs- und Erweiterungsprozess in Europa ergeben. Das Forschungsprogramm wird in abteilungsübergreifenden, interdisziplinären Forschungsgruppen durchgeführt. Es ist flexibel, bedarfsorientiert und auf umsetzbare Ergebnisse ausgerichtet. Die Forschungsarbeiten am ZEI werden durch Arbeitssitzungen ausgewählter Experten aus dem In- und Ausland, die Strategien und Empfehlungen zu spezifischen Fragestellungen entwickeln, unterstützt und ergänzt.

In regelmäßig stattfindenden Vortragsreihen, internationalen Konferenzen und Workshops, die das ZEI initiiert und organisiert, nehmen kompetente Redner aus Wissenschaft, Politik, Diplomatie und Publizistik zu europarelevanten Fragen Stellung und diskutieren ihre Gedanken mit Fachleuten und der interessierten Öffentlichkeit.

Aus- und Weiterbildung

Das ZEI misst der Aus-, Fort- und Weiterbildung besondere Bedeutung zu. Sein Markenzeichen ist der Master-Studiengang „European Studies“, dem 2003 von der Akkreditierungsagentur FIBAA das internationale Gütesiegel verliehen wurde.

International rekrutierte Referenten bereiten in international und interdisziplinär zusammengesetzten Trainingskursen angehende Entscheidungsträger aus Wirtschaft und Politik auf die Herausforderungen des vereinten Europas vor.

Hochmotivierten Nachwuchswissenschaftlern und renommierten Fachleuten bietet das ZEI die Möglichkeit zu Forschungsaufenthalten, die der Bearbeitung spezifischer Fragestellungen in einem internationalen Umfeld dienen sollen.



Bei der Sitzung des Internationalen Beirats des ZEI am 10. Oktober 2003:
(v.l.) Dr. Gert Maichel, Prof. Dr. Hans-Dietrich Genscher, Prof. Dr. Wladyslaw Bartoszewski

Der internationale Beirat des ZEI

Vorsitzender:

Genscher, Prof. h.c. Dr. h.c. mult. Hans-Dietrich, ehemaliger Außenminister der Bundesrepublik Deutschland, Bonn

Mitglieder:

Bartoszewski, Prof. Dr. h.c. Wladyslaw, Polnischer Ex-Außenminister und Träger des Friedenspreises des deutschen Buchhandels 1986, Warschau

Bogdanov, Prof. Dr. Bogdan, Gründer und Vorstandsvorsitzender der New Bulgarian University, Sofia

Borchard, Prof. Dr. Klaus, Rektor, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn (ex officio), Bonn

Delors, Jacques, Präsident „Notre Europe“, ehemaliger Präsident der Europäischen Kommission, Paris

Inotai, Prof. Dr. András, Direktor, Institut für Weltwirtschaft, Ungarische Akademie der Wissenschaften, Budapest

Issing, Prof. Dr. Otmar, Mitglied des Direktoriums der Europäischen Zentralbank, Frankfurt

Maichel, Dr. jur. Gert, Vorstandsvorsitzender der RWE Power AG und Vorstandsmitglied der Multi Energy RWE AG, Essen

Malinvaud, Prof. Dr. Edmond, Centre de Recherche en Economie et Statistique, INSEE. Mitglied der Académie des Sciences, früherer Generaldirektor des französischen nationalen Statistikamts INSEE, Ehrendoktor der Universität Bonn, Paris

Masterson, Prof. Dr. Patrick, ehemaliger Präsident des European University Institute, Florenz

Meckel, Prof. Dr. Miriam, Staatssekretärin für Europa, Internationales und Medien beim Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

von Ploetz, Dr. Hans-Friedrich, Deutscher Botschafter in Russland, Moskau

Portes, Prof. Dr. Richard, Präsident, Center for European Economic Policy Research (CEPR), London

Forschung und Beratung

Die Forschungs- und Beratungstätigkeit am ZEI wird in interdisziplinären Forschungsgruppen geleistet, die sich besonderen Schwerpunktthemen widmen.

In diesen arbeiten Wissenschaftler und „fellows“ aus den drei Abteilungen des ZEI, die sich mit gemeinsamen oder ähnlichen Fragestellungen befassen. Auf diese Weise wird die multi- und interdisziplinäre Zusammenarbeit zu zentralen Fragen des europäischen Integrationsprozesses gefördert.

Die Mitarbeiter der ZEI-Forschungsgruppen treffen sich regelmäßig. Sie leisten einen wertvollen Beitrag im Sinne eines intensiven Dialogs mit Politik und Praxis zu gesellschaftlich relevanten Fragestellungen. Unterstützt wird ihre Arbeit durch Foren und Arbeitsgruppen. Vorträge und Diskussionen sowie hochkarätig mit internationalen Experten besetzte Fachtagungen – vom ZEI durchgeführt – sorgen zudem für eine weiterführende Beschäftigung mit spezifischen Fragen.

Forschungsgruppen im Überblick

Im Zusammenhang mit dem Fortschreiten dieses Prozesses und zur Optimierung der Konzentration auf die Kernkompetenzen des Instituts, sind die Forschungsgruppen zu Beginn des Jahres 2003 neu geordnet worden: Während die unmittelbare Bearbeitung des EU-Erweiterungsprozesses als (einstweilen) abgeschlossen betrachtet werden kann, beschäftigt sich das ZEI, auch im Licht der anstehenden institutionellen und konstitutionellen Weichenstellungen, vorrangig mit Fra-

gen des Regierens und der wirtschaftlichen und rechtlichen Entwicklung in der erweiterten EU. Die offenen Fragen der künftigen nachbarschaftlichen Beziehungen der EU finden ihre angemessene Bearbeitung im Rahmen der Forschungsgruppe „Europas Rolle in der Welt“. Das interdisziplinäre Potential des ZEI wurde durch die Etablierung eines neuen Forschungsprojektes zum europäischen Verfassungsprozess gestärkt.



Eröffnungsansprache von Rektor Professor Dr. Klaus Borchard anlässlich des ZEI-Europaforums am 15. Oktober 2003 im Festsaal der Universität Bonn.

Am ZEI arbeiteten ab dem Jahr 2003 fünf Forschungsgruppen zu folgenden Themen:

I „Institutionen und Institutionenentwicklung“

In dieser Forschungsgruppe werden die Themenkreise Fiskalischer Föderalismus, Regieren in der erweiterten EU, Wirtschaftspolitische Institutionen sowie Verfassung und europäische Identität aufgegriffen und wissenschaftlich abgehandelt. Gerade der letztere hat wegen der Aktualität der Verfassungsgebung der Union hohe Priorität in dieser Forschungsgruppe genossen.

II „Europäische Mikrostrukturen, Regulierungs- und Wettbewerbspolitik“

Diese Forschungsgruppe ist in fünf Projektgruppen gegliedert, die sich jeweils mit sektorspezifischen Fragestellungen der Marktgestaltung und der Marktprozesse im Rahmen der europäischen Integration befassen. Im einzelnen arbeiten die Forschungsprojektgruppen auf den Gebieten des europäischen Telekommunikationsrechts, der Regulierung europäischer Gesundheitsmärkte sowie des europäischen Pharma-, Energie-, Wettbewerbs- und Vergaberechts. Ein besonderes Augenmerk richtet sich dabei stets auf aktuelle Entwicklungen und Probleme sowie auf den intensiven Austausch zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis.

III „Makroökonomische Politik und Institutionen“

Im Mittelpunkt der Arbeiten dieser Forschungsgruppe steht die Beschäftigung mit der Frage nach der Gestaltung der Fiskalpolitik der Mitgliedsländer in der Währungsunion. Die Auseinandersetzung erfolgt zum Teil im Rahmen von Studien über die Fiskalpolitik der EU in den vergangenen Jahren bzw. über fiskalische Regeln. Zudem widmet sich die Forschungsgruppe kritisch der europäischen Geldpolitik.

IV „Europäische Arbeitsmärkte und Systeme der sozialen Sicherung“

Die Arbeit dieser Gruppe konzentriert sich auf Fragestellungen, die das Thema Arbeitsmarkt, seine Institutionen und Probleme betreffen. Untersucht wird in diesem Zusammenhang der Einfluss der unterschiedlichen Strukturen in den EU-Ländern auf die Arbeitsmarktsituation. Dazu gehört auch die vertiefte Auseinandersetzung mit der Frage, ob eine gesamteuropäische Beschäftigungsstrategie der Heterogenität der Arbeitslosigkeit gerecht wird.

V „Europas Rolle in der Welt“

In dieser Forschungsgruppe sind in der Hauptsache die folgenden Themenkreise integriert: Neue Nachbarn, Dialog der Kulturen, Globalisierung des Regionalismus sowie Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU. Die beiden ersten beanspruchten vor allem im Rahmen der bevorstehenden Osterweiterung eine erhöhte Befassungsmarge im ZEI. Die kriegerische Auseinandersetzung im Irak und die Probleme des internationalen Terrorismus lenkten den Blick aber auch besonders auf die GASP.

Forschungsgruppe I: „Institutionen und Institutionenentwicklung“

Verfassung und europäische Identität

Mitarbeit des ZEI am European Policy Institutes Network

Um bei der historischen Weichenstellung, die mit dem Europäischen Verfassungskonvent eingeläutet wurde, nicht nur beobachtend, sondern auch aktiv mitwirken zu können, hat sich das ZEI, vertreten durch Prof. Dr. Ludger Kühnhardt, Dr. Marcus Höreth und Dr. Hubert Iral, an der Gründung des „European Policy Institutes Network“ (EPIN) beteiligt, eines großangelegten Netzwerkes von europaweit tätigen EU-Forschungsinstituten.

Die regelmäßig in Brüssel stattfindenden EPIN-meetings zu Themen rund um den Konvent, an denen immer auch zwei Konventsmitglieder zu Gast sind, dienen nicht nur dazu, Informationen aus erster Hand zu erlangen, sondern auch politikberatend Einfluss zu nehmen. Die Vorteile dieses „network of excellence“ lagen für alle Beteiligten auf der Hand: Renommiertere Experten aus ganz Europa sind bezüglich der Entwicklungen im Konvent immer auf dem aktuellsten Stand gewesen und pflegten durch die Zusammenkünfte in Brüssel ihre Beziehungen zu den europäischen Entscheidungsträgern. Diese wiederum konnten regelmäßig auf die Expertise der Wissenschaftler zurückgreifen, die ihnen bei der Suche nach tragfähigen Lösungen für die

mannigfaltigen Probleme einer europäischen Verfassungsordnung behilflich sind. Zugleich garantierte die multinationale Zusammensetzung von EPIN, dass das gegenseitige Verständnis für jeweilige nationale Interessen und Debatten in den Herkunftsländern aller EPIN-Mitglieder geweckt wurde. Aus diesem Grund traf sich das Netzwerk nicht nur in Brüssel, sondern auch in den Heimatländern aller an EPIN beteiligten „think tanks“. Das Netzwerk wird durch das PRINCE-Programm der Europäischen Kommission bei der Finanzierung dieser Veranstaltungen unterstützt.

Am 13. und 14. Mai fand im Rahmen von EPIN am ZEI die Konferenz „Prospect for a European Constitution – Prospects for more Legitimacy?“ statt, die von Dr. Marcus Höreth und Dr. Hubert Iral geleitet und von der Europäischen Kommission unterstützt wurde. Die Schlüsselfrage lautete: Wird die zukünftige Europäische Verfassung die drängenden Legitimationsprobleme der Union lösen können? Wird sie zu mehr Demokratie und Handlungsfähigkeit führen? Praktiker und Experten aus ganz Europa lieferten instruktive Analysen zum aktuellen Stand der Konventsberatungen. Während sich Nikolaus Meyer-Landrut, Sprecher des Konvents, und Walpurga Speckbacher, Kabinettschefin des Konventspräsidenten Giscard d’Estaing, na-

Praktiker und Experten aus ganz Europa lieferten instruktive Analysen zum aktuellen Stand der Konventsberatungen.



Bei der ZEI/EPIN-Konferenz „Prospects for a European Constitution“ am 13. und 14. Mai in Bonn:
(v. l.) Dr. Marcus Höreth (ZEI),
Dr. Kirsty Hughes (CEPS),
Dr. Hubert Iral (ZEI),
Dr. Walpurga Speckbacher (EU)
und Prof. Dr. Carlos Closa
(University of Zaragoza)

turgemäß eher optimistisch zu den erwarteten Ergebnissen äußerten, waren die EPIN-Experten etwas skeptischer. Dennoch waren auch diese Experten – unter ihnen Kirsty Hughes vom Center for European Policy Studies in Brüssel, Carlos Closa von der Universität Zaragoza, Spanien, Christopher Lord von der Universität in Leeds, Großbritannien, Marcus Höreth und Uwe Leonardy vom ZEI, Franz Eichinger vom Generalsekretariat des Rates der Europäischen Union – optimistisch, dass der Europäische Konvent befriedigendere Resultate präsentieren würde, als dies früher gewöhnlichen EU-Regierungskonferenzen gelungen ist. Diese damalige Einschätzung hat sich mit Blick auf den am 20. Juni letztlich vorgelegten Verfassungsentwurf des Konvents bestätigt.

Auf Grund seines Erfolges wurde EPIN auch nach dem offiziellen Ende des Konvents im Juli 2003 fortgesetzt, um die europäische Verfassungsdebatte kritisch zu begleiten. Diverse Positionspapiere, verfasst von Prof. Dr. Ludger Kühnhardt, Dr. Höreth, Dr. Iral und den anderen Netzwerkteilnehmern gibt es auf der ZEI-Website zum downloaden unter www.epin.org.

Das ZEI-Verfassungsseminar

Am ZEI fand im ersten Halbjahr 2003, geleitet durch Dr. Höreth, einmal im Monat ein interdisziplinäres **ZEI-Verfassungsseminar** statt, an dem Vertreter aller drei Abteilungen teilnahmen. Ziel dieser Veranstaltung war die gemeinsame Analyse der Konventsberatungen. Über die Annahme des Verfassungsentwurfs durch die Konferenz der europäischen Staats- und Regierungschefs hinaus, muss das eigentliche Ziel die Annahme und Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern der EU sein. Dazu ist eine öffentliche Diskussion über einen sich langsam herausbildenden Verfassungspatriotismus auf europäischer Ebene erforderlich. Das ZEI leistet hierzu mit seiner Publikation **„Der Verfassungsentwurf des EU-Konvents. Bewertung und Strukturentscheidungen“**, der als Nr. 124 der Discussion Paper-Reihe erschienen ist, einen wichtigen Beitrag. Der in dem Arbeitsprozess des ZEI-Verfassungsseminars entstandene Kommentar legt das Hauptaugenmerk auf die im ersten Teil des Entwurfs enthaltenen Strukturentscheidungen. Ihre Bewertung versteht sich als Beitrag zur Interpretation und Fortschreibung des Verfassungsprozesses. Die Experten des ZEI stellen fest, dass zwar noch eine Reihe von integrationsfreundlichen Klar-

stellungen wünschenswert wären, der Konvent aber dennoch einige zukunftsweisende Vorschläge unterbreitet hat.

Die Inhalte des Discussion Papers wurden im Zuge der **Regierungskonferenz zum Verfassungsvertrag** ab Oktober 2003 weiter entwickelt und sukzessive an die insoweit von dieser geänderten Vertragsbestandteile angepasst. Ziel war und ist es, die fertige EU-Verfassung in einem Band der ZEI-Schriftenreihe im Hinblick auf ihre Strukturprinzipien zu analysieren und zu bewerten.

Kooperation mit der ERA

Die Europäische Rechtsakademie (ERA) hat zusammen mit dem ZEI eine hochkarätig besetzte, disziplinär gemischte Expertengruppe aus den Institutionen der EU (Gilles de Kerchove, Alain Lamassoure, Kurt Riechenberg, Floriana Sipala, Hans-Bernhard Weisserth), der internationalen Wissenschaft (Yves Gautier, Finn Laurssen, Alfonso Mattera, John Usher) und den Medien (Hans-Martin Tillack) zusammengeführt, um in den Räumen der ERA in Trier die legalen und politischen Konsequenzen dieses neuen Verfassungsdokuments diskutieren zu können. Für die **Tagung „Der Konvent zur Zukunft Europas: Erarbeitung einer Verfassung für die Europäische Union“** unter Leitung von Peter Cullen und Peter Zervakis am 10. und 11. April 2003 hatten sich die Organisatoren zum Ziel gesetzt, eine erste Bestandsaufnahme der Debatten im Konvent vorzunehmen und die Auswirkungen des Verfassungstextes auf das EU-Rechtssystem, die institutionelle Machtverteilung und die zen-



Auf dem Podium der Trierer Konferenz von ZEI und ERA: (v.l.) Wolfgang Heusel (Direktor der ERA), Prof. Dr. Ludger Kühnhardt (Direktor am ZEI), Sarah Jund und Alain Lamassoure (Vertreter des europäischen Parlaments im Konvent)

tralen Politikfelder zu erörtern. Einigkeit herrschte bei allen Referenten, dass die „Konventsmethode“ sich wegen der mehr oder weniger deliberativen Art der öffentlichen Diskussionen im Kreis der Abgeordneten des Europäischen Parlaments, der nationalen Parlamente und der Beauftragten der Regierungen der Mitgliedstaaten sowie der Kommission und erstmals auch der Vertreter der beitragswilligen Länder bewährt habe.

Publikation „Constituting Europe“

Die Frage nach der europäischen Identität wird zunehmend politischer. Die Arbeit des europäischen Verfassungskonvents und die zunehmenden Anfragen nach einer globalen Rolle für die EU verknüpfen die Identitätsfrage immer erkennbarer mit dem politischen Profil und Willen der Europäischen Union. Wissenschaftliche Forschungen müssen daher vermehrt die Erkenntnisse der Regierungslehre, der internationalen Beziehungen und der politischen Theorie, die nach den Traditionen und Ansprüchen Europas sucht, miteinander verknüpfen. Diese methodische Zusammenschau kennzeichnet Band Nr. 60 der ZEI-Schriftenreihe: „Constituting Europe. Identity, Institution-Building And The Search For A Global Role“ von Prof. Dr. Ludger Kühnhardt, Direktor am ZEI. Er richtet sein Hauptaugenmerk auf den Verlauf und die Perspektiven des europäischen Integrationsprozesses im Rahmen der fortschreitenden Globalisierung und plädiert für eine europäische Verfassung. Besondere Bedeutung misst Kühnhardt dem europäisch-amerikanischen Verhältnis zu und schlägt einen neuen Atlantischen Vertrag vor, um den beachtlichen „acquis atlantique“ auf eine neue Basis für die Bewältigung der weltweiten Herausforderungen und Chancen des 21. Jahrhunderts zu stellen.

Prof. Kühnhardt vor dem Bundestags-Ausschuss

Bei einer öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Angelegenheiten der Europäischen Union des Deutschen Bundestages am 21. Mai 2003 zum Stand des EU-Verfassungskonvents hat ZEI-Direktor Prof. Dr. Ludger Kühnhardt dem Deutschen Bundestag die **Einsetzung einer Enquete-Kommission zu den Folgen der europäischen Verfassungsgebung für das politische System Deutschlands und zur Europafähigkeit Deutschlands empfohlen**. Kühnhardt regte an, im Bereich der künftigen Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU einen

„Frühwarnmechanismus“ zu installieren, um künftig Krisen innerhalb der EU wie jene in der Irak-Frage rechtzeitig zu entschärfen. Er plädierte für die doppelte Legitimierung des künftigen EU-Außenministers durch den Europäischen Rat und das Europäische Parlament und empfahl einen Mechanismus für künftige Verfassungsergänzungen auf Basis des Prinzips der qualifizierten Mehrheit im Europäischen Rat. Dadurch werde das föderale Unionsprinzip gestärkt.

Neuordnung der EU-Gesetzgebung

Eine der wichtigsten Aufgaben im Bereich der institutionellen Reformen sah der Konvent in der Neuordnung der EU-Gesetzgebung. Gemäß Art. 33 S.2 Verf.Entw. ist vorgesehen, die Mitentscheidung zur regulären Gesetzgebungsart aufzuwerten. Dr. Hubert Iral, wissenschaftlicher Mitarbeiter am ZEI, analysiert in seiner Studie **„Between Forces of Inertia and Progress: Co-decision in EU-Legislation“**, die als Nr. 119 der Discussion Paper-Reihe des ZEI publiziert ist, die Kompetenzdivergenzen beim Mitentscheidungsverfahren zwischen Rat und Europäischem Parlament, die diversen Reformvorschläge in den EU-Organen, -Institutionen, -Dienststellen etc. und insbesondere diejenigen im Rat selbst und erläutert, warum diese Ansätze bisher noch wenig Erfolg gezeitigt haben. Das mit zahlreichen statistischen Angaben ausgestattete Werk bietet praxisorientierte Lösungsvorschläge.

Institutionelle Gestaltung föderaler Systeme

Die Gestaltung eines sich neu herausbildenden Föderalismus in Europa gehört ebenso zu den dringlichen Themen der aktuellen wirtschaftspolitischen Diskussion wie die Reform des Föderalismus in der Bundesrepublik. Im Jahr 2003 richtete die Deutsche Forschungsgemeinschaft ein **Schwerpunktprogramm „Institutionelle Gestaltung föderaler Systeme: Theoretische und empirische Aspekte“** ein, das von ZEI-Direktor Prof. Dr. Jürgen von Hagen als Sprecher koordiniert und geleitet wird.

Am ZEI werden im Rahmen dieses Schwerpunktprogramms zwei Projekte bearbeitet: Junior Fellow Daniela Treutlein beschäftigt sich mit der Frage, wie weit die politische Integration in Europa fortgeschritten ist. Ziel ihres Projekts, das gemeinsam mit dem Politikwissenschaftler Prof. Dr. Thomas

König, Speyer, konzipiert und durchgeführt wird, ist die Entwicklung eines empirischen Maßes für politische Integration in der EU. Dieses Maß stützt sich auf den Anteil nationaler Gesetzgebung, der in der Übertragung von EU-Recht in nationales Recht besteht. Durch Betrachtung der Entwicklung dieses Maßes über die Zeit und den Vergleich unterschiedlicher Länder sollen Determinanten des Prozesses der politischen Integration empirisch erfasst werden.

Ziel des ZEI-Projekts ist die Entwicklung eines empirischen Maßes für politische Integration in der EU sowie eines dynamischen, makroökonomischen Modells einer Föderation und Währungsunion, mit dessen Hilfe die wohlfahrtsökonomischen Eigenschaften eines Finanzausgleichssystems analysiert werden können.

Junior Fellow Michael Evers befasst sich in einem zweiten Projekt mit der Makroökonomik des Finanzausgleichs in einem föderalen System. Ziel seiner Arbeit ist die Entwicklung eines dynamischen, makroökonomischen Modells einer Föderation und Währungsunion, mit dessen Hilfe die wohlfahrtsökonomischen Eigenschaften eines Finanzausgleichssystems analysiert werden können.

Junior Fellow Bartolomej Gurba analysiert in seinem Dissertationsprojekt **die Entwicklung föderaler Strukturen in Polen**. Er zeichnet zunächst die Entwicklung Polens als föderales System während der letzten 15 Jahre nach. Dabei betrachtet er insbesondere die Frage, ob die Aufgabenteilung zwischen den verschiedenen Regierungsebenen den normativen Aussagen des fiskalischen Föderalismus entspricht. Darüber hinaus untersucht Gurba die Entwicklung der Verschuldung lokaler Gebietskörperschaften in Polen und die Wirksamkeit institutioneller Regeln zu ihrer Begrenzung.

Im Juni 2003 veranstaltete das ZEI unter der wissenschaftlichen Leitung von Prof. Dr. Anke Keßler und Prof. Dr. Christoph Lülkesmann (beide Simon Fraser University, Vancouver) einen zweitägigen **Workshop zum Thema „Federalism and Decentralization“**. Im Mittelpunkt der Konferenz standen Fragen der optimalen Aufgabenteilung in föderalen Systemen. Unter den rund 20 Teilnehmern waren wissenschaftliche Experten aus der Bundesrepublik, den USA, Kanada, Großbritannien und anderen Ländern.

Wirtschaftspolitischer Wettbewerb

In der wirtschaftspolitischen Debatte um die institutionelle Entwicklung der EU nimmt die Frage des Verhältnisses der verschiedenen wirtschaftspolitischen Systeme in den Mitgliedsländern zueinander einen breiten Raum ein. Diese Debatte hat mehrere Facetten: Ein Teil der Diskussion konzentriert sich auf die Frage, inwieweit die Wirtschaftspolitiken der Mitgliedsländer im Wettbewerb zueinander stehen können oder harmonisiert und koordiniert werden müssen. Ein zweiter Teil der Diskussion betrachtet die Notwendigkeit eines fiskalischen Verbunds der Mitgliedstaaten der Währungsunion nach dem Muster des deutschen Finanzausgleichs zur Sicherung von Beschäftigungsstabilität in den einzelnen Mitgliedsländern. Ein dritter Teil befasst sich mit dem Problem des Steuerwettbewerbs in Europa. In einem vierten Teil schließlich geht es um die Entwicklung der lokalen Gebietskörperschaften in Europa und ihr Verhältnis zu den übergeordneten politischen Ebenen in der Union. Das ZEI führt seit 1997 ein breit angelegtes Forschungsprogramm durch, das Beiträge zu diesen Forschungsfragen leistet.

Die Diskussion um Wettbewerb versus Harmonisierung der wirtschaftspolitischen Ansätze und Systeme in der EU betrachtet die Frage, wie unterschiedliche Systeme z. B. der Arbeitsmarktregulierung in den Mitgliedstaaten nebeneinander bestehen können. Populäre Argumente behaupten, die europäische Integration führe zu Wettbewerb der Systeme ähnlich dem Marktwettbewerb zwischen den Anbietern eines Gutes. Die Analogie führt zu dem Schluss, dass sich das jeweils beste wirtschaftspolitische System bewährt.

Anders als auf Märkten für Güter- und Dienstleistungen gibt es im Wettbewerb der wirtschaftspolitischen Systeme keine klaren wirtschaftlichen Anreizstrukturen und keine wohldefinierten Zu- und Austrittsrechte. Die Marktanalogie greift daher nicht.

Die einfache Analogie hält jedoch näherer Überprüfung nicht stand. Anders als auf Märkten für Güter- und Dienstleistungen gibt es im Wettbewerb der wirtschaftspolitischen Systeme keine klaren wirtschaftlichen Anreizstrukturen und keine wohldefinierten Zu- und Austrittsrechte. Die Marktanalogie greift daher nicht. **Prof. Dr. Martin Seidel**, Senior Fellow der Abteilung ZEI-b, hat sich in mehreren Beiträgen mit dem Problem einer angemessenen Wettbewerbsordnung für den Sys-

temwettbewerb auseinandergesetzt. Senior Fellow Klaus Büniger arbeitet ebenfalls über dieses Thema.

Junior Fellow Christian Martincus Volpe betrachtet verschiedene Aspekte des wirtschaftspolitischen Wettbewerbs im Zusammenhang mit der regionalen Integration im Mercosur, der Südspitze Lateinamerikas. Seine Dissertation präsentiert eine umfangreiche empirische Analyse der Effekte der Integration auf die räumliche Verteilung ökonomischer Aktivitäten in der Region. Er weist nach, dass die Integration sowohl die industrielle Spezialisierung einzelner Teilregionen als auch die räumliche Konzentration wichtiger Industrien signifikant geändert hat. Diese räumlichen Effekte implizieren, dass die Regierungen der beteiligten Länder aufgrund der Handelsintegration in intensiverem Wettbewerb um die Ansiedlung von Industrien stehen. Volpes Analyse weist nach, dass fiskalpolitische Instrumente wie Besteuerung, Subventionen und Infrastrukturvorleistungen die Ergebnisse dieses Wettbewerbs signifikant beeinflussen.

Koordination der Wirtschaftspolitik in der Währungsunion

Die EU hat zur Koordination inzwischen eine Reihe von Mechanismen wie Wirtschaftspolitische Richtlinien, Luxemburg Prozess, Cardiff Prozess und Köln Prozess geschaffen, die unterschiedliche Aspekte der Wirtschaftspolitik abdecken. Inwieweit dies jedoch in der Lage ist, die grundlegende Aufgabe zu lösen, eine konsistente Wirtschaftspolitik zu liefern, ist umstritten. ZEI-Fellow **Susanne Mundschenk** und ZEI-Direktor **Prof. Dr. Jürgen von Hagen** arbeiten in einem gemeinsamen Projekt an der Analyse der wirtschaftspolitischen Aspekte dieser Frage. Ausgangspunkt ihrer Überlegungen ist die Entstehung von wirtschaftspolitischen „Klubgütern“ in der Europäischen Währungsunion. Klubgüter sind wirtschaftspolitische Größen wie der gemeinsame Wechselkurs und die gemeinsame Inflationsrate, an denen alle Teilnehmer der Währungsunion gemeinschaftlich partizipieren. Diese Klubgüter erfordern eine neue Definition wirtschaftspolitischer Verantwortlichkeiten in der Währungsunion.

In einer Reihe gemeinsamer Arbeiten und Vorträge diskutieren Susanne Mundschenk und Prof. Dr. Jürgen von Hagen die bisherigen Mechanismen und Prozesse zur Koordination der Wirtschaftspolitik. Sie argumentieren, dass die bestehenden Mechanis-

men zu wenig auf die speziellen Probleme der Währungsunion zugeschnitten sind. Aufgrund ihrer institutionellen Gestaltung ist zu vermuten, dass diese Prozesse weitgehend ineffektiv bleiben werden. Dies liegt nicht zuletzt an der Beschränkung der Koordination auf den bloßen Austausch von Absichtserklärungen und der mangelnden Möglichkeit zu bindenden Absprachen.

Fiskalpolitik und Regionale Schocks in der Währungsunion

Im Rahmen dieser Forschungsgruppe befassen sich Wirtschaftswissenschaftler auch mit der Frage, ob eine Währungsunion, wie sie die EU inzwischen verwirklicht hat, ein System von horizontalen und vertikalen Transfers nach dem Muster des deutschen Finanzausgleichs benötigt, um ohne größere Schwankungen von Beschäftigung und Output in den einzelnen Mitgliedstaaten mit sogenannten asymmetrischen Schocks, also divergierenden zyklischen Entwicklungen umgehen zu können. Der amerikanische Nobelpreisträger Robert Mundell hatte schon in den 60er Jahren die Vermutung geäußert, dass eine Währungsunion derartige Transfermechanismen benötige; dieser Ansicht folgte u. a. der Delors-Report von 1989.

Ein Projekt hat die ökonomische Analyse von Transfermechanismen in einer Währungsunion zum Ziel. **Gemeinsame Arbeiten von Prof. Ken Kletzer und Prof. Dr. Jürgen von Hagen entwickeln makroökonomische Modelle einer Währungsunion, in deren Rahmen sich die Mundellsche Vermutung analysieren lässt.** Sie zeigen, dass diese Vermutung differenzierter zu betrachten ist, wenn man sie außerhalb des Mundellschen Rahmens, der von Lohn- und Preisrigiditäten gekennzeichnet ist, analysiert. Die makroökonomischen und die wohlfahrtsökonomischen Effekte eines Finanzausgleichs hängen dann wesentlich von der ökonomischen Struktur der Währungsunion und von der Ausgestaltung des Finanzausgleichs ab. Diese Arbeiten zeigen, dass ein Finanzausgleich in der Währungsunion unter Umständen zu einer Verbesserung der Stabilität von Einkommen und Beschäftigung in den Mitgliedstaaten führen kann, dass dabei aber nicht zuletzt Konflikte zwischen der Fiskalpolitik und der Geldpolitik in der Währungsunion auftreten können. Eine gemeinsame Arbeit von Kletzer und von Hagen wurde auf einer Konferenz des UN WIDER Programms in Helsinki präsentiert und 2001 in einem Konferenzband veröffentlicht. Dipl.

Volkswirt Patrick Gilles, Junior Fellow der Abteilung ZEI-b, arbeitet diese Analysen im Rahmen seiner Dissertation weiter aus.

Politische Ökonomie der wirtschaftlichen Transformation

ZEI Senior Fellow Dr. Jan Fidrmuc erhielt im Jahr 2003 ein Marie-Curie-Stipendium für einen Forschungsaufenthalt an der Freien Universität Brüssel. Er setzte dort seine Arbeiten zur politischen Ökonomie der wirtschaftlichen Transformation fort. Im August 2003 veranstaltete Dr. Fidrmuc gemeinsam mit dem William Davidson Institute der University of Michigan eine Konferenz zum Thema „Political Economy of Transition: Job Creation and Job Destruction“, die internationale wissenschaftliche Experten zu Arbeitsmarktfragen in Transformationsländern nach Bonn brachte.

Institutionenentwicklung in der EU

Als Ergebnis einer mehrjährigen Forschungsarbeit zu den Entwicklungslinien des Europäischen Parlaments, die teilweise in Kooperation mit dem ZEI erfolgte, veröffentlichten Dr. Andreas Maurer (Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin) und Prof. Dr. Wolfgang Wessels (Köln) als Herausgeber Band Nr. 38 der ZEI-Schriftenreihe mit dem Titel: „Das Europäische Parlament nach Amsterdam und Nizza. Akteur, Arena und Alibi“.

Das Werk widmet sich der Frage, wie gegenwärtig eine politisch-rechtliche Einordnung des Europäischen Parlaments zu leisten wäre. Denn trotz der beträchtlichen Ausweitung seiner Befugnisse ist das Parlament nicht in bekannte Typologien aus der Parlamentarismusforschung einzuordnen. Andererseits werden nach wie vor Forderungen nach einer konstitutionellen Stärkung des Parlaments gestellt, die mit der Notwendigkeit einer verbesserten demokratischen Legitimation für die verbindlichen EU-Entscheidungen begründet werden. Die Studie untersucht die Aussagekraft der integrationswissenschaftlichen Ansätze einer marginalen Bedeutung des Parlaments, seiner gewachsenen Rolle als eigenständiger und schlagkräftiger Akteur im institutionellen Gefüge der EU sowie seiner erst in den letzten Jahren zum Vorschein tretenden Funktion als Arena, in der die wesentlichen sozioökonomischen Konflikte gespiegelt und in Form parteipolitischer Auseinandersetzung manifestiert werden.

Institutionelles Recht

Die Forschungsprojektgruppe „Institutionelles Recht der Europäischen Union und der Europäischen Gemeinschaft“ befasst sich mit den Institutionen, Verfahren und Prinzipien der europäischen Integration, dem Prozessrecht vor dem Europäischen Gerichtshof, den politischen, rechtlichen und institutionellen Integrationsbedingungen für eine erfolgreiche Osterweiterung sowie mit allgemeinen Fragestellungen aus dem Bereich der EG-Grundrechte und Grundfreiheiten. Einen Schwerpunkt bildete die Arbeit an Neuauflagen zweier Lehrbücher. **Unter Mitarbeit von Friederike Meurer und Christiane Busch stellten Prof. Dr. Christian Koenig und Priv.-Doz. Dr. Andreas Haratsch die vierte Auflage des Lehrbuches „Europarecht“ fertig**, die Ende April erschien. Wenig später konnte auch die zweite Auflage der Entscheidungssammlung „Entscheidungen des EuGH“ veröffentlicht werden, die Prof. Dr. Christian Koenig gemeinsam mit Prof. Dr. Matthias Pechstein (Viadrina-Universität Frankfurt/Oder) herausgibt.

Ferner befasste sich die Forschungsprojektgruppe mit einer Reihe von Grundfragen des europäischen Einigungsprozesses: **Priv.-Doz. Dr. Jürgen Kühling** erarbeitete eine **Grundlagenstudie zum Grundrechtsschutz auf europäischer Ebene**, die in dem von Prof. Dr. Armin von Bogdandy (Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, Heidelberg) herausgegebenen Band „Europäisches Verfassungsrecht – Theoretische und dogmatische Grundzüge“ erschien. In der Fachzeitschrift „Die öffentliche Verwaltung“ wurde eine Studie von Jens-Daniel Braun und Moira Kettner veröffentlicht, die sich kritisch mit den Rechtsschutzmöglichkeiten natürlicher und juristischer Personen vor dem Europäischen Gerichtshof gegen EG-Verordnungen auseinandersetzt.

Expertenrat Konvent

Die Aufgabe des „Expertenrates Konvent“ bestand auch im Jahr 2003 vornehmlich in der **Beratung der nordrhein-westfälischen Landesregierung zu Fragen der Debatte um eine Europäische Verfassung**. Prof. Dr. Christian Koenig, Direktor der Abteilung „Politische, rechtliche und institutionelle Fragen“ am ZEI, bereits im Jahr 2001 in dieses Gremium als Vertreter der Europarechtswissenschaft berufen, wurde bei seiner Beratungstätigkeit auch 2003

von seinem wissenschaftlichen Mitarbeiter Winfried Rasbach unterstützt. Beide entwickelten Vorschläge unter anderem zur Einführung eines Suspensiveffekts bei Klagen gegen Kommissionsentscheidungen zur Beihilfenrückabwicklung sowie zu einer Änderung des Art. 68 Abs. 2 EG mit dem Ziel, auch in diesem Bereich eine uneingeschränkte Rechtskontrolle durch den Europäischen Gerichtshof zu ermöglichen.

Gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen der ZEI-Abteilung „Wertesysteme, Kulturen und Sprachen“ erarbeitete die Forschungsprojektgruppe ferner eine Bewertung der Strukturentscheidungen des Verfassungsentwurfes des EU-Konvents, die als ZEI Discussion Paper veröffentlicht wurde (vgl. oben „Verfassung und europäische Identität“).

Erweiterung der Europäischen Union

In den vergangenen Jahren hat sich das ZEI kontinuierlich und intensiv mit Fragen im Zusammenhang mit der EU-Erweiterung befasst. Zum Abschluss dieser Beratungs- und Forschungsphase fand im Außenministerium der Republik Litauen in Vilnius am 6. März 2003 ein vom ZEI und dem litauischen Außenministerium initiiertes **Seminar für führende Mitarbeiter der wichtigsten Regierungsbehörden Litauens** statt, bei der es vor allem um die Perspektiven des Verfassungsbildungsprozesses ging. Neben ZEI-Direktor Prof. Dr. Ludger Kühnhardt sprachen der französische Botschafter in Litauen, Jean-Bernard Harth, und die beiden litauischen

Vertreter im EU-Verfassungskonvent, der stellvertretende Parlamentspräsident Vytenis Andriukaitis und der Staatssekretär im Außenministerium, Rytis Martikonis. Im Zentrum des Interesses standen die Optionen des Verfassungskonvents und ihre möglichen Folgen. Deutlich wurden die gewachsenen Sensibilitäten der kleineren Staaten und der Bedarf an wissenschaftlich fundierten Argumenten zu den zentralen Fragestellungen des Verfassungsprozesses und den Auswirkungen des Erweiterungsprozesses auf das Regieren in der EU.

Die politische Kultur aller Länder Ost-Mitteleuropas, die mittlerweile als Mitgliedstaaten aufgenommen, bzw. als Kandidaten für eine EU-Mitgliedschaft anerkannt sind, befindet sich seit mehr als einem Jahrzehnt in einer fundamentalen Transformation und Erneuerung. Neben der wirtschaftlichen und der politischen Reform ist dies von allergrößter Bedeutung für die künftige innere Substanz der EU-Neumitglieder. Zugleich verlangt der Blick aus der derzeitigen EU, die geistig-kulturellen Entwicklungen in den EU-Kandidatenländern stärker als bisher in Augenschein zu nehmen, um die Perspektiven eines gemeinsamen Europa besser deuten zu können. In Band 32 der ZEI-Schriftenreihe, der von Dr. Gabor Erdödy (Budapest), Senior Fellow am ZEI, herausgegeben wurde, befassen sich unter dem Titel **„Transformationserfahrungen. Zur Entwicklung der politischen Kultur in den EU-Kandidatenländern“** renommierte Wissenschaftler aus Polen, Tschechien, der Slowakei, Estland, Lettland, Litauen,



Im Festsaal der Bonner Universität: Der Präsident von Malta, Guido de Marco, hier mit ZEI-Direktor Prof. Dr. Ludger Kühnhardt und Rektor Professor Dr. Klaus Borchard, sprach über Maltas Visionen von der Zukunft des Mittelmeerraums im Vereinten Europa.

Ungarn, Slowenien, Malta, Zypern, aber auch aus Rumänien, Bulgarien und der Türkei mit den politisch-kulturellen Wandlungsprozessen. Sie analysieren Kernfragen der Entwicklung der politischen Kultur in ihrem jeweiligen Heimatland unter der Perspektive einer (späteren) EU-Zugehörigkeit.

Die **Problematik des EU-Beitritts von Zypern** steht im Mittelpunkt der erfolgreich im Rahmen des Junior Fellow-Programms des ZEI abgeschlossenen Dissertation von Susanne Baier-Allen. Sie setzt sich mit der Hypothese auseinander – die von der EU mit Unterstützung der UNO verfolgt worden ist –, dass die Perspektive einer EU-Mitgliedschaft für die Republik Zypern katalysatorische Wirkung auf die Lösung der Zypern-Frage haben werde. Die empirischen Befunde sind freilich ernüchternd: Demnach hat sich zwar das Konfliktverhalten der beteiligten Parteien und ihr Verhältnis zur Außenwelt verändert, dabei wurde aber die Teilung der Insel im östlichen Mittelmeer eher verfestigt.

Regieren in der erweiterten EU

Die Politikwissenschaft hat dem Europäischen Gerichtshof bisher nur recht wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Dabei kann seine integrationspolitische Rolle gar nicht überschätzt werden. Ein neues, von **Dr. Marcus Höreth** am ZEI geleitetes und von der Fritz-Thyssen-Stiftung finanziertes interdisziplinäres Projekt untersucht die **Rolle der EuGH-Rechtsprechung im Prozess der politischen Integration Europas** vor dem Hintergrund föderaler Vergleichserfahrungen mit der Verfassungsgerichtsbarkeit in Deutschland und den USA. Zunächst sollen die gängigen Erklärungsansätze für den Beitrag des EuGH bei der Entwicklung der europäischen „polity-in-

the-making“ kritisch diskutiert werden. Dabei wird nicht nur deutlich werden, dass die dominierenden politikwissenschaftlichen Ansätze ihren Gegenstand aufgrund der Vernachlässigung der normativ-rechtlichen Dimension der Judikatur im Mehrebenensystem verfehlen, sondern

auch die kanonisierte Betonung des „sui-generis“-Charakters des EU-Governance-Systems und die daraus gefolgerte Einzigartigkeit des EuGH den Blick für die Erklärungskraft komparativer Ansätze verstellt. Demgegen-

über vertritt das Projekt folgerichtig die Analogisierungsthese: Der EuGH wird als ein europäisches Verfassungsgericht konzeptualisiert, welches prinzipiell mit Verfassungsgerichten in anderen sich föderal organisierenden Mehrebenensystemen vergleichbar ist. Ziel des Forschungsprojektes ist zu zeigen, dass die Entwicklungstrends im Hinblick auf politische Integration durch Rechtsprechung in den drei untersuchten Mehrebenensystemen zwar durchaus unterschiedlich weit fortgeschritten sind, gleichwohl aber funktional einem ähnlichen Entwicklungspfad folgen. Falls sich diese Hypothese bestätigt, könnten daraus Prognosen für die Weiterentwicklung des EuGH im Governance-System der EU abgeleitet werden.

Mit dem Themenkreis **Recht im EU-Kontext** befasst sich auch Band 52 der ZEI-Schriftenreihe, indem er sich einem bisher relativ wenig beachteten Integrationsfaktor, der Interdependenz von Rechtsentwicklung und sprachlichem Einfluss, zuwendet: **„Europa: Sprache und Recht / La construction européenne: aspects linguistiques et juridiques“** vereint die deutschen und französischen Beiträge, die Linguisten und Juristen aus Hochschulen und EU-Institutionen anlässlich eines internationalen Kolloquiums zum Ausklang des Jahres der Mehrsprachigkeit in Saverne/Elsaß, Dezember 2001 gehalten haben. Herausgegeben wurde er von den Sprachwissenschaftlerinnen Dr. Isolde Burr (Köln) und Prof. Dr. Gertrud Gréciano (Straßburg).

Stand das Europa der Vergangenheit im Mittelpunkt historischer Analysen, so beschäftigen sich vorrangig Recht, Politik und Verwaltung mit dem Recht der Gegenwart und Zukunft. Aufbauend auf der Erkenntnis und Erfahrung, dass die Mehrsprachigkeit des Rechts der Europäischen Gemeinschaft einen prägenden Bestandteil der sich ausbildenden Rechtskultur bildet, stellen sich spezifische Fragestellungen kontrastiver Textproduktion und Textrezeption im Kontext von Sprachenrecht und Rechtssprache. In dem Sammelband werden Sprach-, Kommunikations-, Kultur- und Übersetzungswissenschaft als Instrument für die bestmögliche Entwicklung und Verwirklichung der Europaidee im Einverständnis mit dem Europabürger verstanden.

Die geistigen Konturen Europas

Warum sind Fußballspiele zwischen niederländischen und deutschen Mannschaften immer etwas ganz Besonderes? In Zusam-

Ziel des Forschungsprojektes ist zu zeigen, dass die Entwicklungstrends im Hinblick auf politische Integration durch Rechtsprechung in den drei untersuchten Mehrebenensystemen zwar durchaus unterschiedlich weit fortgeschritten sind, gleichwohl aber funktional einem ähnlichen Entwicklungspfad folgen.

menarbeit mit der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen sind am ZEI Publikationen entstanden, die sich dem Umgang mit verschiedenen Mentalitäten, Kulturen und Traditionen in den Niederlanden, Belgien, Luxemburg und Frankreich zuwenden. Die Unterschiede beginnen im Kleinen, sie trennen Nachbarn. Interkulturalität ist also eine Herausforderung für den Handelsreisenden wie für den Touristen. Dr. Jacobus Delwaide (Brüssel), Dr. Georg Michels (ZEI) und Dr. Bernd Müller (Benelux-Koordinator NRW) sind die Herausgeber von Band 56 der ZEI-Schriftenreihe: **„Die Rheingesellschaft – Mentalitäten, Kulturen und Traditionen im Herzen Europas.“**

Welches historische Erbe und welche Vorstellungen verbinden sich mit dem Begriff „Europa“? Historiker aus Österreich, Polen, Tschechien, Litauen und Deutschland untersuchen in dem Sammelband **„Auf der Suche nach einem Phantom? Widerspiegelungen Europas in der Geschichtswissenschaft“**, herausgegeben von Dr. Georg Michels (ZEI), das „Europabild“ in der Geschichte und in der Geschichtswissenschaft Ostmitteleuropas. Dazu werden sowohl ganze Epochen im Längsschnitt durchgemessen wie auch einzelne, aus-

gewählte Aspekte beleuchtet, die beispielhaft für bestimmte, die Länder betreffende Entwicklungen stehen. So werden die verschiedenen Sichtweisen von Völkern Ostmitteleuropas deutlich.

Die historische Dimension greift auch Band 54 der ZEI-Schriftenreihe auf: **„Mitteleuropa. Politische Kultur und europäische Einigung“**; er entstand aus einem Zusammenwirken des ZEI mit Dr. Gabor Erdödy von der Eötvös Loránd Universität, Budapest. Im Zentrum der Beiträge namhafter Historiker aus Ungarn, Kroatien, der Slowakei, Rumänien, Österreich und Tschechiens steht die Frage nach Stellenwert und Wandel der Mitteleuropaidee im Kontext des sich unter dem Dach der EU wiedervereinenden Europa. Es zeigt sich, dass die historisch geprägte und teilweise vorbelastete Fixierung auf die eigene Region für die Donaustaaten durch die Perspektive der EU-Mitgliedschaft teilweise abgelöst worden ist. Gleichzeitig aber wird auch erkennbar, dass kulturelle Prägungen und geistige Bilder über Wert und Wirkung von Mitteleuropa im Raum zwischen Alpen, Adria und Schwarzem Meer nachwirken.

ZEI-Publikationen, die sich dem Umgang mit verschiedenen Mentalitäten, Kulturen und Traditionen zuwenden

Veröffentlichungen der Forschungsgruppe (Auswahl)

Braun, J.-D. und M. Kettner: „Die Absage des EuGH an eine richterrechtliche Reform des EG-Rechtsschutzsystems – ‚Plaumann‘ auf immer und ewig?“, in: Die öffentliche Verwaltung (DÖV) 2003, S. 58 ff.

Campos, Nauro F. und Jan Fidrmuc (Hg.): „Political Economy of Transition and Development: Institutions, Politics, and Policies“, ZEI Studies in European Economics and Law Vol. 5, Kluwer: Boston, Dordrecht, New York, London 2003

Fidrmuc, Jan: „Economic Reform, Democracy and Growth during Post-communist Transition“, in: European Journal of Political Economy 19 (3), September 2003, S. 583–604

von Hagen, Jürgen und Susanne Mundschenk: „Fiscal and Monetary Policy Coordination in EMU“, in: Journal of International Finance and Economics 8, 2003, S. 279–95

Höreth, Marcus: „When Dreams Come True? The Role of Powerful Regions in Future Europe“ (ZEI-Discussion Paper C 121/2003)

Iral, Hubert: „Between Forces of Inertia and Progress: Co-decision in EU Legislation“ (ZEI Discussion Paper C 119/2003)

Koenig, Ch., J.-D. Braun und R. Pfromm: „Beihilfenrechtliche Probleme des EG-Emissionsrechtshandels“, in: Zeitschrift für Wettbewerbsrecht (ZWeR) 2003, S. 152 ff.

Koenig, Ch., J. Kühling und W. Rasbach: „Versorgungssicherheit im Wettbewerb – Ein Vergleich der gemeinschaftsrechtlichen, französischen und deutschen Energierechtsordnung“, in: Zeitschrift für neues Energierecht (ZNER) 2003, S. 3 ff.

Kühnhardt, Ludger: „Constituting Europe, Identity, Institution-building and search for a global role“, Baden-Baden, Nomos Verlag 2003 (ZEI-Schriftenreihe, Bd. 60)

Molander, Per (Hg.): „Fiscal Federalism in Unitary States“, ZEI Studies in European Economics and Law, Vol. 6, Kluwer: Boston, Dordrecht, New York, London 2003

ZEI (Hg.): „Der Verfassungsentwurf des EU-Konvents“ (ZEI Discussion Paper C124/2003)

Forschungsgruppe II: „Europäische Mikrostrukturen, Regulierungs- und Wettbewerbspolitik“

Direktor Prof. Dr. Christian Koenig bei der ZEI-Konferenz zum Thema „Die Novelle des Telekommunikationsgesetzes – Diskussionen zum Referentenentwurf“ am 13. Juni 2003.



Europäisches Kommunikationsrecht

Einen wichtigen Arbeitsschwerpunkt der Forschungsprojektgruppe „Europäisches Kommunikationsrecht“ bildete wie schon im Vorjahr der 1999 von der Kommission eingeleitete Überprüfungsprozess des europäischen Telekommunikationsrechts, der 2002 mit der Verabschiedung eines neuen Rechtsrahmens auf EG-Ebene seinen Abschluss gefunden hatte. Die Arbeit der Forschungsprojektgruppe im Jahr 2003 war vor allem durch die wissenschaftliche Begleitung der Umsetzung des neuen Rechtsrahmens in nationales Recht geprägt. Dieser Schwerpunkt spiegelt sich nicht nur in einer umfangreichen Publikationstätigkeit, sondern gerade auch im Kontakt mit Wissenschaft und Praxis durch Veranstaltungen und Beratungstätigkeiten wider.

Inhaltlich knüpften viele der Publikationen an die in Fachkreisen vielbeachteten Vorarbeiten aus dem Jahr 2002 an; hervorzuheben sind hier insbesondere die wirkungsvolle **Studie zum funktionsfähigen Wettbewerb** und das **Kompendium zum EG-Telekommunikationsrecht**. Der Großteil der Aufsatzpublikationen des Jahres 2003 sowie eine Monographie zur Ausgestaltung des neuen deutschen Telekommunikationsgesetzes haben eine de-

tailliertere Ausarbeitung der neuen deutschen Telekommunikationsregulierung zum Gegenstand.

Daneben befassen sich mehrere Aufsatzpublikationen des Jahres 2003 als erste Veröffentlichungen im deutschsprachigen Raum mit den Rechtsfragen sicherer Systemumgebungen („trusted computing“).

Die Beratungstätigkeit der Forschungsprojektgruppe „Europäisches Kommunikationsrecht“ für das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit bestand insbesondere in der Erstellung zweier Stellungnahmen zu unterschiedlichen Entwicklungsstufen des Telekommunikationsgesetzes (Arbeitsentwurf und Referentenentwurf zum TKG). Daneben wurde die aktive wissenschaftliche Diskussion auch mit Marktteilnehmern im Rahmen von Veranstaltungen und Einzelgesprächen gesucht. Als besonders fruchtbar hat sich dabei auch die Beratung von Branchenverbänden erwiesen.

Im neu erschlossenen Bereich des deutschen, europäischen und internationalen Postrechts hat sich die Forschungsprojektgruppe zusammen mit dem Wissenschaftlichen Institut für Kommunikationsdienste (WIK) erfolgreich um die Erstellung einer Studie für das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit bewerben können, die sich mit der **Fortentwicklung des Weltpostvereins** befasst.

Die Forschungsprojektgruppe organisierte im Jahr 2003 drei Veranstaltungen: Den Auftakt bildete im Februar eine in Brüssel in Zusammenarbeit mit der Landesvertretung Nordrhein-Westfalen bei der Europäischen Union ausgerichtete Veranstaltung zum Thema **„Die Umsetzung des neuen TK-Rechtsrahmens – Zwischen europäischer Integration und mitgliedstaatlichen Besonderheiten“**. In hochkarätig besetzter Runde wurden Rechtsfragen der Umsetzung des neuen Telekommunikationsrechtsrahmens in nationales Recht mit Vertretern der EG-Kommission, des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit sowie mit zahlreichen Teilnehmern aus der Branche diskutiert.

Am 9. Mai folgte als erste Veranstaltung dieser Art in Deutschland die **ZEI-Konferenz**

Beratungstätigkeit für das
Bundesministerium für
Wirtschaft und Arbeit sowie
für Branchenverbände

zum Thema „Trusted Computing – Neue Herausforderungen für das deutsche und europäische Wirtschaftsrecht“. Die in den Räumlichkeiten des ZEI abgehaltene Veranstaltung wurde in Zusammenarbeit mit den Unternehmen Microsoft Deutschland und Artikel5.de ausgerichtet. Das Teilnehmerfeld setzte sich aus Branchenvertretern aus dem In- und Ausland, Mitgliedern des Bundeswirtschaftsministeriums und Vertretern des Bundesdatenschutzbeauftragten zusammen.

Schließlich fand am 13. Juni in Bonn die ZEI-Konferenz zum Thema „Die Novelle des Telekommunikationsgesetzes – Diskussionen zum Referentenentwurf“ statt. Aufgrund der guten Beteiligung der Ministerialkreise entwickelte sich diese Veranstaltung zu einem äußerst fruchtbaren Fachgespräch, das unmittelbar zwischen den Akteuren des Gesetzgebungsverfahrens, den Unternehmen der TK-Branche und wissenschaftlichen Fachkreisen geführt werden konnte. Die Veranstaltung war Beleg dafür, dass die Wissenschaft nicht nur den fachlichen Rahmen, sondern auch die Plattform für den Meinungsaustausch bieten kann und muss.

Regulierung Europäischer Gesundheitsmärkte / Europäisches Pharmarecht

Die Anwendbarkeit des europäischen Vergaberechts im Bereich des Gesundheitswesens und die Frage der Zulässigkeit des grenzüberschreitenden Arzneimittelversandes waren die zentralen Themen der Forschungsprojektgruppe „Regulierung Europäischer Gesundheitsmärkte/Europäisches Pharmarecht“. Durch zwei Veranstaltungen des im Jahr zuvor gegründeten Studienkreises „Regulierung Europäischer Gesundheitsmärkte“ ist der angestrebte aktive Gedankenaustausch zwischen Krankenkassen, Politik und Wissenschaft aufgenommen worden.

In Zusammenarbeit mit der BKK Berlin sowie dem BKK Bundesverband fand am 29. April eine Studienkreiskonferenz zum Thema „Die gesetzlichen Krankenkassen im Wettbewerb“ statt. Gerade vor dem Hintergrund des aktuellen Reformprozesses im Bereich der sozialen Sicherungssysteme ist dieses Thema von großer Bedeutung. Zu den Vortragenden und Teilnehmern der Konferenz zählten sowohl Rechtsgelehrte als auch Praktiker aus gesetzlichen und privaten Krankenkassen, Verbänden, Ministerien, Kassenärztlichen Vereinigungen und Gerichten. Die

Konferenz war geprägt von spannenden Vorträgen, angeregten Diskussionen sowie der Konfrontation von Politik, Wissenschaft und Praxis.

Eine weitere Veranstaltung des Studienkreises im Juli war ein **Streitgespräch, in dessen Mittelpunkt die Internet-Versandapotheke 0800DocMorris stand**: „Ist DocMorris wirklich ein Visionär des europäischen Arzneimittel-Binnenmarktes oder nur ein Trittbrettfahrer divergierender mitgliedstaatlicher Regulierungen?“. Auch bei diesem Streitgespräch wurden Praxis und Wissenschaft zusammengeführt. Die Diskussion befasste sich mit der Gewährleistung der Arzneimittelsicherheit und der Schaffung von fairen Wettbewerbsbedingungen im Falle der Zulassung des grenzüberschreitenden Arzneimittelversandhandels durch Apotheken. Neben diesen Veranstaltungen wurde die publizistische Tätigkeit zu aktuellen Fragen insbesondere des Sozialversicherungsrechts ausgeweitet. Ein Schwerpunkt lag in der Erörterung der Bedeutung des Wettbewerbs- und Vergaberechts für das Gesundheitswesen. So wurde nicht nur die Frage beleuchtet, inwieweit das Vergaberecht auf die Leistungsbeziehungen zwischen Krankenhäusern und Krankenkassen Anwendung findet, sondern es wurde auch untersucht, welche rechtlich zulässigen Steuerungsoptionen zur Qualitätsförderung und Kostensenkung in der gesetzlichen Krankenversicherung bei ärztlich veranlassten Leistungen existieren.

Energierecht

Die fortschreitende Liberalisierung des Energiemarktes bildete 2003 einen Schwerpunkt der Forschungsprojektgruppe „Energierecht“, die durch Veranstaltungen, Publikationen und Beratungstätigkeiten die noch nicht abgeschlossene Novellierung des nationalen Energiewirtschaftsgesetzes aktiv begleitete. Notwendig geworden ist sie durch die im Jahr 2003 auf EU-Ebene verabschiedeten **Beschleunigungsrichtlinien für Strom und Gas**, die ein ehrgeiziges Umsetzungsziel verfolgen – sowohl hinsichtlich der bereits Mitte 2004 endenden Umsetzungsfrist für die Mitgliedstaaten, als auch hinsichtlich der inhaltlichen Anforderungen.

Eine der wesentlichen Neuregelungen durch die Richtlinien liegt in der Ausweitung und Verschärfung des bestehenden Unbundling-Regimes: Energieversorgungsunternehmen wird vorgeschrieben, dass sie ihren

Aktiver Gedankenaustausch zwischen Wissenschaft, Politik und Krankenkassen

Netzbetrieb von den wettbewerblich tätigen Bereichen entflechten müssen. Mit dem Thema „Legal Unbundling“ befassten sich daher auch die „Energiegespräche in Bonn“ am 21. Mai. Sie bildeten zugleich die Eröffnungsveranstaltung des an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn gegründeten Studienkreises „Regulierung der Netzwirtschaften“, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, einen Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis sowohl zu Grundproblemen als auch zu sektorspezifischen Fragestellungen des Rechts der Netzwirtschaften herzustellen. Sprecher des Studienkreises sind Prof. Dr. Christian Koenig (Direktor am ZEI), Priv.-Doz. Dr. Jürgen Kühling (Senior Fellow am ZEI) und Dr. Christian Theobald (Rechtsanwalt in Berlin).

Mit der zukünftigen Ausgestaltung der Regulierung in der Energiewirtschaft befassten sich die „Energiegespräche in Berlin“, die am 15. Oktober 2003 in den Räumen des Bundespresseamtes stattfanden. Nachdem Deutschland lange Zeit als einziger Mitgliedstaat die Einrichtung einer Regulierungsbehörde für Energie abgelehnt hat, ist die Einführung einer solchen Instanz nun auch in Deutschland nicht mehr eine Frage des „Ob“, sondern lediglich des „Wie“. Anlässlich der Energiegespräche in Berlin diskutierten die energiepolitischen Sprecher der Bundestagsfraktionen über die Ziele ihrer Fraktionen im Gesetzgebungsprozess zur Verabschiedung der Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG).

Die Forschungsprojektgruppe „Energie-recht“ hat sich darüber hinaus im Jahr 2003 besonders intensiv mit **Rechtsfragen der regulatorischen Ausgestaltung des Netzzugangs bei Erdgas** befasst. Zu diesem Thema ist ein Buch der Autoren Prof. Dr. Christian Koenig und Winfried Rasbach (Wissenschaftlicher Mitarbeiter am ZEI) in Arbeit. Im Dezember erschien die Habilitationsschrift von Priv.-Doz. Dr. Jürgen Kühling zum Thema „Sektorspezifische Regulierung in den Netzwirtschaften. Typologie – Wirtschaftsverwaltungsrecht – Wirtschaftsverfassungsrecht“.

Vergaberecht

Zu Beginn des Jahres 2003 wurde die Forschungsprojektgruppe „Vergaberecht“ ins Leben gerufen, die sich umfassend mit dem deutschen sowie dem europäischen Vergaberecht beschäftigt. Neben dem Aufsatz „Grundzüge des deutschen und des europäischen Vergaberechts“ in der Neuen Juristischen Wo-

chenschrift erschienen mehrere **Veröffentlichungen zur Anwendbarkeit des Vergaberechts im Bereich des Gesundheitswesens** in einschlägigen Fachzeitschriften.

Einen weiteren Schwerpunkt stellte die Verwirklichung des Buchprojekts „Recht der Infrastrukturförderung“ dar, das gemeinsam mit der Rechtsanwaltskanzlei Becker Büttner Held aus Berlin und München herausgegeben wird und voraussichtlich im Mai 2004 erscheint. Es befasst sich mit den zahlreichen rechtlichen Aspekten des komplexen Querschnittsthemas der öffentlichen Infrastrukturförderung und deren bestmöglicher Handhabung. Angesichts der fortschreitenden gemeinschaftsrechtlichen Steuerungsvorgaben in diesem Bereich war dem Vergaberecht ein ganzes Kapitel zu widmen.

Eine wichtige Veranstaltung für die neue Forschungsprojektgruppe „Vergaberecht“ stellte die **ZEI-Konferenz „Das Ausschreibungsverfahren bei Infrastrukturprojekten“** dar, die am 29. Mai stattfand. Durch die Zusammenführung nationaler und internationaler Experten aus Wissenschaft und Praxis konnte das Thema rundum beleuchtet werden.

Finanzmärkte in den neuen Mitgliedsländern der EU

Junior Fellow Valeriya Dinger arbeitet in ihrem Dissertationsprojekt an **Untersuchungen zur Entwicklung des Finanzsektors in den neuen EU-Mitgliedstaaten** und konzentriert sich dabei auf den Bankensektor. Entgegen verbreiteten Erwartungen in den 1990er Jahren haben sich die Finanzsysteme in diesen Ländern zu weitgehend bankdominierten Systemen entwickelt. Wertpapiermärkte spielen in der Finanzintermediation eine untergeordnete Rolle. Einige Länder weisen heute ein zweistufiges Banksystem auf, in dem wenige große Banken auf das Depositengeschäft spezialisiert sind und viele kleine Banken das Kreditgeschäft betreiben. Nur in Ländern, in denen die großen Banken aus der sozialistischen Vergangenheit nicht überlebt haben, sind alle Banken gleichmäßig im Depositen- und im Kreditgeschäft tätig. Frau Dinger analysiert privatwirtschaftliche Daten der Finanzinstitute, um die Auswirkungen dieser neuen Strukturen auf das Risikoverhalten und die Intensität des Wettbewerbs auf den Finanzmärkten herauszufinden. In Ländern mit zweistufigen Banksystemen spielt der Geldmarkt eine wichtige Überwachungsfunktion für das Risikoverhalten im Kreditgeschäft. Zugleich

stellt die Zweistufigkeit eine Wettbewerbsbeschränkung zugunsten der am Depositenmarkt dominierenden Banken dar.

Junior Fellow Birgit Schmitz arbeitet in ihrem Dissertationsprojekt an einer **Untersuchung zur Bedeutung der Banken in der Transmission der Geldpolitik in den neuen EU-Mitgliedstaaten**. Sie zeigt in einer empirischen Untersuchung, dass der sogenannte Kreditkanal der Transmission keine bedeutende Rolle spielt.

Senior Fellow Dr. Iulia Traistaru leitet ein Forschungsprojekt unter dem Titel **„The Impact of European Integration and Enlargement on Regional Structural Change and Cohesion“**. Das Projekt wird aus Forschungsmitteln der EU Kommission finanziert und hat wissenschaftliche Partner in fünf anderen europäischen Ländern. Im Rahmen dieses Projekts werden durch Querschnittsanalysen über verschiedene europäische Staaten und Regionen die Effekte wirtschaftlicher Integration

auf den Strukturwandel und den sozialen Zusammenhalt in den Regionen untersucht. Strukturwandel wird dabei vor allem an Indikatoren räumlicher und sektoraler Spezialisierung festgemacht. Ein wesentlicher Arbeitsschritt dieses Projekts besteht in der Erstellung einer gemeinsamen Datenbank.

Dr. Traistaru arbeitet ebenfalls in dem EU-finanzierten Projekt **„Regional Labour Market Adjustment in Accession Countries“**, das von dem Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung koordiniert wird und Partner aus Deutschland, Österreich, Irland, Großbritannien und den Niederlanden vereint. In Dr. Traistarus Teilprojekt geht es vor allem um die Frage der Flexibilität regionaler Arbeitsmärkte in den neuen Mitgliedstaaten.

Veröffentlichungen der Forschungsgruppe (Auswahl)

- Dinger, Valeriya und Jürgen von Hagen: „Risk effects of bank specialization in Central and Eastern Europe“, erscheint in: *European Review of Finance and Economics*
- Fidrmuc, Jan und Jarko Fidrmuc: „Disintegration and Trade“, in: *Review of International Economics* 11 (5), September 2003, S. 811–829
- Koenig, Ch., Ch. Engelmann und F. Meurer: „Die Schlussanträge im EuGH-Verfahren in Sachen DocMorris: Ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer liberalisierten und sicheren Arzneimittelversorgung in Europa“, in: *Pharmarecht (PharmR)* 2003, S. 113 ff.
- Koenig, Ch., J. Kühling und K. Winkler: „Pflichten zur Veränderung von Netzinfrastrukturen – eine Analyse der telekommunikations- und energierechtlichen Vorgaben“, in: *Wirtschaft und Wettbewerb (WuW)* 2003, S. 228 ff.
- Koenig, Ch. und A. Neumann: „Standardisierung und EG-Wettbewerbsrecht – ist bei vertrauenswürdigen Systemumgebungen wettbewerbspolitisches Misstrauen angebracht?“, in: *Wirtschaft und Wettbewerb (WuW)* 2003, S. 1138 ff.
- Koenig, Ch. und D. O'Sullivan: „Is ‚Trusted Computing‘ an Antitrust Problem? Microsoft et al. Under Scrutiny“, in: *European Competition Law Review (ECLR)* 2003, S. 449 ff.
- Koenig, Ch. und U. Steiner: „Die Anwendbarkeit des Vergaberechts auf die Leistungsbeziehungen zwischen Krankenhäusern und Krankenkassen“, in: *Zeitschrift für europäisches Sozial- und Arbeitsrecht (ZESAR)* 2003, S. 98 ff. (Teil I) und S. 150 ff. (Teil II)
- Koenig, Ch., I. Vogelsang, J. Kühling, S. Loetz und A. Neumann: „Workable Competition in Telecommunications Markets – the Example of Germany“, in: *Computer and Telecommunications Law Review (CTLR)* 2003, S. 68
- Seidel, Martin: „Nach Nizza und Stockholm: Stand des Binnenmarktes und Prioritäten für die Zukunft“, in: Rolf Caesar / Hans-Eckart Scharrer (Hg.): „Der unvollendete Binnenmarkt“, Veröffentlichungen des HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung – Hamburg, Bd. 72 in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Europäische Integration, Nomos, Baden-Baden, 2003 S. 29–49
- Traistaru, Iulia: „Spatial Clustering of Industrial Activity and Economic Performance: Lessons from EU Accession Countries“, in: *The Economics of Multifunctional Land Use*, hg. v. C. Rodenburg, R. Vreeker und P. Nijkamp, Maastricht: Shaker Publishing, 2003, S. 43–47
- Traistaru, Iulia, Peter Nijkamp und Laura Resmini (Hg.): „The Emerging Economic Geography in EU Accession Countries“, Aldershot: Ashgate Publishing Ltd., 2003

Forschungsgruppe III: „Makroökonomische Politik und Institutionen“

Fiskalpolitik und der Stabilitäts- und Wachstumspakt

Mit dem Aussetzen des Defizitverfahrens gegen die Bundesrepublik im Herbst 2003 hat die Diskussion um den Stabilitäts- und Wachstumspakt in der EWU eine neue Dimension erreicht. Eine breite Diskussion um mögliche Reformen des Paktes ist in Gang gekommen. Das Spektrum der Argumente reicht dabei von der Forderung nach einer strikten Durchsetzung aller Regeln des Paktes bis zu verschiedenen Anregungen, wie der Pakt „weicher“ gestaltet werden kann. ZEI-Direktor **Prof. Dr. Jürgen von Hagen** legte gemeinsam mit den Professoren Anne Sibert (London), Andrew Hughes Hallett (Cardiff), Antonio Fatas (Fontainebleau) und ZEI Senior Fellow Rolf Strauch eine Studie mit dem Titel „**Stability and Growth in Europe – Towards a Better Pact**“ vor, die in der Reihe „Monitoring European Integration“ des Centre for Economic Policy Studies (CEPR) in London erschien. Kern dieser Arbeit ist der Vorschlag, die fiskalische Disziplin in der EWU durch die Einrichtung eines unabhängigen Stabilitätsrates zu stärken. Der Stabilitätsrat soll die Aufgabe haben, die langfristige Stabilität der Staatsfinanzen der Mitgliedstaaten zu überwachen und öffentlich zu kommentieren.

Die Diskussion um die fiskalische Disziplin in der EWU verweist schon seit langem immer wieder auf die Rolle der Finanzmärkte zur Überwachung und Einforderung ausreichender Disziplin. Inwieweit Finanzmärkte das leisten, ist empirisch umstritten. ZEI Junior Fellow Kerstin Bernoth ist in einer gemeinsamen Arbeit mit Ludger Schuknecht und ZEI Direktor Prof. Dr. Jürgen von Hagen dieser Frage nachgegangen. Aufgrund ökonomischer Untersuchungen mit neuem Datenmaterial kommen die Autoren zu dem Ergebnis, dass die Finanzmärkte die Kreditwürdigkeit von Regierungen differenziert betrachten und in der Zinsbildung für Staatsschuld berücksichtigen. Der Beginn der EWU hat diese Überwachungsfunktion nicht geschwächt.

Europäische Geldpolitik

Im Jahr 2003 setzte der **EMU Monitor**, eine Gruppe von europäischen Makroökonomern, in zwei Pressekonferenzen im Juni und Novem-

ber seine kritische Begleitung der europäischen Geldpolitik fort. Angesichts der Tatsache, dass es auf europäischer Ebene eine formierte öffentliche Meinung derzeit noch nicht gibt, ist es Ziel des EMU Monitors, durch seine Stellungnahmen zu einer informierten öffentlichen Debatte über die Geldpolitik beizutragen. Der EMU Monitor veröffentlicht zu seinen Pressekonferenzen jeweils ein Positionspapier und eine Reihe von Hintergrundstudien. Mitglieder des EMU Monitors sind Dr. Casper DeVries (Erasmus Universität Rotterdam), Prof. Patrick Minford (Cardiff University), Prof. Dr. Georg Rich (ehem. Chefökonom der Schweizerischen Nationalbank), Prof. Ronald MacDonald (Strathclyde University, Glasgow), ZEI Senior Fellow Prof. Dr. Manfred J. M. Neumann (Universität Bonn) und ZEI Direktor Prof. Dr. Jürgen von Hagen. Der EMU Monitor vertritt die Ansicht, dass die EZB ihre Geldpolitik stärker an der Entwicklung monetärer Aggregate ausrichten und somit ihren selbst gesetzten Referenzwert für das Geldmengenwachstum ernster nehmen sollte.

Dr. Boris Hofmann und Prof. Dr. Jürgen von Hagen entwickeln einen Indikator für den künftigen Inflationstrend auf der Grundlage der Quantitätstheorie des Geldes.

Mehrere Forschungsarbeiten dieser Forschungsgruppe befassen sich mit den Bedingungen der Geldpolitik in modernen Finanzmärkten. Junior Fellow Kerstin Bernoth und ZEI Direktor Prof. Dr. Jürgen von Hagen untersuchten in einer gemeinsamen Arbeit die **Transparenz der Geldpolitik der EZB**. Anhand von Zinsfutures prüften sie nach, ob geldpolitische Maßnahmen der EZB von den Finanzmärkten vorhersehbar waren. Die Ergebnisse zeigen, dass der Euro-Geldmarkt informationseffizient ist. In den ersten zwei Jahren hatte die EZB offenbar Probleme, ihre geldpolitischen Maßnahmen effektiv vorhersehbar zu machen. Danach nahm die Evidenz für geldpolitische Überraschungen ab. Kerstin Bernoth trug diese Arbeit bei einer Konferenz der Federal Reserve Bank of New York vor. Sie erscheint in der Zeitschrift *International Finance*.

Auf Einladung der Federal Reserve Bank of Cleveland präsentierten ZEI Senior Fellow Dr. Boris Hofmann und ZEI-Direktor Prof. Dr. Jürgen von Hagen auf einer Konferenz über „Monetary Policy with Low Inflation“ im November 2003 ihre gemeinsame Arbeit über „**Monetary Policy Orientations in Times of Low Inflation**“. Darin zeigen sie, dass traditionelle geldpolitische Indikatoren in relativ hohen Datenfrequenzen wie die Outputlücke und Geldmengenwachstumsraten unter Bedingungen geringer und stabiler Inflation nur noch geringen Informationswert zur Prognose der Inflation besitzen. Unter diesen Bedingungen ist es wichtig, dass die Zentralbank einen Indikator für den künftigen Inflationstrend zur Verfügung hat. Hofmann und von Hagen entwickeln einen solchen Indikator auf der Grundlage der Quantitätstheorie des Geldes. Der ZEI-Direktor trug Versionen dieser Arbeit bei der Tschechischen Nationalbank, in Seminaren in der University of California, Santa Cruz und in der Türkischen Nationalbank vor. Ebenfalls mit der Rolle des Geldes für die Geldpolitik der EZB beschäftigte sich das Hauptreferat mit dem Titel „Hat die Geldmenge ausgedient?“, das Prof. Dr. Jürgen von Hagen vor dem Plenum der Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik in Zürich hielt.

Junior Fellow Tai-kuang Ho beschäftigte sich in seinem Dissertationsprojekt mit **Fragen der Stabilität des internationalen Finanzsystems und der Geldpolitik**. In einer gemeinsamen Arbeit mit ZEI Direktor Prof. Dr. Jürgen von Hagen entwickelte er einen empirischen Indikator für Bankenrisiken, mit dessen Hilfe sich Determinanten solcher Krisen empirisch bestimmen lassen. Das Modell zeigt einen relativ hohen Grad an Vorhersagefähigkeit. Demnach tragen institutionelle Faktoren wie eine explizite Depositenversicherung und makroökonomische Faktoren wie eine starke Überbewertung der Währung und hohe fiskalische Defizite signifikant zur Entstehung von Bankenrisiken bei. Versionen dieser Arbeit wurden in Seminaren bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich sowie in Vancouver und Ankara diskutiert.

Tagungen zur Europäischen Geldpolitik

Im Februar 2003 veranstaltete das ZEI gemeinsam mit der Ungarischen Nationalbank eine **Tagung über die Geld- und Währungspolitik der neuen EU-Mitgliedsländer** auf ihrem Weg bis zur Einführung des Euro. Im Kern der Tagung, an der u. a. der Chefökonom der EZB, Prof. Dr. Otmar Issing, und EU-Kommissar Pedro Solbes als Redner teilnahmen, stand die Debatte über die Vor- und Nachteile einer Politik fixer Wechselkurse im Rahmens des EWS-2 für die neuen Mitglieder. Vielfach wurde die Auffassung vertreten, dass die großen Länder in dieser Gruppe besser eine Politik flexibler Kurse kombiniert mit einem öffentlich angekündigten Inflationsziel verfolgen sollten, während die kleinen Länder direkt den Euro einführen sollten. Letzterem steht jedoch die Ansicht der EZB und der Kommission gegenüber, dass alle neuen Mitglieder den formalen Regeln des Maastricht-Vertrags gehorchen müssen. Die Ergebnisse dieser Konferenz, darunter ein Aufsatz von Prof. Dr. Jürgen von Hagen und ZEI Senior Fellow Dr. Jizhong Zhou werden in einem Tagungsband bei Edward Elgar veröffentlicht.

Im Juni 2003 fand am ZEI die vierte **Jahrestagung des Ausschusses für Makroökonomik des Vereins für Socialpolitik** statt. Der Ausschuss setzt sich zum Ziel, die makroökonomische Forschung in Deutschland auf internationalem Niveau voranzutreiben und dabei vor allem empirische Forschung zu fördern. Eine Reihe von Beiträgen zu der Gründungstagung stellten Analysen der makroökonomischen Entwicklungen in der Europäischen Währungsunion vor.

Im März 2003 veranstaltete das ZEI gemeinsam mit dem Centre for Economic Policy Research, London, die zweite Konferenz zum Thema „**Econometric Modeling of the Euro Economy**“. In dieser Konferenz standen sektorale Aspekte der Wirtschaft des Euro-raums im Mittelpunkt, wie z.B. das Investitions- und das Konsumverhalten. Die Konferenz wurde mit Mitteln der Europäischen Kommission finanziell gefördert.

Veröffentlichungen der Forschungsgruppe (Auswahl)

Bernoth, Kerstin und Jürgen von Hagen: „The Euribor Futures Market: Efficiency and the Effect of ECB Policy Announcements“, erscheint in: *International Finance*

von Hagen, Jürgen, David Begg, Barry Eichengreen, Laszlo Halpern, und Charles Wyplosz: „Sustainable Regimes of Capital Movements in Accession Countries“, CEPR Policy Paper No. 10, London: CEPR 2003

von Hagen, Jürgen, Antonio Fatas, Andrew Hughes Hallett, Ann Sibert und Rolf Strauch: „Stability and Growth in Europe: Towards a Better Pact“, *Monitoring European Integration* 13, London: CEPR, 2003

Orlowsky, Lucjan: „Monetary Convergence and Risk Premiums in the EU Accession Countries“, in: *Open Economies Review*, Vol. 14, No. 3, July 2003

Forschungsgruppe IV: „Europäische Arbeitsmärkte und Systeme der sozialen Sicherung“

Die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit bleibt auf absehbare Zeit die größte wirtschaftspolitische Herausforderung Europas. Seit einigen Jahren fordern internationale Institutionen wie die OECD ebenso wie zahlreiche Wirtschaftswissenschaftler und Vertreter der Wirtschaftspresse eine größere Flexibilität der Arbeitsmärkte in Europa, um des Problems Herr zu werden. Der derzeitige Forschungsstand stützt diese Forderung allerdings kaum. Weder theoretische noch empirische Analysen belegen überzeugend, dass Flexibilisierung zum Abbau der Arbeitslosigkeit beiträgt. Hinzu kommt, dass der Begriff der Flexibilität in der wirtschaftspolitischen Diskussion mit unterschiedlichen Inhalten belegt wird.

ZEI Junior Fellow Tim Mennel beschäftigt sich in seinem Dissertationsprojekt mit **Fragen der Gestaltung von Systemen zur Arbeitslosenversicherung**. Für den europäischen Kontext ist an seiner Arbeit besonders die Frage relevant, wie die Leistungen einer solchen Versicherung im Zeitablauf aussehen

sollten, wenn sie in Arbeitsmärkten angeboten werden, in denen Arbeitnehmer mit sehr unterschiedlichen Eigenschaften hinsichtlich ihrer Beschäftigungschancen tätig sind.

ZEI Junior Fellow Anna Iara untersucht die **regionale Flexibilität der Löhne in den neuen Mitgliedstaaten**. Sie zeigt, dass die Löhne flexibel genug sind, um Anpassungen des Arbeitsmarktes an Schwankungen der Arbeitsnachfrage zu ermöglichen.

Veröffentlichungen der Forschungsgruppe (Auswahl)

Iara, Anna und Iulia Traistaru:
„How Flexible are Wages in EU Accession Countries?“, erscheint in: Labour Economics Special Issue – Conference Volume 2003

Mundschenk, Susanne:
„The impact of the Euro on EU employment“, in: International Review of Employment, July 2003

Forschungsgruppe V: „Europas Rolle in der Welt“

Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

Die deutsche Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Mit dem Fall der Mauer fiel für die EU-Staaten das einigende Band der gemeinsamen Bedrohung weg, und die Entwicklungen auf dem Balkan riefen die NATO auf den Plan. Damit stand jedes Land vor der Frage, welche Rolle es bei den Friedensbemühungen spielen sollte. Die Fritz Thyssen Stiftung (Köln) förderte von Oktober 2000 bis März 2003 das **Projekt „Die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Bundesrepublik Deutschland im euro-atlantischen Integrationszusammenhang, 1990–2000“** von Dr. Franz-Josef Meiers, ZEI-Experte für die transatlantischen Beziehungen nach dem Ende des Ost-West-

Konflikts. In vier Fallstudien untersuchte Meiers die zentralen Problembereiche, welche die deutsche Sicherheits- und Verteidigungspolitik seit der Wiedervereinigung 1990 maßgeblich bestimmen: die Haltung zur europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die Reform der NATO, die Beteiligung der Bundeswehr an militärischen Missionen außerhalb des NATO-Vertragsgebietes und die Reform der Streitkräfte in Interventionsarmeen.

In der wissenschaftlichen Literatur werden unterschiedliche Schlussfolgerungen über das Akteursverhalten des vereinten Deutschland gezogen: Unterstellt wird entweder die Rückkehr zu einer traditionellen Großmachtspolitik oder ein Festhalten an der für die alte Bundesrepublik bestimmenden Verhaltensweise eines Handelsstaates, einer Zivilmacht

und einer zurückhaltenden Macht. Meiers' Analysen verdeutlichen: Die Handlungsmaximen und Prinzipien der Außenpolitik des vereinten Deutschlands behalten auch unter den grundlegend veränderten internationalen Rahmenbedingungen ihre Gültigkeit.

Deutschland übernimmt eine Führungsrolle in Bereichen mit einer nicht-militärischen Dimension, in militärischen Fragen wird dagegen eine Sekundärrolle bevorzugt.

Im Gegensatz zum radikalen Neuanfang der deutschen Außenpolitik nach 1945 ist nun Kontinuität die beherrschende Denkfigur.

Angesichts dieses Befunds stellt sich die Frage, ob das vereinte Deutschland nun mehr Verantwortung für Frieden und Sicherheit in Europa übernimmt, so wie es von den euro-atlantischen Partnern erwartet wird, auch wenn diese vor allem in der Frage der militärischen Machtanwendung von in der Gesellschaft tiefverwurzelten Präferenzen für kooperative, nicht-militärische Strategien und Instrumente der Konfliktverarbeitung abweichen. Meiers' empirische Untersuchung hat ergeben, dass man zwischen der politischen und der militärischen Dimension unterscheiden muss: Deutschland übernimmt eine Führungsrolle in Bereichen mit einer nicht-militärischen Dimension, so in Fragen der Europäisierung und Osterweiterung des Bündnisses sowie bei den politisch-institutionellen Aspekten der Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GESVP). Charakteristisch dafür sind deutliche Akzente, den Konflikt politisch zu beenden und Krisenherde auszuschalten.

In militärischen Fragen ist dagegen ein Führungsvermeidungsreflex zu konstatieren: Geht es um die Beteiligung an „out-of-area-Einsätzen“ oder militärisch-operative Aspekte der „neuen NATO“ (Projektionsstreitkräfte) und die operative Ausgestaltung der GESVP (Konvergenzkriterien), präferiert Deutschland eine Sekundärrolle, indem es die historisch bedingte „Kultur der Zurückhaltung“ übt.

Die NATO und der Mittelmeerraum

Der Mittelmeerraum hat nach dem Ende des Ost-West-Konflikts eine zunehmend stärkere Aufmerksamkeit in der transatlantischen Sicherheitspolitik erfahren. Ethnische Konflikte, Terrorismus, Proliferation von Massenvernichtungswaffen und Bürgerkriegsflüchtlinge sind sicherheitspolitische Bedrohungen und Risiken, welche die südliche Peripherie der EU zu einem der neuen Krisen- und Konflikt-herde für die Sicherheit Europas haben werden lassen. Aus der Sicht vieler Beobachter auf beiden Seiten des Atlantiks ist nur die NATO in der Lage, für Sicherheit und Stabilität in dieser Region zu sorgen. Die NATO hat sich bereits frühzeitig dieser Herausforderung angenommen, doch treten bei der Entwicklung einer Mittelmeerpolitik der Allianz zahlreiche Probleme und Friktionen zu Tage. Wie sich dieser Widerspruch erklären lässt, ist eine der zentralen Fragestellungen, denen Carlo Masala, Senior Fellow am ZEI, in seiner Studie „**Den Blick nach Süden? Die NATO im Mittelmeerraum (1990–2003). Fallstudie zur Anpassung militärischer Allianzen an neue sicherheitspolitische Rahmenbedingungen**“, erschienen als Band 57 der ZEI-Schriftenreihe, nachgeht.



Juan José Ibarretxe, Ministerpräsident des Baskenlands, sprach am 26. März 2003 am ZEI über die Rolle dieser autonomen Region in einer globalisierten Welt. Er forderte das Recht, in den Gremien der EU angemessen repräsentiert zu sein. Er sehe die europäische Zukunft als eine Zukunft der Regionen im Rahmen der EU, die die Nationalstaaten überflüssig mache.

Reflexionsgespräch am 13. Oktober 2003 im ZEI: (v. l.) Prof. Dr. Stefan Fröhlich (Nürnberg-Erlangen), ZEI-Direktor Prof. Dr. Ludger Kühnhardt und der Direktor des Center for Transatlantic Relations der Johns Hopkins University, Washington D.C., Dr. Dan Hamilton.



Zwei Themenbereiche stehen im Zentrum: 1. Wie hat sich die Mittelmeerpolitik der Allianz seit Ende des Ost-West-Konflikts entwickelt? Dabei geht es zum einen um allianzinterne Anpassungsprozesse und zum anderen um die konkrete Politik der Allianz gegenüber den mediterranen Subregionen (Nordafrika, Naher Osten und Balkan). 2. Wie lassen sich Allianzanpassungsprozesse theoretisch fassbar machen?

Transatlantische Beziehungen

Die Irak-Krise stellte für die transatlantischen Beziehungen eine gravierende Belastung dar. Um angesichts ihrer fortwährenden Bedeutung und weiterer neuer globaler Herausforderungen eine Revitalisierung der amerikanisch-europäischen Beziehungen zu fördern, initiierten das ZEI und das Center for Transatlantic Relations der Johns Hopkins University, Washington D.C. ein Kooperationsprojekt „Rethinking the Transatlantic Agenda“. Vertreter führender think-tanks der USA und einer Reihe europäischer Staaten wurden zur Mitarbeit eingeladen. ZEI-Senior Fellow Prof. Dr. Stefan Fröhlich, der seit April 2003 Internationale Beziehungen an der Universität Nürnberg-Erlangen lehrt, konzipierte das Projekt während eines mehrmonatigen Forschungsaufenthaltes am Center for Transatlantic Studies. Im Februar 2003 (Washington) sowie im Mai und Oktober 2003 (jeweils in Bonn) konnten ZEI-Direktor Prof. Dr. Ludger Kühnhardt und der Direktor des Center for Transatlantic Relations, Dr. Dan Hamilton, die Mitglieder der Studiengruppe zu Reflexionsgesprächen willkommen heißen. Bis zum Ende des Jahres entstand unter Beteili-

gung von Vertretern führender europäischer und amerikanischer Forschungsinstitute ein policy-paper dieser Studiengruppe, das 2004 der irischen Ratspräsidentschaft vorgelegt wird, um den Politikprozess im Sinne einer Revitalisierung der transatlantischen Beziehungen zu unterstützen und zu befördern.

Dissertationen

Die konzeptionelle, strategische und logistische Entwicklung der Bundeswehr im Kontext der Entwicklung der sicherheits- und verteidigungspolitischen Tendenzen der neunziger Jahre steht im Mittelpunkt der erfolgreich abgeschlossenen Dissertation von Jan-Philipp Weisswange. Die im Rahmen des Junior Fellow Programms entstandene Arbeit zeichnet den großen Wandel des Anspruchs an die deutschen Streitkräfte von einer Territorialverteidigungsarmee zu einer faktischen Interventionsarmee ab, wie sie infolge neuer regionaler und geopolitischer Entwicklungen von Deutschland abverlangt wurde.

Mit der Entwicklung der **deutsch-französischen Beziehungen** während der neunziger Jahre befasst sich die erfolgreich abgeschlossene Dissertation von Nathalie Jouan, die vorwiegend während eines Forschungsaufenthaltes am ZEI entstand und als co-tutelle sowohl von der Pariser Universität Sorbonne III als auch von der Universität Bonn anerkannt wurde. Die Arbeit zeichnet die Entwicklung der Diskussions- und Entscheidungsprozesse aus der Perspektive der beiden Regierungen in Bonn/Berlin und Paris in Bezug auf die zentralen europapolitischen Themen der neunziger Jahre nach: der Weg zur gemeinsamen Währung, institutionelle Reformen und EU-Erweiterung sowie gemein-

same Außen- und Sicherheitspolitik. Die besondere Bedeutung des deutsch-französischen Tandems, das immer wieder zentrale Anstöße für den europäischen Integrationsprozess geben konnte, analysiert Frau Jouan als zwar nicht ausreichende, aber gleichwohl notwendige Bedingung jedweden Fortschritts in der europäischen Integration.

Neue Nachbarn

Task Force Südosteuropa

Nach Beendigung des Kosovo-Krieges im Juni 1999 wurde am ZEI die Task Force Südosteuropa gegründet, die einen eigenen Beitrag zur langfristigen und nachhaltigen Stabilisierung der Region durch wissenschaftliche Mittel leisten will. Das Programm ruht auf drei Pfeilern: Forschung, Politikberatung und Fortbildung. Ein wichtiges Element dabei ist die Einrichtung von Europastudiengängen in der Region. Dazu wurde, zusammen mit der Hochschulrektorenkonferenz, das Netzwerk für Europastudien gegründet, das sich einmal jährlich trifft. Vom 16. bis 19. Januar 2003 fand in Edirne (Türkei) die **fünfte Jahreskonferenz des Netzwerkes** statt. Co-Organisatoren neben dem ZEI waren die Middle Eastern Technical University (METU), Ankara, und die Trakiya Universität, Edirne. 35 Teilnehmer aus ganz Südosteuropa erörterten die Entwicklung der Zusammenarbeit unter den Netzwerkpartnern. Das ZEI wurde von Prof. Dr. Ludger Kühnhardt, Netzwerkkoordinator Dr. Emil Mintchev, Dr. Rafael Biermann und Janusz Musial vertreten. Im Rahmen der Konferenz fand auch eine Podiumsdiskussion statt, die der sicherheitspolitischen Struktur in SOE nach der zweiten Welle der NATO Osterweiterung gewidmet war. Teilnehmer waren Prof. Dr. Kühnhardt, Dr. Emil Mintchev, Prof. Dr. Attila Eralp (METU), Prof. Dr.

Huseiyn Bagci (METU) und Prof. Dr. Radovan Vukadinovic (Universität Zagreb). Zwei neue Reader der ZEI-Reihe „European Studies and South Eastern Europe“ wurden auf der Konferenz vorgestellt: zum einen von Professor Dr. Nail Alkan, Ankara University, über „Borders in Europe“, zum anderen von Dr. Ana Devic, Novi Sad, über „Nationalism, Regional Multiculturalism and Democracy“.

Europastudienprogramm am BRIE in Rousse

Das Bulgarisch-Rumänische Interuniversitäre Europa-Zentrum (BRIE) ist ein Ende 2000 von der deutschen Hochschulrektorenkonferenz (HRK) initiiertes Projekt im Rahmen des Stabilitätspaktes für Südosteuropa. Es leistet an der bisher einzigen Donaubrücke zwischen Rumänien und Bulgarien einen Beitrag zur hochschulpolitischen Zusammenarbeit und zu einem wirtschaftlichen und kulturellen Aufschwung in dem strukturschwachen Grenzgebiet. Gemeinsam mit den Behörden von Rumänien und Bulgarien, dem deutschen Bundesministerium für Bildung und Forschung, der Hochschulrektorenkonferenz und der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung hat das ZEI von Beginn an eine führende Rolle in der Konzeptentwicklung dieses Projektes und seiner Verwirklichung übernommen.

Kern ist das Interuniversitäre Europa-Zentrum auf beiden Seiten der Brücke, das seit Oktober 2002 für Studierende aus allen Ländern Südosteuropas **zweijährige Masterkurse für Europa-Studien (Rousse) und Wirtschaftsinformatik (Giurgiu)** anbietet. Bulgarische, rumänische und deutsche Lehrkräfte unterrichten dort gemeinsam. Auf rumänischer Seite wird BRIE von der Akademie für Wirtschaftswissenschaften Bukarest, der führenden Wirtschaftsuniversität Rumäniens, gemeinsam mit der 1990 gegründeten Außen-



Bei der fünften Jahreskonferenz des Netzwerkes für Europastudien in Edirne: (v. r.) Dr. Emil Mintchev (Hertie Koordinator / ZEI), Prof. Attila Eralp, Prof. Hüseyin Bagci (beide Middle East Technical University, Ankara), Prof. Dr. Radovan Vukadinovic (Universität Zagreb) und ZEI-Direktor Prof. Dr. Ludger Kühnhardt

stelle an der Donaubrücke, dem Wirtschaftscollege in Giurgiu, auf bulgarischer Seite von der Universität Rouse getragen.

Zum Zweck der wissenschaftlichen Begleitung des Projektes wurde am ZEI ein von der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung geförder-tes **Koordinationsbüro** unter der Leitung von Dr. Emil Mintchev eingerichtet. Neben der Entwicklung des regulären Studienprogramms, der Auswahl und Betreuung der Stipendiaten, dem Aufbau der BRIE Bibliothek, der Organisation einer jährlichen Sommerschule und einer jährlichen wissenschaftlichen Konferenz unterstützt das Koordinationsbüro das Projekt durch die regelmäßige Entsendung von Dozenten einer „Fliegenden Fakultät“ und durch regelmäßige Hertie Vorlesungen, die prominente Referenten nach Rouse führen.

Ein Konsortium von deutschen Universitäten (auf dem Gebiet der Europastudien sind dies neben dem ZEI an der Universität Bonn die TU Chemnitz und die Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/ Oder) begleitet fachlich das Programm, das auf der Basis des vom ZEI entwickelten „Core Curriculum for European Studies in South Eastern Europe“ konzipiert wurde. In der Praxis des ersten Studienjahres wurde dieses Curriculum zunehmend verfeinert und an die Bedürfnisse vor Ort angepasst. Nach dem Treffen der Konsortialpartner in Chemnitz im April 2003 wurde eine Akkreditierungsprozedur des Lehrganges in Deutschland durch die Agentur ACQUIN eröffnet. Die Kosten übernimmt die HRK. In der Bibliothek stehen den Studenten bereits etwa 500 Titel zur Verfügung, gesichert durch die finanzielle Unterstützung der HRK. Zusätzlich hat das ZEI eine Buchspende von über 3000 EURO mit allen bisherigen Veröf-

fentlichungen der ZEI-Schriftenreihe über den NOMOS Verlag nach Rouse geschickt.

Für das erste Semester am BRIE Rouse immatrikulierten sich 21 Studentinnen und Studenten, darunter zehn Hertie Stipendiaten (vier aus Bulgarien, drei aus Rumänien, zwei aus Albanien und eine aus Kalmykien in der Russischen Föderation). Die Prüfungsergebnisse nach dem ersten Semester waren überdurchschnittlich gut und können als Beweis für eine sehr hohe Motivation dienen. Alle Studenten kamen zum dritten Semester, ab 13. Oktober 2003, nach Deutschland an die TU Chemnitz bzw. an die Viadrina.

„Master of European and South East European Studies“ in Podgorica

Nach einer über zweijährigen intensiven Vorbereitungsphase wurde am 25. Januar 2003 an der Universität von Montenegro in Podgorica der neue Studiengang „Master of European and South East European Studies“ eröffnet. Die Eröffnungszeremonie fand im Rahmen einer von der Universität von Montenegro und dem ZEI gemeinsam organisierten und vom Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland finanzierten internationalen Konferenz „Perspektiven der europäischen Integration in Südosteuropa“ statt. Teilnehmer waren namhafte Vertreter aus Politik und Wissenschaft der Region. Der neue Außenminister Montenegros, Dr. Dragisa Burzan, wie auch die Vize-Ministerin des Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten von Serbien-Montenegro, Dr. Jelica Minic, erörterten den Stand der Vorbereitung für die Aufnahme der Verhandlungen über ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen zwischen der EU und „Serbien und Montenegro“.



Dr. Emil Mintchev (l.) mit Studentinnen und Studenten des European Studies-Studiengangs am Bulgarisch-Rumänischen Interuniversitären Europazentrum (BRIE) in Rouse

Ihre Ansichten wurden von der Vertreterin der EU-Kommission, Direktion „Westlicher Balkan“, Tereza Sobieski, geteilt. Alle unterstrichen das Bedürfnis, eine neue Generation „europäisch denkender“ Menschen in der Region zu fördern, die als Experten in allen Bereichen der europäischen Integration fungieren und als Multiplikatoren in Medien, Wirtschaft, Wissenschaft und Politik auftreten können. Dr. Emil Mintchev, der Koordinator des Netzwerkes für Europäische Studien in Südosteuropa, lobte den geschäftsführenden Direktor des Zentrums für Internationale Studien der Universität Podgorica, Prof. Milenko Popovic, für seine exzellente Arbeit und sein Engagement bei der Vorbereitung und Organisation des Studiengangs. Inhaltlich und logistisch war er von Dr. Rafael Biermann vom ZEI dabei unterstützt worden.

24 Studenten aus dem ganzen westlichen Balkan haben im Februar 2003 ihre Ausbildung im Europastudienprogramm aufgenommen. Das Lehrprogramm basiert auf dem vom ZEI und der Netzwerkarbeitsgruppe „Curriculum“ ausgearbeiteten „Core Curriculum for European Studies in South Eastern Europe“. Mit Hilfe der Hochschulrektorenkonferenz konnte eine eigene Bibliothek in Podgorica aufgebaut werden, welche Kernliteratur zum europäischen Integrationsprozess vorhält. Eine Informationsbroschüre über den Studiengang, aus Mitteln des Auswärtigen Amtes finanziert, soll das Programm auch über die Grenzen Montenegros hinaus bekannt machen. Zudem bemüht sich das ZEI, im Rahmen seiner Möglichkeiten Dozenten aus Deutschland nach Montenegro zu bringen. Eine enge Zusammenarbeit mit anderen Universitäten aus der Region, insbesondere mit der Universität Tirana, hat begonnen.

Alle unterstrichen das Bedürfnis, eine neue Generation „europäisch denkender“ Menschen in der Region zu fördern, die als Experten in allen Bereichen der europäischen Integration fungieren und als Multiplikatoren in Medien, Wirtschaft, Wissenschaft und Politik auftreten können.

Europa an die Schulen

Die Arbeitsgruppe „Europa an die Schulen in Südosteuropa“ des „Netzwerkes für Europastudien“ am ZEI unter der Leitung von Dr. Rafael Biermann hat im Frühjahr 2003 die ersten Ergebnisse ihrer Arbeit vorgelegt. Es sind drei Publikationen, die alle in der ZEI-Reihe „European Studies and South Eastern Euro-

pe“ (SEE) erschienen sind. Das umfangreiche „Core Curriculum for a Master of European Education“ (hg. von Siegfried Gehrman und Marianne Krüger-Potratz, SEE 6), Gemeinschaftswerk einer Gruppe von 21 Dozenten der Universitäten Münster und Zagreb, bietet ausgearbeitete Lehreinheiten mit Seminarbeschreibungen und Literaturlisten. Das Curriculum soll das Lehrprogramm für das entstehende „Zentrum für Europäische Lehrerbildung und Europastudien“ an der Universität Zagreb werden. Dieses Lehrprogramm wird 2004/5 in Angriff genommen; es wird die Basis für die Fortbildung von Ministerialbeamten und von Schulpersonal aus ganz Europa sein. Ein einjähriges Postgraduiertenstudium, insbesondere in den Fächern Europafragen und Didaktik, bildet den systematischen Rahmen hierfür. Das oben genannte Curriculum dient auch als Ausgangspunkt für Train-the-Trainer-Seminare, die, bei gleicher Zielgruppe, von der Arbeitsgruppe angeboten werden sollen. Vorbild war das „Core Curriculum for European Studies in South Eastern Europe“ (hg. von Rafael Biermann und Emil Mintchev, SEE1), das ein Jahr zuvor erschien.

Der Band „Europe at Schools in Germany“ (hg. von Rafael Biermann, SEE 5) ist vor allem ein Ideengeber, der in der Region über die gewachsenen Kontakte der Arbeitsgruppe zu Ministerien und Schulen verteilt wird. Er soll vor allem dazu anreizen, sich vor Ort des Themas anzunehmen und konkrete Erfahrungen im Sinne eines Know-how-Transfers weitergeben. In diesem Sinne ist er auch für deutsche Schulen lehrreich.

Für die Publikation „Europe at Schools in South Eastern Europe – Country Profiles“ (hg. von Rafael Biermann, SEE 4) haben Autoren aus Albanien, Bulgarien, Kroatien, Mazedonien, Rumänien und Serbien anhand eines gemeinsam erarbeiteten Kriterienkataloges in aufwendigen Recherchen Informationen über die Vermittlung von Europawissen an den Schulen ihrer Länder zusammengetragen. Die Arbeitsgruppe betrat mit diesem Projekt Neuland, denn bislang gab es praktisch keine Publikationen zu dem Thema. Das Netzwerk, das hier wächst, wird weiter vertieft und genutzt, damit die Arbeit den Schulen der Region zugute kommt. Nach Meinung der meisten Autoren ist die Verbreitung grundlegender Europa-Lehrmaterialien für die Schulen sowie die fundierte Ausbildung der Lehrer selbst in Europafragen vorrangig (Ausnahme: Bulgarien). Hier wird die Arbeitsgruppe in Zukunft ansetzen.

SOE-Monitor

Um einen sorgsam ausgewählten Kreis von rund 500 Südosteuropa-Experten und -Interessierten in der deutschen und europäischen Politik, in den Medien, in Wissenschaft und Wirtschaft über aktuelle Entwicklungen in der südosteuropäischen Region zu informieren, gibt die Task Force Südosteuropa seit 2001 regelmäßig ihren „SOE-Monitor“ heraus. Seit Januar 2003 erscheint er in Englisch. Damit ist der Monitor nun für alle ZEI-Partner in Südosteuropa wie in den Vereinigten Staaten von Amerika zugänglich.

Dialog der Kulturen

„Menschenrechte, Kulturen und Gewalt“

Dass im Zuge einer enger werdenden Welt das Zusammentreffen der Kulturen und spezifischer Lebensformen schnell zu kriegerischen Konflikten führt, die in ihrem Ausgang und ihren Folgewirkungen unabsehbar sind, manifestiert sich zu Beginn des dritten nachchristlichen Jahrtausends in dramatischer Weise. Ob dieser spannungsreiche Zustand aber zu friedlichen Kooperationen kultureller Lebensformen transformiert werden kann, hängt jetzt und in Zukunft mehr denn je von der Einsicht wechselseitiger Angewiesenheit der Kulturen, von der Etablierung institutionalisierter Möglichkeiten regionaler Gewalt- und Konfliktentschärfung sowie von einem Dialog der Kulturen ab. Die Klärung dieser

weltgeschichtlichen Zusammenhänge, die systematisch umfassende Analyse der Ursachen der Gewalt, ihrer Strukturen, Formen und Manifestationen, aber auch das Aufzeigen der Möglichkeiten von Gewaltüberwindung im Kontext einer auf Menschenrecht und Menschenwürde basierenden interkulturellen Ethik gehört zu den Aufgaben von Politik und Philosophie, die auf der Höhe der Zeit die Konfliktpotentiale der Kulturen transparent machen und selbst am interkulturellen Dialog mitarbeiten wollen.

In diesem Sinne unternimmt ein 2003 begonnenes Projekt des ZEI und der Hermann und Marianne Straniak Stiftung unter dem Thema „Menschenrechte, Kulturen und Gewalt. Perspektiven einer interkulturellen Ethik“ einen über gewohnte Wege der Wissenschaftskooperation hinausgehenden Ansatz: Persönlichkeiten kulturell unterschiedlicher Herkunft analysieren und diskutieren die angesprochenen Felder der Auseinandersetzung um Menschenwürde, Kulturen und Gewalt im interkulturellen Dialog sowohl historisch als auch systematisch.

Colloquium in Straßburg

Als Mitglied eines Beraterkreises des Generalsekretärs des Europarates nahm ZEI-Direktor Prof. Dr. Ludger Kühnhardt an einem hochrangig von Intellektuellen und Politikern besuchten Colloquium zu **Grundfragen der europäischen Identität** am 24. und 25. April 2003 in Straßburg teil. In Anwesenheit von Europarats-Generalsekretär Walter Schwimmer leitete Kühnhardt das zentrale Panel, das sich mit Fragen nach den neuen globalen Herausforderungen für die Menschenrechte und die Demokratie befasste. Dabei ging es um die Folgerungen des politischen Extremismus – sowohl in innenpolitischem Zusammenhang als auch im Kontext des politisch motivierten Terrorismus – für die Grundpositionen der Menschenrechte und der Demokratie. Deutlich wurde bei der Diskussion, wie sehr die historische und geographische Prägung die Einstellung zu Grundannahmen und Bedrohungsvorstellungen von Menschenrechten und Demokratie bestimmt: Während im Kontext der europäischen Geschichtserfahrung eine besondere Sensibilität zugunsten der Rechte des Einzelnen und der Abwehr staatlicher Machtansprüche besteht, sehen sich demokratische Ordnungen und menschenrechtliche Schutzvorstellungen in anderen Regionen der Erde, vor allem angesichts des islamistischen Terro-



ZEI-Europaforum am 9. Oktober 2003: Der ehemalige polnische Außenminister Władysław Bartoszewski (Mitglied des Internationalen Beirats des ZEI) spricht über „Europas Identität nach der Osterweiterung der EU“

rismus, mit Angriffen auf die Staatlichkeit und die staatliche Autorität als Sachwalter der Rechtsstaatlichkeit ausgesetzt. Insbesondere für und in Israel schafft diese Situation enorme Dilemmata und Spannungen, die auf der Tagung offen diskutiert wurden.

Die ostasiatischen Kulturen und der Westen

Die Grundlage des künftigen Zusammenlebens auf der Welt lässt sich weder durch einen Weltstaat noch durch ein Weltethos verordnen. Sie kann nur in einem Dialog der Kulturen erstritten werden. Der Ausgangspunkt dafür ist, was Konfuzius „Richtigstellung der Begriffe“ nannte: Bevor man die Wahrheitsansprüche anderer Kulturen verstehen und überhaupt nach Konflikt und Versöhnung forschen kann, muss man sich über die wichtigsten Kategorien, in denen Würde und Aufgaben des Menschen bestimmt werden, verständigen. Von ganz besonderer Bedeutung wird dies im Verhältnis zwischen den ostasiatischen Kulturen und dem Westen sein. Hier stehen sich zwei Zivilisationen von gleicher Tiefe und mit gleichem Universalanspruch gegenüber, deren eigentliche Begegnung im Weltmaßstab noch aussteht. Der Charakter dieser Begegnung wird die Zukunft mehr gestalten als alle zur Zeit absehbaren Entwicklungen auf der Erde. Um sie vorzubereiten, bedarf es des Dialogs. Dazu will die Anthologie „Zukünftiges Menschsein. Ethik zwischen Ost und West“, die als Band 55 der ZEI-Schriftenreihe erschienen ist, in der gemeinsamen Bemühung östlicher und westlicher Denker der Gegenwart einen Beitrag

leisten. Herausgeber sind Dr. Ralf Elm, von 2000 bis 2002 wissenschaftlicher Mitarbeiter am ZEI und jetzt Akademischer Rat für Philosophie an der Pädagogischen Hochschule Weingarten, und Prof. Dr. Mamoru Takayama, der an der Tokyo University Philosophie lehrt. Das Werk ist aus einer gemeinsam vom ZEI und der Hermann-und-Marianne-Straniak-Stiftung entwickelten Initiative für einen philosophischen Dialog zwischen dem Westen und Ostasien erwachsen. Diese Zusammenarbeit hat sich als fruchtbar erwiesen, als dadurch das Werk der Autoren nicht nur ideell gefördert wurde, sondern dieses auch ganz praktisch einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden kann.

Forschungstätigkeit einer russischen Gastwissenschaftlerin

Nahezu ein Jahr lang (vom 26.2.03 bis zum 19.1.04) war die russische Politologin Swetlana Pogorelskaja als Senior Fellow im ZEI. Sie befasste sich mit den Arbeiten zu einem Forschungsprojekt, welches von der Thyssen-Stiftung finanziell gefördert worden ist. Ziel ist die Erstellung einer Pilotstudie über Deutschland zum Themenkreis „Außenpolitische Kulturen der EU-Staaten“. Gleichzeitig trieb sie ihre Habilitationsschrift zum Thema „NGO's in der deutschen Außenpolitik“ voran und veröffentlichte neben zahlreichen Artikeln in Russland zur Frage des europäischen Rechtspopulismus einige Beiträge in deutschen Publikationen, u. a. „Deutschland im russischen Blätterwald“ (Osteuropa 9-2003) und „Frei von den Zwängen der Tagespolitik“ (Ifa / 6 - 2003).

Veröffentlichungen der Forschungsgruppe (Auswahl)

Biermann, Rafael: „Stabilitätspakt und EU-Balkanpolitik: von der Stabilisierung zur Integration?“, in: Heiner Timmermann und Aleksandar Jakir (Hg.): Europas Tragik. Ex-Jugoslawien zwischen Hoffnung und Resignation, Dokumente und Schriften der Europäischen Akademie Otzenhausen, Bd. 106, Münster/Hamburg/London 2003, S. 23–42.

Erdödy, Gabor: „Transformationserfahrungen. Zur Entwicklung der Kultur in den EU-Kandidatenländern“, Baden-Baden: Nomos-Verlag 2003 (Schriften des ZEI, Bd. 32)

Kühnhardt, Ludger: „Wieder Freundschaft nach dem Krieg? Reflexionen über das deutsch-amerikanische Verhältnis“, in: FORUM. Vortragsreihe des Instituts der Deutschen Wirtschaft Köln, Jahrgang 53, Nr.37, 9. September 2003, 4 Seiten, auch in: Politische Studien, 54. Jahrgang, September / Oktober 2003, Seite 64 ff.

Masala, Carlo: „Den Blick nach Süden? Die Nato im Mittelmeerraum (1990 – 2003). Fallstudien zur Anpassung militärischer Allianzen an neue sicherheitspolitische Rahmenbedingungen“, Baden-Baden: Nomos-Verlag 2003 (Schriften des ZEI, Bd. 57)

Meiers, Franz-Josef: „A Change of Course? German Foreign and Security Policy after Unification“, in: Winand Gellner und John D. Robertson (Hrsg.), The Berlin Republic. German Unification and a Decade of Changes, London 2003, S. 195–216

Der „Master of European Studies“ – Sprungbrett für eine Spitzenposition in der EU



*Freude bei den
Fellows des Jahrgangs
2002/2003: Sie haben
ihren „Master of
European Studies“ in
der Tasche.*

Über 100 Studenten haben inzwischen den 1998 gegründeten postgradualen Vollzeit-Studiengang „Master of European Studies“ am ZEI erfolgreich abgeschlossen. Die gleich bleibend hohe Zahl von jährlich 130 bis 160 Bewerbungen aus aller Welt zeigt, dass sich das Programm längst über die Grenzen Deutschlands hinaus einen Namen gemacht hat. Sein

Renommee stützt sich indes nicht allein auf Empfehlungen von Absolventen, vielmehr hat der einjährige Aufbaustudiengang im Jahr 2003 bei der internationalen Akkreditierungsagentur FI-BAA das Gütesiegel erhalten.

Nach aufwendiger Begutachtung wurde am 14. Juli die **Akkreditierungsurkunde** verliehen. Damit trägt der „Master of European Studies“ in Bonn als einziges der vier vom Auswärtigen Amt unterstützten Europa-Programme in Deutschland dieses internationale Gütesiegel. Es belegt, dass dieser Studiengang die internationale Konkurrenz nicht zu scheuen braucht.

„Es handelt sich um ein insgesamt herausragendes Programm mit hervorragenden Ausprägungen in den meisten wichtigen Kriterienbereichen.“

Der offiziellen Verleihung der Akkreditierungsurkunde ging die Erstellung einer umfangreichen Selbstdokumentation des Programms voraus. Auf der Basis dieses Berichtes sowie persönlicher Interviews mit Dozenten, Studenten und der Programmleitung bescheinigte das unabhängige Gutachterteam dem Master-Programm seine Qualität: „Es handelt sich um ein insgesamt herausragendes Programm mit hervorragenden Ausprägungen in den meisten wichtigen Kriterienbereichen“, heißt es im Bewertungsbericht. Alle Qualitätsstandards sind gut bis exzellent erfüllt worden. Besonders gelobt wurden der Praxisbezug, die internationale Ausrichtung des fast ausschließlich in Englisch angebotenen Studiums und die hochkarätigen Dozenten, die im Gegensatz zu anderen Programmen eigens für den Unterricht der Master Fellows ans ZEI kommen.

Ende des Jahres trafen sich erstmals die Dozenten des ZEI und ihre externen Kollegen zum gemeinsamen „Advisory Meeting“, um sich über das Master-Programm auszutauschen. Bei der anschließenden Weihnachts-

feier des ZEI fanden sie sich auch mit der Programmleitung und den Fellows zusammen. Diese Form des Fakultätstreffens soll künftig fortgeführt werden.

Am 28. Mai wurden die Fellows des Jahrgangs 2002/2003 feierlich verabschiedet. Sie traten anschließend bei verschiedenen Europäischen Institutionen, Organisationen und Unternehmen ihr obligatorisches Praktikum an. Auch diesmal wurde einem Kandidaten ein Praktikum bei der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der EU ermöglicht. Ein anderer begann nach einem

Faszinierende Einblicke ins Allerheiligste der EU

Praktikum bei einer internationalen Anwaltskanzlei sein sechsmonatiges „Trainee“ bei der Europäischen Kommission. Weitere Absolventen traten Praktika bei großen internationalen Beratungsunternehmen wie Ernest & Young, Booz, Allan & Hamilton sowie Weber-Shandwick-Adamson an.

Um die Karrieren seiner Alumni verfolgen zu können, startete das „Master of European Studies“ Programm 2003 eine Fragebogenaktion. Die bisherigen Antworten der Alumni ergeben, dass sich viele der ehemaligen Fellows beruflich im EU-Umfeld behaupten konnten. So arbeitet eine Absolventin in der Europaabteilung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), eine andere ist bei der Deutschen Botschaft in Belgrad im Diplomatischen Dienst tätig. Rückblickend auf ihr Bonner Jahr 2000/2001 hebt sie die Breite des

Curriculums und die Vorträge von Praktikern aus EU-Institutionen, Ministerien, Industrie und Wirtschaft hervor, die „faszinierende Einblicke ins Allerheiligste der EU gewährten“.

Eine Absolventin des Jahrgangs 2002/2003 ist nach ihrem Praktikum bei der englischen Handelskammer in London nun bei Euro-Chambers, dem Europäischen Handelsdachverband in Brüssel, fest angestellt. Ein anderer Absolvent dieses Jahrgangs wurde nach seinem Praktikum bei der internationalen PR-Beratungsagentur Weber-Shandwick-Adamson in Brüssel dort als Junior Consultant im Bereich Politikberatung übernommen. Alle Master-Absolventen konnten für ihren Karriereestieg das Netzwerk des Programms nutzen, dessen Schirmherr seit der Gründung 1998 das Auswärtige Amt ist.

Neben den bewährten Kooperationspartnern wie dem BDI, der Deutschen Telekom und T-Mobile International konnte im Bereich der Wirtschaftsunternehmen 2003 neben der Boston Consulting Group auch die McKinsey Consulting Company gewonnen werden. Im Bereich der Institutionen bestehen neben der engen Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt weiterhin gute Kontakte zu verschiedenen Generaldirektionen der EU-Kommission, zu Abgeordneten des Europäischen Parlaments, der Europäischen Zentralbank sowie dem Bundesverbraucherschutz- und dem Bundesfinanzministerium.

Die Zusammenarbeit mit diesen Partnern wurde auch 2003 im Rahmen der pra-



Eine der erfolgreichsten Absolventen des Programms: May Brueggemann bestand das Auswahlverfahren des Auswärtigen Amtes für den Diplomatischen Dienst und arbeitet nun an der Deutschen Botschaft in Belgrad.

xisbezogenen Europa-Dialoge bei Exkursionen vor Ort oder bei persönlichen Gesprächen der EU-Praktiker am ZEI fortgeführt. So waren die Master Fellows erneut bei der Ständigen Vertretung Deutschlands bei der EU in Brüssel zu Gast und wurden dort vom Botschafter Deutschlands bei der EU, Herrn Dr. Wilhelm Schönfelder, zu einem persönlichen Gespräch empfangen. Im Mai nahmen die Studenten im Lichthof des Auswärtigen Amtes in Berlin mit Vertretern der EU-Beitrittsländer an einer Live-Übertragung der feierlichen Unterzeichnung der Beitrittsverträge teil.

Zu den nunmehr traditionellen Besuchen in Brüssel und Berlin kam für die Master Studenten des fünften Jahrgangs erstmalig eine Teilnahme an einer Verhandlung am Europäischen Gerichtshof in Luxemburg hinzu. Dort ging es um den Rechtsstreit über die Zulässigkeit des Versandhandels von Arzneimitteln. Der Prozessvertreter war ZEI-Direktor Prof. Dr. Christian Koenig, der die Fellows in seinem Unterrichtsmodul in die Thematik eingeführt hatte.



Zu Besuch beim Auswärtigen Amt in Berlin: Programm-Direktorin Cordula Janowski mit Master-Fellow Damir Davidovic aus Montenegro

Wie im Vorjahr besuchten zwei Studentinnen des „Master of European Studies“ Programms zwei Wochen lang das ASERI-Institut der Katholischen Universität in Mailand. Für 2004 ist erstmalig ein Treffen aller Studenten beider Master-Programme in Brüssel geplant.

Die Studenten des fünften Jahrgangs nahmen außerdem an einem europaweiten Studienwettbewerb über die Zukunft Europas teil. Ihren Beitrag, die Studie „Beyond Nice. Perspectives on the Reform Convention of the European Union“, hatten sie im Rahmen des Unterrichts bei ZEI-Direktor Prof. Dr. Ludger Kühnhardt erarbeitet. Damit belegten sie bei dem von der EU-Kommission unterstützten Wettbewerb den dritten Platz. Zwei Master Fellows wurden zur feierlichen Preisverleihung nach Athen eingeladen.

Am 13. Oktober begann der sechste Jahrgang des „Master of European Studies“ Programms am ZEI in Bonn. Die Studentengruppe ist mit Kandidaten aus der Bundesrepublik Deutschland, jetzigen und künftigen EU-Staaten, Russland, den U.S.A. und Mexiko wiederum international zusammengesetzt. Neu vertreten ist Nord-Korea. Zwei Fellows aus diesem Land absolvieren das Programm als Stipendiaten der Friederich Ebert-Stiftung.

Weitere Stipendien kommen wie bisher von der Konrad-Adenauer-Stiftung, dem DAAD und der Haniel-Stiftung, die auch im sechsten Jahrgang insgesamt zehn Studenten voll oder mit Teilstipendien unterstützen. Aber es konnten zum beginnenden Studienjahr 2003/2004 auch neue Stiftungen als Kooperationspartner gewonnen werden: So wird eine Studentin aus Ungarn von der Hanns-Seidel-Stiftung unterstützt, ein Student aus Montenegro erhält ein Stipendium des PARIM-Projekts, einem von der EU-Kommission aufgelegten Sonderprogramm für Regierungsbedienstete aus Serbien und Montenegro, und eine türkische Studentin erhält ein Stipendium des Jean-Monnet-Programms für die Türkei. Dieses Türkei-Programm wurde für die Dauer von vier Jahren ins Leben gerufen, um eine EU-kompetente Elite auf einen möglichen EU-Beitritt der Türkei vorzubereiten. Die neuen Kooperationen mit diesen Stiftungen sollen nach dem Willen der Stiftungen und des Master Programms auch im kommenden akademischen Jahr 2004/2005 fortgeführt werden.

Weiterbildung

Israelische und palästinensische Experten an einem Tisch: die "European Summer University" (ESU 2003)



Feierliche Eröffnung der Sommeruniversität mit Experten aus Israel und den palästinensischen Gebieten: Empfang im Alten Rathaus in Bonn

Im Februar 2003 reiste eine vierköpfige Delegation des ZEI nach Israel, um ein ganz neues Projekt vorzubereiten: eine Europäische Sommeruniversität, die einmal im Jahr für eine oder zwei Wochen Experten aus Israel und Palästina zusammenbringt. Das Gesamtprojekt des ZEI und der deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), das von Dr. iur. Albert R. Njoume Ekango, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am ZEI, koordiniert wird, hat eine Kooperation mit Einrichtungen im Nahen Osten, insbesondere in Israel und den Palästinensischen Gebieten zum Gegenstand.

Vorrangiger Anspruch des Gesamtprojekts ist es, ein dauerhaftes Forum für den praxisnahen Transfer von Fachwissen in Fragen der Telekommunikationsregulierung und E-Commerce-Gesetzgebung zwischen Europa und dem Nahen Osten zu schaffen. Außerdem sollen durch Gesprächsrunden mit prominenten Persönlichkeiten israelische und palästinensische Entscheidungsträger zusammenkommen. Wünschenswert wäre, dass die Teilnehmer über Gespräche zu aktuellen Fragen von allgemeinem Interesse Impulse für eine neue Dialogkultur untereinander auch über das Projekt hinaus entwickeln und so ein Beitrag zu einer künftigen friedlichen Zu-

sammenarbeit zwischen Israel und den Palästinensischen Gebieten geleistet werden kann.

Kooperationspartner des ZEI sind drei Universitäten aus Israel und den Palästinensischen Gebieten: die Hebräische Universität von Jerusalem, die Universität von Haifa (jeweils israelisch) und die Al Quds-Universität von Jerusalem (palästinensisch). In einem sogenannten „Framework Agreement“ sind die Eckpunkte der zunächst auf drei Jahre konzipierten Zusammenarbeit festgehalten. Abhängig vom Erfolg sind eine dauerhafte Kooperation und eine regionale Ausweitung auf Länder wie Jordanien und Ägypten anvisiert.

Und im Sommer war es dann so weit: Die zweiwöchige „European Summer University on Telecommunications Regulation and E-Commerce Legislation“ (ESU 2003) wurde am 10. August auf Einladung der Bonner Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann mit einem Empfang im Alten Rathaus feierlich eröffnet.

Die 38 Teilnehmer, Nachwuchswissenschaftler, Praktiker und Fachleute aus Israel und den Palästinensischen Gebieten, waren von den drei Partneruniversitäten ausgewählt

Mit dieser Pionierleistung markierte das ZEI den Start einer langjährigen fachlichen Kooperation mit israelischen und palästinensischen Einrichtungen.

worden. In der Delegation war sowohl der öffentliche als auch der private Sektor (Kommunikationsministerium, Hochschulen sowie Telekommunikationsunternehmen) vertreten. Das Referententeam setzte sich aus Experten aus verschiedenen europäischen Staaten, Israel und den Palästinensischen Gebieten zusammen. Das Verhältnis zwischen israelischer und palästinensischer Beteiligung war ausgewogen: Die Hebräische und die Universität von Haifa stellten jeweils zehn und die Al Quds-Universität 18 Teilnehmer.

Die Besonderheit an der ESU 2003 stellte die Kombination zwischen Zielgruppe, Themen der Veranstaltung und Referententeam dar: Israelische und palästinensische Teilnehmer setzten sich unter der Leitung renommierter Referenten aus Europa, Israel und den Palästinensischen Gebieten, insbesondere mit den neuen Rechtsrahmen der EG für elektronische Kommunikationsnetze und -dienste auseinander. In Arbeitsgruppen wurden Gemeinsamkeiten und Unterschiede mit dem Rechtsrahmen für Kommunikation in Israel und den palästinensischen Gebieten herausgearbeitet.

Ein Beiprogramm gab den Teilnehmern Gelegenheit, sich im Rahmen von Abendgesprächen mit dem Vorsitzenden von Transparency International (Berlin), Dr. Peter Eigen, über die Rolle der Zivilgesellschaft bei der Korruptionsbekämpfung und mit Frau Dr. Margret Johannsen vom Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) über die Wahrnehmung des Verhältnisses zwischen Israel und Palästina in Deutschland auszutauschen.

Der erfolgreiche Verlauf und Abschluss der ESU 2003 am ZEI hat gezeigt, dass die politisch äußerst schwierigen Gesamtverhältnisse im Nahen Osten, insbesondere zwischen Israel und den Palästinensischen Autonomiegebieten, einer konstruktiven und fruchtbaren Zusammenarbeit zwischen Fachleuten auf wissenschaftlich-technischer Basis nicht im Wege stehen. Mit ihrer Teilnahme an der ESU 2003 brachte die Delegation aus dem Nahen

Osten stellvertretend für viele Wissenschaftler und Experten in ihren Heimatgebieten den Willen zum Ausdruck, jetzt schon etwas in die Wege zu leiten, was die Region voranbringt und nicht nur das friedliche Zusammenleben, sondern auch das konstruktive Zusammenarbeiten beider Bevölkerungsgruppen fördert. Mit dieser Pionierleistung markierte das ZEI den Start einer langjährigen fachlichen Kooperation mit israelischen und palästinensischen Einrichtungen.

Dem Gesamtprojekt ist es bereits in dieser Startphase gelungen, das Medieninteresse zu wecken. So waren mehrere Medienvertreter bei der Eröffnungsveranstaltung zur ESU 2003 anwesend. Auch im Laufe der zweiwöchigen Veranstaltung am ZEI wurde dem Projekt eine große mediale Aufmerksamkeit u. a. des Rundfunks zuteil.

Möglich gemacht wurde diese erste Phase des Projekts durch das Engagement der GTZ, die im Wesentlichen für die finanzielle Absicherung gesorgt hat. Das ZEI konnte sich auch die Zusammenarbeit des Gustav-Stresemann-Instituts (GSI) in Bonn sichern, das sowohl finanziell als auch logistisch an der Durchführung der Startphase beteiligt war.

Die zweite Phase mit der ESU 2004 als zentralem Element wird sich mit den israelischen Erfahrungen befassen und soll in Israel stattfinden. Die ESU 2005 wird im Kern den palästinensischen Erfahrungen gewidmet und soll in den Palästinensischen Gebieten durchgeführt werden. Sollte die politische Lage dies allerdings unmöglich machen, können die Folgeveranstaltungen auch wiederum in Bonn stattfinden.

Ein kleines Jubiläum: die zehnte „Transatlantic Summer-Academy“ (TASA)

26 Studenten aus Nordamerika, Europa und Asien nahmen an der 10. Transatlantic Summer Academy (TASA) teil, die das ZEI vom 24. Juni bis 19. Juli 2003 in Bonn durchführte. Unter dem Thema „Unilateral America, Multilateral Europe? Managing Divergence in Transatlantic Relations“ ging es vorrangig um die Frage, wie man die Uneinigkeiten der europäischen Staaten in Bezug auf die transatlantischen Beziehungen in den Griff bekommt. Bei der feierlichen Eröffnung der Sommerakademie hielt Shawn Crowley, Leiter der Politischen Abteilung in der Botschaft der USA in Berlin, den Festvortrag zu diesem Thema.

Das interdisziplinär angelegte Programm der Sommerakademie aus Vorträgen, Tutorials, Panel-Diskussionen und Briefings in Politik, Wirtschaft, Recht, Geschichte und Kultur bot den Teilnehmern vielfältige Möglichkeiten, mit Experten und Persönlichkeiten aus Regierung, Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und den Medien über aktuelle Themen in den euro-atlantischen Beziehungen zu diskutieren – gemäß dem zentralen Anliegen der Sommerakademie, unter künftigen Entscheidungsträgern dies- und jenseits des Atlantiks ein gegenseitiges Verständnis für die Bewältigung der gemeinsamen Aufgaben zu entwickeln und ihr Bewusstsein zu stärken, dass die Beziehungen zwischen Alter und Neuer Welt über das Ende des Ost-West-Konflikts hinaus nach wie vor von zentraler Bedeutung sind, um gemeinsam die vielfältigen Herausforderungen in einer globalisierten Welt des 21. Jahrhunderts zu meistern.

Wie in den vergangenen Jahren waren die Exkursionen nach Straßburg, Berlin und Brüssel zentraler Bestandteil des Programms der Sommerakademie. Höhepunkte der Straßburg-Exkursion waren Gespräche mit Vertretern des Europa-Parlaments und des Europarates. In Berlin sprachen die Teilnehmer mit Vertretern des Bundeskanzleramtes, des Auswärtigen Amtes, des Bundesverteidigungsministeriums sowie mit Experten aus Wissenschaft und Gewerkschaften über aktuelle Themen in den euro-atlantischen Beziehungen. Den offiziellen Teil der Berlin-Exkursion schloss ein Besuch der Universität Potsdam ab.

In Brüssel diskutierten die Teilnehmer mit hochrangigen Vertretern der Europäischen Kommission und der NATO über aktuelle Themen der europäischen Integration und der transatlantischen Sicherheit. Das Programm rundeten drei Ausflüge nach Köln, Düsseldorf und Aachen zur Erkundung des Rheinlandes ab. In Düsseldorf diskutierten die Teilnehmer mit Vertretern der Staatskanzlei der Landesregierung in Nordrhein Westfalen über die Rolle dieses Bundeslandes in Europa sowie mit Vertretern der Bundesbank über die Aufgabe der Europäischen Zentralbank.

An Stelle einer Prüfung hatten die Studenten am Ende die Gelegenheit, ihre neuen Erkenntnisse in Planspielen zu Politik, Wirtschaft und Völkerrecht anzuwenden.

Zentrales Anliegen der Sommerakademie ist es, unter künftigen Entscheidungsträgern dies- und jenseits des Atlantiks ein gegenseitiges Verständnis für die Bewältigung der gemeinsamen Aufgaben zu entwickeln und ihr Bewusstsein zu stärken, dass die Beziehungen zwischen Alter und Neuer Welt über das Ende des Ost-West-Konflikts hinaus nach wie vor von zentraler Bedeutung sind, um gemeinsam die vielfältigen Herausforderungen in einer globalisierten Welt des 21. Jahrhunderts zu meistern.

Die „Bonn Graduate School of Economics“ – Doktorandenausbildung mit einem modernen Lehrprogramm

Der wirtschaftswissenschaftliche Fachbereich der Fakultät für Rechts- und Staatswissenschaft der Bonner Universität betreibt seit 1998 die Bonn Graduate School of Economics. In Deutschland ist dies das erste Doktorandenprogramm mit einem modernen Lehrprogramm nach dem Vorbild US-amerikanischer Graduate Schools. Die Doktorandenausbildung besteht aus einem intensiven

verpflichtenden Kursprogramm im ersten Jahr und weiteren Kursen in den folgenden Jahren, in denen die Dissertation angefertigt wird. Das Programm, das deutsche und ausländische Studenten anzieht und gemeinsam von der Universität Bonn, der Université Catholique de Louvain, der Sorbonne (Paris), der London School of Economics und der Universität Pompeu Fabra (Barcelona) getra-

Die Abteilung „Wirtschaftliche und soziale Fragen“ des ZEI sichert ihren Doktoranden eine Ausbildung auf international hohem Niveau.

gen wird, findet weitgehend auf Englisch statt.

Die Abteilung „Wirtschaftliche und soziale Fragen“ des ZEI beteiligt sich seit 1997 aktiv an dem von der DFG finanzierten Graduiertenkolleg des wirtschaftswissenschaftlichen Fachbereichs. ZEI-Direktor Prof. Dr. Jürgen von Hagen gehört zu den Antragstellern des im Jahr 2000 neu bewilligten Graduiertenkollegs und beteiligt sich in diesem Rahmen an der Doktorandenausbildung des Fachbereichs. Er hat die Verantwortung für die Ausbildung in Makroökonomik übernommen und unterrichtet regelmäßig den Pflichtkurs „Graduate Macroeconomics“ im ersten Semester des Doktorandenstudiums. Die Abteilung übernimmt, teils durch Eigenleistung und teils durch externe Dozenten, ebenfalls den Kurs „Graduate International Macroeconomics“ im zweiten Semester.

Umgekehrt nehmen die Doktoranden des ZEI an Pflicht- und Wahlveranstaltungen der Graduate School teil. Neben den genannten Kursen wird Mikroökonomik, Spieltheorie und Ökonometrie unterrichtet. Das ZEI sichert auf diese Weise seinen Doktoranden der Wirtschaftswissenschaft eine Ausbildung auf international hohem Niveau. Dies ist für die Attraktivität des ZEI als Forschungsstandort für Nachwuchswissenschaftler unabdingbar.

Zunehmend rekrutiert das ZEI Doktoranden der Graduate School, die an europäischen wirtschaftspolitischen Themen arbeiten, als Nachwuchswissenschaftler.

Alle Junior und Senior Fellows des ZEI nehmen an dem wöchentlichen Research Breakfast teil. Dabei handelt es sich um ein internes Seminar, in dem alle Fellows regelmäßig aus ihrer Arbeit berichten. Die Spannweite der Vorträge reicht von der Präsentation neuer Forschungsideen bis zu fertigen Arbeitspapieren. Das Research Breakfast ist ein zentrales Element der wissenschaftlichen Selbstkontrolle und bietet dem wissenschaftlichen Nachwuchs zugleich Gelegenheit, Vortragspraxis zu erwerben.

Junior Fellow Patrick Gilles hielt sich vom Oktober 2002 bis Juli 2003 als Marie-Curie-Stipendiat an der Cambridge University in Cambridge, England, auf. Junior Fellow Tim Mennel verbrachte die erste Jahreshälfte 2003 als Stipendiat an der Universität Pompeu Fabra, Barcelona. Junior Fellow Dalia Grigonyte war von März bis Mai 2003 als Intern bei der Deutsche Bank Research in Frankfurt.

Im Jahr 2003 schlossen Dr. Tai-Kuang Ho (Four Essays in the Economics of Banking and Currency Crises) und Dr. Christian Volpe Martincus (Economic Integration, Fiscal Policy, and Location of Economic Activities: The Case of Mercosur) erfolgreich ihre Dissertationen ab.

EU-Sommerseminar für Studenten der Internationalen Beziehungen und des Völkerrechts aus Zentralasien

„Ich hoffe, dass die politischen Reformen in meinem Land weitergehen, sodass wir schon bald ein interessanter Partner für die EU und ihre Mitglieder werden“, sagt Schoasil Schomansurov aus Usbekistan, der eine Laufbahn in den Regierungsinstitutionen seines Heimatlandes anstrebt.

Es sind vor allem die außenpolitischen Zielsetzungen der Europäischen Union, die die Seminarteilnehmer an dem vierten EU-Sommerseminar für Studierende aus Zentralasien begeistern. Das vom DAAD und dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft

finanzierte Projekt fand vom 17. bis zum 29. August 2003 am ZEI statt und hat schon Tradition. Es reiht sich in die vielfältigen Bemühungen des ZEI ein, in Partnerländern der EU Multiplikatoren und künftige Ansprechpartner für deutsche Regierungsorganisationen auszubilden.

In einem Zeitraum von zwei Wochen setzen sich die Studierenden der Internationalen Beziehungen und des Völkerrechts aus sechs zentralasiatischen Ländern mit den politischen, rechtlichen und ökonomischen Grundlagen der EU auseinander. Neu ist für

die Teilnehmer aus Kasachstan, Kirgistan, Usbekistan, Turkmenistan, Aserbaidschan oder Tadschikistan nicht nur der Lehrinhalt, sondern auch die Lehrmethode: „Der Unterricht wird nicht wie bei uns zu Hause von oben nach unten vermittelt. Es findet eine wirkliche wissenschaftliche Diskussion statt, was eher zum Nachdenken motiviert“, sagt ein Student aus Turkmenistan, der zur Zeit an der Universität in Heidelberg promoviert.

Die Unterrichtsmethode der deutschen Dozenten ist ein lebendiges Beispiel für die Verschiedenheit der Politischen Kulturen, die eines der Unterrichtsthemen des Sommerseminars war. Darüber hinaus vermittelt das Seminar Kenntnisse zur Geschichte der Europäischen Integration, ihren Institutionen und den zentralen Politikfeldern, wie vor allem den Wirtschaftsbeziehungen zu Zentralasien. Dieses Wissen sollen die Studierenden im Berufsleben einmal anwenden: „Die Mehrheit der Teilnehmer wird schon bald politische Schlüsselpositionen in ihren Heimatländern einnehmen“, betont Cordula Janowski, die das Sommerseminar für den DAAD leitet und auch selbst unterrichtet. Daher sei es so wich-

tig, den Studierenden möglichst viele Eindrücke von der EU und von Deutschland zu vermitteln: „Der eine oder andere wird in ein paar Jahren wieder vor uns stehen: als Diplomat oder Experte seiner Regierung“.

Um die Studierenden gerade mit den Grundwerten der EU vertraut zu machen, führte Frau Janowski im vierten Jahr ein Modul zur politischen Kultur in Europa ein. Die Reaktion der Teilnehmer war überraschend positiv: „Wir kleiden uns westlich, wir kaufen Güter aus dem Westen, warum können wir nicht auch die politischen Werte des Westens haben, wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte?“, fragt Elena Kulipanova aus Kasachstan, die gerne noch in Deutschland promovieren würde.

Die Antwort wird sie vielleicht einmal selber geben, auf jeden Fall können alle Studierenden ihr Wissen in ihren Heimatländern weitergeben und so dazu beitragen, dass sich die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Zentralasien, der EU und Deutschland weiterhin positiv entwickeln.

„Die Mehrheit der Teilnehmer wird schon bald politische Schlüsselpositionen in ihren Heimatländern einnehmen.“

„ZEI Summer School in International Macroeconomics, Money and Finance“

Seit 1997 betreibt die Abteilung „Wirtschaftliche und soziale Fragen“ des ZEI mit großem Erfolg die „ZEI Summer School in International Macroeconomics, Money and Finance“. Sie bietet für zehn Tage einer Gruppe von ca. 25 jungen Ökonomen aus europäischen Zentralbanken und Nachwuchswissenschaftlern auf dem Niveau von Doktoranden oder Postdoktoranden ein Angebot von Vorlesungen international führender Wissenschaftler und von Seminaren, bei denen die Teilnehmer ihre eigene Forschung präsentieren.

Das Format der Summer School besteht aus je dreistündigen Vorlesungen am Morgen und je dreistündigen Seminaren am Nachmittag. Teilnahmevoraussetzung ist eine wissenschaftliche Arbeit, die ausreichend entwickelt ist, um im Seminar vorgetragen zu werden. Die Summer School hat in den letzten Jahren Nachwuchswissenschaftler und junge Zen-

tralbankökonominnen aus ganz Europa, aber auch aus Nordamerika und Asien nach Bonn gebracht. Fortgeschrittene Doktoranden des ZEI können an der Summer School auch passiv teilnehmen.

Die Abteilung war auch im Jahr 2003 in der Lage, mit Prof. Carl Walsh (University of California, Santa Cruz) und Dale W. Henderson, PhD (Board of Governors of the Federal Reserve System, Washington DC) zwei international führende Ökonomen als Dozenten der Summer School zu gewinnen. Die Verbindung von Vorlesungen, in denen die Dozenten aus ihrer Forschungsarbeit vortragen, und Seminaren, in denen internationale, anerkannte Spitzenforscher die Arbeiten der Nachwuchswissenschaftler diskutieren und den Autoren Anregungen geben, vermittelt den Teilnehmern äußerst wertvolle Impulse für ihre eigene Forschung.

Sonstige Aus-, Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen

„Fliegende Fakultät“

Im Rahmen des „Netzwerkes für Europastudien in Südosteuropa“ hat das ZEI mit Geldern des DAAD eine „Fliegende Fakultät“ gebildet, um neu entstehenden oder auch bestehenden Europastudiengängen in dieser Region Intensivkurse zu Europafragen durch Gastwissenschaftler anbieten zu können. Zur „Fliegenden Fakultät“ gehören Dr. Emil Mintchev (Die EU-Osterweiterung), Dr. Rafael Biermann (Die EU und der Westliche Balkan), Dr. Peter Zervakis (Geschichte der Europäischen Integration), Dr. Marcus Höreth (Regieren in der erweiterten EU), Dr. Franz-Josef Meiers (Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU), Dr. Hubert Iral (Gemeinschaftsrecht) und StS a. D. Klaus Büniger (EU-Struktur- und Wettbewerbspolitik). Weitere Netzwerkpartner sind Prof. Dr. Armin Heinen (RWTH Aachen), Prof. Dr. Reinhard Meyers (Universität Münster) und Dr. Sarah Jund (Europäische Rechtsakademie Trier).

Diese Aktivitäten konnten im Jahr 2003 fortgesetzt werden, insbesondere im Bulgarisch-Rumänischen Interuniversitären Europazentrum (BRIE) in Rousse und Giurgiu an der bulgarisch-rumänischen Grenze (vgl. For-

schungsgruppe V). Dort werden zweijährige Masterkurse für Europa-Studien (Rousse) und Wirtschaftsinformatik (Giurgiu) angeboten, die für Studierende aus allen Ländern Südosteuropas offen stehen. Bulgarische, rumänische und deutsche Lehrkräfte unterrichten dort gemeinsam. Die Abstimmung erfolgt durch das Hertie-Koordinationsbüro am ZEI, das Dr. Marcus Höreth und StS a. D. Klaus Büniger im Februar und Dr. Marcus Höreth, Dr. Hubert Iral und Cordula Janowski im Juli nach Rousse schickte.

Nach Eröffnung des Europastudienprogrammes in Podgorica (vgl. Forschungsgruppe V) hat das ZEI begonnen, auch dort eine eigene „Fliegende Fakultät“ aufzubauen. Im ersten Halbjahr 2003 konnten so Frau Dr. Silke Kettig, Fellow am ZEI, sowie Frau Marta Pascua, Mitarbeiterin am Europäischen Gerichtshof in Luxemburg, für mehrtägige Seminarveranstaltungen nach Podgorica geschickt werden. Frau Kettig hat daneben auch in Tirana am dortigen Europastudienprogramm gelehrt. Ziel ist es, diesem Programm eine zusätzliche wissenschaftliche Stärkung zuteil werden zu lassen und zugleich die Europaprogramme in Podgorica und Tirana stärker im Sinne regionaler Kooperation aneinander zu binden.

„Stability Pact Summer School“

Vom 7. bis zum 14. September 2003 fand bereits zum vierten Mal die einwöchige „Stability Pact Summer School“ in Dubrovnik statt, diesmal unter dem Thema „Stabilizing South

Eastern Europe – the European Perspective“. Sie wurde erneut von der Task Force Südosteuropa am ZEI (Dr. Rafael Biermann) gemeinsam mit der Diplomatenakademie des Außenministeriums der Republik Kroatien organisiert. Teilnehmer waren etwa 20 junge Diplomaten aus Bosnien und Herzegowina, Bulgarien,

Kroatien, Rumänien, Mazedonien und Serbien. Der Kurs wurde vom Auswärtigen Amt und von der Deutschen Stiftung für Internationale Rechtliche Zusammenarbeit (IRZ) finanziert. Wieder nahm ein Vertreter des Sonderkoordinators des Stabilitätspaktes so-

wie der kroatische Nationale Koordinator des Stabilitätspaktes teil. Prof. Dr. Ludger Kühnhardt trug zur aktuellen Agenda der EU-Integration mit Schwerpunkt auf dem verfassungsbildenden Prozess (Konvent) vor. Dr. Rafael Biermann sprach über den Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess der EU für Südosteuropa ebenso wie über die Perspektiven der EU-Erweiterung nach Kopenhagen. Dr. Emil Mintchev vom ZEI widmete sich den Beitrittsvorbereitungen von Bulgarien und Rumänien, Dr. Tanja Miscevic vom G-17-Institut in Belgrad den Vorbereitungen Serbiens und Montenegros auf die Verhandlungen mit der EU, Marija Pejcinovic Buric behandelte als Assistant Minister im Europaministerium Kroatiens die kroatischen Beitrittsvorbereitungen nach dem EU-Beitrittsantrag vom Mai 2003. Ein Tag war, inklusive Simulation, dem Thema organisierte Kriminalität gewidmet und wurde von Dr. Sebasti-

Es entstanden persönliche Kontakte zwischen künftigen Entscheidungsträgern, die bis dahin ihre Nachbarländer vorwiegend aus den Kriegen des letzten Jahrzehntes kannten.

an Münchow, Experte beim Sonderkoordinator des Stabilitätspakts für Südosteuropa, durchgeführt. Botschafter Dr. Mario Nobile, Assistant Minister im kroatischen Außenministerium, führte die jungen Diplomaten erneut in diplomatische Verhandlungstechniken ein.

Die anschließende Evaluierung durch die Teilnehmer fiel einmal mehr sehr positiv aus. Über die Vermittlung von Fachwissen hinaus wird insbesondere die „menschliche Dimen-

sion“ dieser Sommerschule geschätzt. Durch die Betonung interaktiven Lernens, das gemeinsame Wohnen und Arbeiten wie auch durch den gemeinsamen Tagesausflug auf die Insel Mljet entstanden persönliche Kontakte zwischen künftigen Entscheidungsträgern, die bis dahin ihre Nachbarländer vorwiegend aus den Kriegen des letzten Jahrzehnts kannten.

Summer School und Hertie-Vorlesungen am BRIE in Rouse

Zur Aktualisierung des Wissensstands der Dozenten und Studenten, des Austausches zwischen den Lehrkräften bezüglich aktueller Thematiken und der Anhebung des allgemeinen Leistungsstandards fand vom 18. bis zum 27. Juli am BRIE in Rouse eine „Summer School“ statt. Vor dem Hintergrund der sich beständig verändernden politischen und wirtschaftlichen Lage hielten Gastdozenten von deutschen Partneruniversitäten Vorlesungen zu den Modulen Wirtschaft, Politik, Recht und Kultur, welche nach dem ECTS-System bewertet wurden und auf den Studiengang anrechenbar waren. Insgesamt bestand das Programm aus acht Vorlesungen, von denen sechs zum Pflichtbereich der Studenten gehörten. Weiterhin bot die Summer School die Möglichkeit eines konstruktiven Austauschs über allgemeine Fragen der Lehre und Weiterbildung zwischen den Dozenten. Anhand einer

„Train the Trainers“-Maßnahme konnte dabei auch der Wissensstand der ansässigen Dozenten bezüglich gegenwärtiger Problematiken aktualisiert werden, so dass bestimmte Thematiken künftig besser in den Lehrplan integriert werden können.

Die Hertie-Vorlesungen gehören zu den Höhepunkten des Lehrprogramms. Namhafte Personen aus Wissenschaft und Politik, vor allem aus Deutschland, sprechen vor einem breiteren Publikum über Fragen der Europäischen Einigung. Die Organisation obliegt dem Koordinationsbüro am ZEI. Die Runde wurde von Frau Prof. Dr. Rita Süßmuth am 1.10.2003 eröffnet. Danach folgten der Generalsekretär des Europarates Dr. Walter Schwimmer (8.10.2003) und der Sonderkoordinator des Stabilitätspaktes für Südosteuropa Prof. Dr. Erhard Busek (14.10.2003).

Junior Fellows-Programm

Unter der wissenschaftlichen Leitung von Prof. Dr. Ludger Kühnhardt verfassen Doktoranden am ZEI europawissenschaftliche Dissertationen im Bereich der Politikwissenschaft oder führen auswärtige Doktoranden eigenständige Promotionsstudien am ZEI durch. Im Jahr 2003 nahmen neun Doktoranden am ZEI-Junior Fellows-Programm teil. Vier Promotionen konnten erfolgreich abgeschlossen werden.

Zentrale Koordination

IWB-Geschäftsführung

Das ZEI bildet gemeinsam mit dem Schwesterinstitut Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF) das Internationale Wissenschaftsforum Bonn (IWB). Beide Zentren arbeiten unter einem Dach und verfügen über gemeinsame Fazilitäten. Die IWB-Geschäftsführung unterstützt beide Zentren in zentralen Administrations-, Haushalts-, Koordinations-, Akquisitions- und Kommunikationsangelegenheiten. Die Geschäftsführung sichert nach innen als zentrenübergreifende Einheit die effiziente Nutzung der gemeinsamen Räumlichkeiten und der zur Verfügung stehenden

Ressourcen. Nach außen schafft und pflegt sie im Rahmen ihrer Öffentlichkeits- und Akquisitionsarbeit Kontakte zu einschlägigen Institutionen und Personen aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Medien und Verwaltung. Vor allem in Finanzfragen ist sie Bindeglied zu den Landes- und Bundesministerien. Die Geschäftsführung koordiniert im Auftrag des Rektorats die Interessen und Aktivitäten der Universität Bonn im EUROPÆUM, einem europawissenschaftlichen Netzwerk der Universitäten Bologna, Bonn, Genf, Leiden, Paris/Sorbonne, Oxford und Prag.

Öffentlichkeitsarbeit, Information und Dokumentation

Durch eine umfassende Öffentlichkeitsarbeit transportiert das ZEI seine zahlreichen Aktivitäten nach außen. Dazu gehören internationale Tagungen, Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen sowie die Einrichtung von Arbeitsgruppen und Foren zu spezifischen Fragestellungen der europäischen Integration. Forschungsergebnisse werden in renommierten Fachzeitschriften und Monographien veröffentlicht. Das ZEI gibt zudem eigene europawissenschaftliche Publikationsreihen heraus. Es bietet verschiedene Informationsdienste zu Europafragen sowohl für Experten als auch für die breitere Öffentlichkeit an.

Buchreihen

In der Reihe „Schriften des Zentrums für Europäische Integrationsforschung“, die beim Nomos-Verlag erscheint, werden besonders politik- und kulturwissenschaftliche Fragen der europäischen Integration dargestellt und diskutiert. Inzwischen wurden 60 Bände in dieser Reihe veröffentlicht. Rechtliche und ökonomische Themen behandelt die beim Kluwer-Verlag erscheinende Reihe „ZEI Studies in European Economics and Law“. Im Jahr 2002 startete die Reihe „European Integration and South Eastern Europe“ (SEE). Die bisher erschienenen Bände dieser Reihe sind auf der Homepage einsehbar.

Working Papers

Ergebnisse der Arbeiten am ZEI werden als ZEI-Policy/Working Paper oder ZEI-Discussion Paper veröffentlicht. Es liegen bis Ende 2003 insgesamt 155 Policy/Working Papers und 128 Discussion Papers vor. Diese Papiere werden in der Regel im Austauschverfahren nationalen, europäischen und internationalen Bibliotheken und wissenschaftlichen Institutionen zur Verfügung gestellt. Die Texte können auch über die Homepage des ZEI heruntergeladen werden.

ZEI Report

Der ZEIREport erscheint dreimal jährlich und berichtet über aktuelle Entwicklungen am ZEI. Er ist als Printversion in deutscher und englischer Sprache erhältlich. Alle Ausgaben sind im pdf-Format aus dem Internet herunterladbar.

In den Jahresberichten des ZEI finden sich ausführliche Überblicke über die Aktivitäten. Kurzinformationen in deutscher, englischer, französischer und spanischer Sprache liefern die Faltblätter des ZEI.

Seit Januar 2001 wird alle drei Monate ein SOE-Monitor der Task Force Südosteuropa herausgegeben, um die deutsche Politik, die Medien, Wissenschaft und Wirtschaft mit den aktuellen Vorgängen in der Region stärker vertraut zu machen und zugleich regelmäßig über die Aktivitäten der Task Force zu informieren. Die einzelnen Ausgaben des SOE-Monitors stehen auf der ZEI-Website zum Herunterladen bereit.

Website

Ein in seiner Bedeutung wachsendes Informations- und Kommunikationsmedium ist die Website des ZEI (www.zei.de). Sie ermöglicht einen weltweiten Zugang zu den Aktivitäten des ZEI. Jährlich greifen durchschnittlich 100 000 Besucher auf dieses Online-Informationsangebot zu. Unter dem Stichwort „Aktuelles“ kann man alle Pressemitteilungen des ZEI aufrufen. Journalisten und Redaktionen können in den E-Mail-Presserverteiler aufgenommen werden. Dazu reicht eine formlose Nachricht an zei@uni-bonn.de.

Presse- und Besucherservice

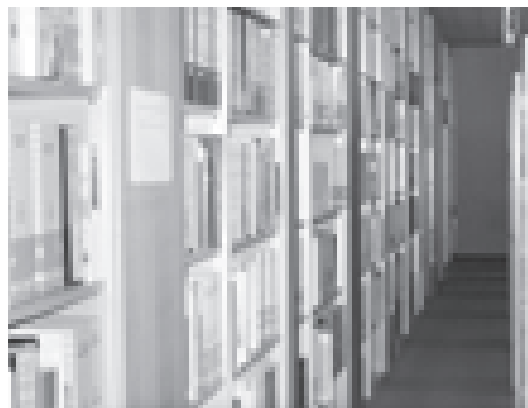
Der von der Geschäftsführung des IWB angebotene Presseservice umfasst neben der Herausgabe von Pressemitteilungen auch die Betreuung von Journalisten durch Hintergrundgespräche über aktuelle Fragestellungen der europäischen Integration. Ein im Haus verfügbarer Datenpool über Europaexperten ermöglicht es, der Presse bei konkreten Anfragen kompetente Gesprächspartner zu vermitteln. Für Besuchergruppen, die sich über die Arbeit des ZEI informieren möchten, können – nach vorheriger Absprache – bedarfsgerechte Informationsveranstaltungen angeboten werden.

Gebäude

Das IWB-Gebäude liegt im ehemaligen Regierungsviertel der Bundesstadt Bonn. Es verfügt über modern ausgestattete Büroräume. Alle Arbeitsplätze sind über ein leistungsfähiges hauseigenes Computernetz per 100 MB-Leitung mit dem Hochleistungsrechner des Rechenzentrums der Universität Bonn verbunden. Im Erdgeschoss stehen drei verbindbare Konferenzräume mit moderner Konferenztechnik zur Verfügung. Darüber hinaus gibt es auf allen Etagen weitere Seminar- und Konferenzräume, die insbesondere durch die Studierenden der Weiterbildungsprogramme genutzt werden. Das Studentenwerk Bonn betreibt für die Mitarbeiter von ZEF/ZEI eine Kantine im Haus.

Die Bibliothek – Europäisches Dokumentationszentrum

Zur gemeinsamen Infrastruktur von ZEI und ZEF gehört die Bibliothek. Es ist eine Präsenzbibliothek der offiziellen EU-Publikationen mit europabezogenem Auskunftsbestand und der Recherchemöglichkeit in Europa-Datenbanken. Sie umfasst nach sechs Jahren bereits rund 19.300 wissenschaftliche Monographien und 1.500 Zeitschriften, davon et-



Die rasch wachsende Bibliothek des ZEI liefert den Wissenschaftlern wie auch den Teilnehmern an den Fortbildungsveranstaltungen des ZEI aktuelle Literatur und die Broschüren der EU.

wa 420 laufende. Als besonderen Bestand umfasst sie die Bücher des Europarates – ein breites Spektrum, das von Jugendpolitik, Drogenprävention über Demokratisierung in Osteuropa bis hin zur Kulturpolitik reicht und auch Sitzungsprotokolle beinhaltet.

Die Schwerpunkte des Bestandes entsprechen den Arbeitsgruppen der Forschungsabteilungen. Das heißt für ZEI u. a. Europarecht, Telekommunikations- und Wettbewerbsrecht, Wirtschafts- und Sozialpolitik, Europäische Sicherheitspolitik, EU-Außenpolitik und Europäische Identität.

Als offizielles Europäisches Dokumentationszentrum (EDZ) der EU ausgewiesen, wird die Bibliothek regelmäßig von der Europäischen Kommission mit Dokumenten (KOM-Dokumente) beliefert. Dies umfasst sowohl Amtsblätter als auch Broschüren. Ist eine benötigte Publikation nicht im Bestand, kann sie über die Fernleihe aus Brüssel besorgt werden.

Zudem hat die Bibliothek den Status einer OSZE-Depot-Bibliothek, den einer Europarat-Depot-Bibliothek und einer Depot-Bibliothek des Europäischen Parlaments. Die Dokumente des Europäischen Gerichtshofs und der Europäischen Zentralbank sowie fast alle statistischen Zeitschriftenreihen der EU – zurückreichend bis auf die Anfänge der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft – sind vorhanden.

Die Bibliothek verfügt über mehrere Datenbanken, u. a. von der Europäischen Kommission, dem OECD und dem Internationalen Währungsfonds.

Eifrig genutzt wird die Bibliothek von den Teilnehmern am Master-Programm. Sie finden hier alle Literatur zu ihren Kursen. Aber es kommen auch viele Studenten, da die Bestände im systematischen Bonner Katalog der Klinik-, Instituts- und Seminarbibliotheken (BoKIS) verzeichnet sind. Daneben sind aber auch nichtakademische Besucher willkommen, die EU-Dokumente benötigen.

ZEI im Überblick

Organisation und Ansprechpartner

Zentrum für Europäische Integrationsforschung

Abteilung „Politische, rechtliche und institutionelle Fragen“

Direktor:
Prof. Dr. Christian Koenig LL.M.

Sekretariat: Barbara Hurter
Tel. (0228) 73-1891/ -1892
Fax (0228) 73-1893
E-Mail: sekretariat.zeia@uni-bonn.de

Abteilung „Wirtschaftliche und soziale Fragen“

Direktor:
Prof. Dr. Jürgen von Hagen

Sekretariat: Lisa Takacs
Tel. (0228) 73-9218
Fax (0228) 73-1908
E-Mail: l.takacs@uni-bonn.de

Abteilung „Europäische Wertesysteme, Kulturen und Sprachen“

Direktor:
Prof. Dr. Ludger Kühnhardt

Sekretariat: Ingrid Maldonado
Tel. (0228) 73-1810
Fax (0228) 73-1818
E-Mail: imaldona@uni-bonn.de

Koordinationsstelle „Master of European Studies“

Programmdirektorin:

Cordula Janowski, MA

Assistenz: Barbara Giordano, M.A.
Tel. (0228) 73-1899
Fax (0228) 73-1791
E-Mail: cordula.janowski@uni-bonn.de

Geschäftsführung (IWB)

Dr. Hartmut Ihne
Geschäftsführer

Sekretariat: Sabine Paffenholz
Tel. (0228) 73-7249
Fax (0228) 73-5097
E-Mail: s.paffenholz@uni-bonn.de

Volker Merx
Bibliothek

Tel. (0228) 73-1723
Fax (0228) 73-5097
E-Mail: v.merx@uni-bonn.de

Ralf Meyer
Verwaltung

Tel. (0228) 73-1847
Fax (0228) 73-5097
E-Mail: r.meyer@uni-bonn.de

Mitarbeiter und Fellows

Forschungsgruppe I: „Institutionen und Institutionenentwicklung“

Wissenschaftliche Mitarbeiter

Name	am ZEI
Jens-Daniel Braun	seit 2001
Dr. Marcus Höreth	seit 2002
Dr. Hubert Iral	seit 2002
Dr. Albert Roger Njoume Ekango	seit 2002
Winfried Rasbach	seit 2002
Dr. Peter Zervakis	seit 1999

Senior Fellows

Name	am ZEI
Prof. Dr. Jeremiah Alberg <i>Sophia University Tokyo</i>	seit 2001
Staatssekr. a. D. Klaus Bünger	seit 1998
Dr. Peter Cullen <i>Europa-Institut Edinburgh / Europäische Rechtsakademie Trier</i>	seit 2000
Prof. Dr. Jürgen Elvert <i>Universität zu Köln</i>	seit 1999
Prof. Dr. Petr Fiala <i>Masaryk Universität Brunn</i>	seit 2001
Jan Fidrmuc, Ph.D. <i>Freie Universität Brüssel</i>	seit 1999
Prof. Roy Gardner, Ph.D. <i>Indiana University</i>	seit 1997
Prof. Dr. Michael Gehler <i>Universität Innsbruck</i>	seit 2001
Prof. Mark Hallerberg, PhD <i>University of Pittsburgh</i>	seit 1997
Prof. Dr. Arnim Heinen <i>RWTH Aachen</i>	seit 2000
Prof. Dr. Harald Heppner <i>Universität Graz</i>	seit 2001
Prof. Dr. Lothar Hönnighausen <i>Universität Bonn</i>	seit 1999
Prof. Dr. Rudolf Hrbek <i>Eberhard-Karls-Universität Tübingen</i>	seit 2000
Prof. Dr. Karl Magnus Johansson <i>University College of Southern Stockholm</i>	seit 2000
Prof. Dr. Lutz Käppel <i>Universität Kiel</i>	seit 2001
Romain Kirt <i>Conseiller de Gouvernement, Luxemburg</i>	seit 1999
Prof. Ken Kletzer, Ph.D. <i>University of California, Santa Cruz</i>	seit 1998
Uwe Leonardy, M.A. <i>Ministerialrat a.D.</i>	seit 2002

Prof. Dr. Peter Leslie
Queen's University, Kingston, Ontario/Kanada seit 2000

Prof. Dr. Henri Ménudier
Universität Sorbonne III seit 2000

Dr. Ghia Nodia
The Caucasian Institute for Peace, Tblissi, Georgien seit 2000

Dr. Swetlana Pogorelskaya
*Akademie der Wissenschaften der
Russischen Föderation, Moskau* seit 2003

Dr. Ronald Pohoryles
*Interdisziplinäres Forschungszentrum
Sozialwissenschaften Wien* seit 2001

Prof. Dr. Janko Prunk
University of Ljubljana seit 2002

Dr. Frank Ronge
Deutsche Bischofskonferenz, Bonn seit 2000

Prof. Dr. Wolfgang Schmale
Universität Wien seit 2001

Prof. Dr. Walter Schweidler
Ruhr-Universität Bochum seit 1999

Prof. Dr. Martin Seidel seit 1997

Prof. Dr. Wolfgang Wessels
Universität zu Köln seit 1999

Prof. Dr. Matti Wiberg
University of Tampere, Finnland seit 2000

Junior Fellows

Name	Thema
Michael Evers	Macroeconomics of Fiscal Federalism
Harald Franke	Europäisches Denken: Zur politischen Philosophie von René Marcic
Bartłomej Gurba	Fiscal Decentralization and Fiscal Federalism in Poland
Drs. Siebo Janssen	Die Föderalisierung Belgiens im Kontext der europäischen Integration
Arttu Makipaa	Macroeconomics of Fiscal Federalism
Susanne Mundschenk	Policy Coordination in the EU
Wolfgang Picken	Demokratische Grundwerte und Gottes Begriff in der Bundes- republik Deutschland
Daniela Treutlein	Political Integration in Europe
Christian Martincus Volpe	Economic Integration and Political Competition

Forschungsgruppe II: „Europäische Mikrostrukturen,Regulierungs- und Wettbewerbspolitik“

Wissenschaftliche Mitarbeiter

Name	am ZEI
Daniela Beer	seit 2001
Christiane Busch	seit 2002
Beate Dodel	seit 2002
Dr. Christina Engelmann	seit 2000
Dr. Andreas Haratsch	seit 2003
Kristin Hentschel	seit 2002
Krzystof Jaros	seit 2001
Alexander Koch	seit 2001
PD Dr. Jürgen Kühling	seit 1999
Sascha Loetz	seit 1999
Friederike Meurer	seit 2001
Dr. Eva-Maria Müller	seit 1999
Andreas Neumann	seit 1999
Denis O'Sullivan	seit 2002
René Pfromm	seit 2002
Nicolai Ritter	seit 1999
Ulrike Steiner	seit 2001
Kay E. Winkler LL.M.	seit 2002

Junior Fellows

Name	Thema
Valeriya Dinger	Banksektor in EU Beitrittsländern
Anna Iara	Regionale Entwicklung in EU Beitrittsländern
Birgit Schmitz	Finanzmärkte und Geldpolitik in EU Beitrittsländern

Senior Fellows

Name	am ZEI
Dr. Andreas Bartosch <i>Haver & Mailänder, Brüssel</i>	seit 1999
Dr. Wilhelm Eschweiler <i>Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, Bonn</i>	seit 1999
Prof. Dr. Johannes Frerich <i>Universität Bonn</i>	seit 1997
Prof. Dr. Klaus W. Grewlich <i>Botschafter der Bundesrepublik Deutschland, Baku</i>	seit 1999
Prof. Dr. Gerd Langguth <i>Bonn</i>	seit 2002
Prof. Tom Lyon, Ph.D. <i>Indiana University, USA</i>	seit 1997
Prof. John Maxwell, Ph.D. <i>Indiana University, USA</i>	seit 1997
Prof. Ron Moomaw, Ph.D. <i>University of Arkansa</i>	seit 2003
Antje Karin Pieper <i>Medienrätin der MABB, Berlin</i>	seit 1999
Prof. Dr. Dr. h.c. Reinhard Selten <i>Universität Bonn</i>	seit 1998
Dr. Iulia Traistaru	seit 1999
Dr. Thomas Tschentscher LL.M. <i>Freshfields Bruckhaus Deringer, Frankfurt a. M.</i>	seit 1999
Dr. Benedikt Wemmer <i>Moers & Kollegen, Berlin</i>	seit 1999
Dr. Wilhelm Wemmer <i>Ministerialdirigent a. D., Bonn</i>	seit 2000
Dr. Jennifer Wu	seit 2001

Forschungsgruppe III: „Makroökonomische Politik und Institutionen“

Senior Fellows

Name	am ZEI
Dr. Matthias Brückner	seit 1999
Dr. Debajyoti Chakrabarty	seit 2001
Prof. Dr. Mark Hallerberg <i>University of Pittsburgh, USA</i>	seit 1998
Prof. Dr. Bernd Hayo <i>Universität Marburg</i>	seit 1998
Dr. Boris Hofmann <i>Deutsche Bundesbank</i>	seit 1998
Julius Horvath, Ph.D. <i>Central European University, Budapest</i>	seit 1998
Prof. Andrew Hughes-Hallet <i>Strathclyde University, Glasgow, UK</i>	seit 1998
Dr. Bernd Kempa <i>Universität Essen</i>	seit 1997
Prof. Ali Kutan, Ph.D. <i>University of Southern Illinois, USA</i>	seit 2000
Stefan Lutz, Ph.D. <i>ZEW Mannheim</i>	seit 1997
Prof. Patrick Minford <i>Cardiff University, UK</i>	seit 1997
Prof. Dr. Manfred J. M. Neumann <i>Universität Bonn</i>	seit 1996
Prof. Lucjan Orłowski <i>Sacred Heart University</i>	seit 2000
Prof. Dr. Helmut Seitz <i>Viadrina Universität Frankfurt-Oder</i>	seit 1999
Dr. Rolf Strauch <i>Europäische Zentralbank</i>	seit 2000
Prof. Christopher Waller, Ph.D. <i>University of Kentucky, USA</i>	seit 1997
Christian Weller, Ph.D. <i>Economic Policy Institute, Washington DC, USA</i>	seit 1998
Dr. Jizhong Zhou	seit 1998

Junior Fellows

Name	Thema	Name	Thema
Kerstin Bernoth	EWU Geldmärkte	Boyan Tonkov	Mikrostruktur von Devisenmärkten
Patrick Gilles	Finanzausgleich in der EWU	Birgit Uhlenbrock	Regionale und sektorale Effekte der Geldpolitik
Dalia Grigonyte	Fiskalpolitik und Währungspolitik	Guntram Wolff	Fiskalpolitik und Wirtschaftswachstum
Tai-kuang Ho	Banking and currency Crises	Haiping Zhang	Geldpolitik und Kreditmarktinstitutionen
Lin Lin	Banksektor und Finanzmärkte	Sheng Zheng	Finanzmarkteffizienz
Rudolf Maier	Geldpolitik und Zinsstruktur		
Matthias Paustian	Geldpolitik in der EWU		

Forschungsgruppe IV: „Europäische Arbeitsmärkte und Systeme der sozialen Sicherung“

Senior Fellows

Name	am ZEI
Robert MacCulloch, Ph.D. <i>Princeton University</i>	seit 1998
Kenneth Smith, Ph.D. <i>Middleborough College</i>	seit 1998

Junior Fellows

Name	Thema
Tim Mennel	Probleme der Arbeitslosenversicherung
Susanne Mundschenk	Arbeitsmarktpolitik in der EU

Forschungsgruppe V: „Europas Rolle in der Welt“

Wissenschaftliche Mitarbeiter

Name	am ZEI	Name	am ZEI
Dr. Rafael Biermann	seit 1999	Prof. Dr. Horoyuki Ogino	seit 2003
Andreas Marchetti	seit 2003	<i>Sophia University Tokio</i>	
Dr. Franz-Josef Meiers	seit 1999	Tarik Oguzlu	seit 2003
Dr. Georg Michels	seit 2001	<i>Bilkent University, Ankara</i>	
Dr. Emil Mintchev	seit 2000	Prof. Dr. Ryosuke Ohashi	seit 2003
Janusz Musial	seit 2002	<i>Universität Osaka, Japan</i>	

Senior Fellows

Name	am ZEI	Name	am ZEI
Dr. Geert Ahrens <i>Botschafter a.D.</i>	seit 2003	Prof. Dr. Fathi Triki	seit 2003
Prof. Dr. Thomas Banchoff <i>Georgetown University, Washington D.C.</i>	seit 2001	<i>Universität Tunis, Tunesien</i>	
Prof. Dr. Shuhui Dong <i>Nankai University, VR China</i>	seit 2002	Prof. Dr. Tschurbarjan	seit 2003
Prof. Dr. Stefan Fröhlich <i>Universität Nürnberg/Erlangen</i>	seit 2002	<i>Akademie der Wissenschaften der Russischen Föderation, Moskau</i>	
Prof. Dr. Wang Guangcheng <i>Modern Management Center, Shanghai</i>	seit 2003	Prof. Dr. Kam-por Yu	seit 2003
Prof. Yi Hanzhou <i>Shanghai Institute for European Studies, China</i>	seit 2003	<i>Hongkong Polytechnic University, Hongkong</i>	

Prof. Dr. Tatsuo Inoue <i>New York University</i>	seit 2003
Botschafter Igor Jovovic <i>Außenministerium Montenegro</i>	seit 2002
Prof. Dr. Jing-Bao Nie <i>University of Otago, New Zealand</i>	seit 2003

Junior Fellows

Name	Thema
Susanne Baier-Allen	Konfliktlösungsansätze für Zypern
Johannes Beverungen	Die Trilaterale Kommission Valeriya Dinger
Murat Erdogan	Die Europäische Union und die Türkei
Andreas Marchetti	Vergleich der Position Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik
Jan-Phillipp Weisswange	Neue Orientierungen in der atlantischen Sicherheitskultur

Ausgewählte Veranstaltungen des ZEI

Konferenzen und Workshops

16. – 18. Januar 2003

„Fourth Annual Conference of the Network of European Studies in South Eastern Europe“, *Edirne*

24./25. Januar 2003

„Perspectives of European Integration in South Eastern Europe“, Eröffnungskonferenz des Europa-studienprogrammes an der Universität Montenegro Podgorica in Kooperation mit der Universität Montenegro und dem Auswärtigen Amt, *Podgorica*

26. Februar 2003

„Die Umsetzung des neuen TK-Rechtsrahmens – Zwischen europäischer Integration und mitgliedstaatlichen Besonderheiten“, in Zusammenarbeit mit der Landesvertretung Nordrhein-Westfalens bei der Europäischen Union in Brüssel, *Brüssel*

10./11. April 2003

„The Convention of the Future of Europe: Completing ‚Mission Impossible?‘“ Europäische Rechtsakademie, *Trier*

29. April 2003

Bonner Studienkreiskonferenz „Die gesetzlichen Krankenkassen im Wettbewerb“, in Zusammenarbeit mit BKK Berlin und BKK Bundesverband, *Bonn*

9. Mai 2003

„TRUSTED COMPUTING – Neue Herausforderungen für das deutsche und europäische Wirtschaftsrecht“, *Bonn*

13./14. Mai 2003

„Prospects for a European Constitution – Prospects for more Legitimacy?“ ZEI/EPIN-Konferenz am ZEI, *Bonn*

15. Mai 2003

„Das Ausschreibungsverfahren bei Infrastrukturprojekten – Zwangsjacke oder Rettungsweste?“, *Bonn*

19. Mai 2003

„Rethinking the Transatlantic Agenda“, Second Session, *Bonn*

21. Mai 2003

Energiegespräche „Legal Unbundling“, *Bonn*

13. Juni 2003

„Die Novelle des Telekommunikationsgesetzes – Diskussionen zum Referentenentwurf“, *Bonn*

12. Juli 2003

Euro-Medit. Kooperationsseminar KAS/ZEI „Beyond the Iraq Crisis“, *Brüssel*

22. Juli 2003

Streitgespräch: „Ist DocMorris wirklich ein Visionär des europäischen Arzneimittel-Binnenmarktes oder nur ein Trittbrettfahrer divergierender mitgliedstaatlicher Regulierungen?“, *Bonn*

13. Oktober 2003

„Rethinking the Transatlantic Agenda“, Third Session, *Bonn*

13./14. Oktober 2003

Seminar zum Euro-Medit. Dialog KAS/ZEI, *Damaskus*

14./15. Oktober 2003

„Euro-Mediterranean partnership: Beyond the Iraq crisis“, Fourth Meeting of the Mediterranean Forum in Kooperation mit der Konrad-Adenauer Stiftung und Euro Mesco, *Bonn*

Forschungsseminar zur Europäischen Wirtschaftspolitik

4. Februar 2003

Frank Westermann, *University of Munich and CESifo*: „Boom-Bust Cycles in Middle Income Countries“

5. Februar 2003

Professor Michael Frenkel, *WHU Koblenz*: „Japanese and U.S. Interventions in the Yen / U.S. Dollar Market: Estimating the Monetary Authorities' Reaction Functions“

24. Februar 2003

Evi Pappa, *London School of Economics and Political Science*: „The Unbearable Tightness of Being in (the EMU)“

5. März 2003

Simone Manganeli, *European Central Bank*: „The Central Banker as a Risk Manager: Quantifying and Forecasting Inflation Risks“

12. März 2003

Ludger Schuknecht, *European Central Bank*: „Public Sector Efficiency: An International Comparison“

19. März 2003

Professor Christopher J. Waller, *University of Kentucky*: „Money and Capital“

12. Mai 2003

Professor Garance Genicot, *University of California, Irvine*: „Contracts and Externalities: How Things Fall Apart“

18. Mai 2003

Bernd Hayo, *Universität Essen, Universität Göttingen und ZEI*: „Monetary Policy Uncertainty and Unionized Labor Markets: Empirical Evidence“

28. Mai 2003

Prof. Gerhard Glomm, *ZEI*: „Education Finance in a Dynamic Tiebout Economy“

11. Juni 2003

Professor Kenneth Smith, *Millersville University*: „Earnings, Human Capital and Ethnicity in the Baltic States“

12. Juni 2003

Professor Robert R. Reed III, *University of Kentucky*: „A Positive Theory of the Income Redistributive Focus of Social Security“

25. Juni 2003

Professor George M. von Furstenberg, *Indiana University*: „Bolsa or NYSE: Price discovery for Mexican shares“

9. Juli 2003

Professor Winand Emons, *University of Bern*: „The Market for Used Cars: A New Test of the Lemons Model“

5. August 2003

Professor Martin Zagler, *Vienna University of Economics & B.A., Free University of Bozen – Bolzano, and FREE*: „Government Expenditures and Economic Growth“

13. Oktober 2003

Daniel Gros, *Centre for European Policy Studies, Brussels*: „The road to the EMU: How quickly should CEE candidates join?“

28. Oktober 2003

Dr. Eric Crampton, *University of Canterbury*: „Distributive Politics in a Strong Party System: Evidence from Canadian Job Grant Programs“

26. November 2003

Professor Loukas Tsoukalis, *Jean Monnet Professor of European Organization, University of Athens*; *President of the Hellenic Foundation for European and Foreign Policy (ELIAMEP)*: „Democratic Choices and Economic Governance in the EU“

3. Dezember 2003

Stefan Lutz, *PhD, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW)*; *ZEI*: „Structural Modeling and Analysis of Strategic Competition and Mergers in Heterogeneous-Product Markets“

10. Dezember 2003

Professor Koen Schoors, *Ghent University and CERISE (Centre for Russian International Socio-political and Economic Studies)*: „Bank supervision Russian style: Rules versus Enforcement?“

Bonn Research Seminar in Economics

9. Januar 2003

Professor Hans Peter Grüner, *Universität Mannheim, CEPR, IZA and ECB*: „Collective decisions with interdependent valuations“

16. Januar 2003

Rosemarie Nagel, *Universität Pompeu Fabra*: „Speculative Attacks and Financial Architecture: Experimental Analysis of Coordination Games with Public and Private Information“

23. Januar 2003

Dennis J. Snower, *Birkbeck College, University of London and IZA*: „A Reappraisal of the Inflation-Unemployment Tradeoff“

30. Januar 2003

Dr. Ignazio Angeloni, *European Central Bank*: „Monetary Policy Transmission in the Euro Area: First Evidence after EMU“

6. Februar 2003

Hans Carlsson, *Lund University*: „Rational and Adaptive Play in Two-Person Global Games“

8. Mai 2003

Hans Haller, *University of Virginia*: „Nash Networks with Heterogeneous Agents“

15. Mai 2003

Ehud Kalai, *Northwestern University*: „Large Robust Games“

22. Mai 2003

Nobuhiro Kiyotake, *London School of Economics*: „A Model of Job and Worker Flows“

5. Juni 2003

Tim Baldenius, *Columbia University*: „External and Internal Pricing in Multidivisional Firms“

26. Juni 2003

Manipushpak Mitra, *Indian Statistical Institute*: „Regulation of Open-Access Essential Facility“

3. Juli 2003

Edward Vytlačil, *Stanford University and IZA*: „Changes in the Distribution of Skills Among Young Adults“

10. Juli 2003

Professor Joshua Aizenman, *University of California, Santa Cruz*: „The Merits of Horizontal versus Vertical FDI in the Presence of Uncertainty“

24. Juli 2003

Shlomo Weber, *Southern Methodist University, Dallas*: „Transfers in a Country: Bridging the Gap between Efficiency and Stability“

31. Juli 2003

Dr. Walter H. Fisher, *Institute for Advanced Studies, Vienna*: „Intertemporal Budget Policies and Macroeconomic Adjustment in a Small Open Economy“

30. Oktober 2003

Michael C. Burda, *Humboldt University, Berlin and IZA*: „Preferences for Rigid versus Individualized Wage Setting in Search Economies with Frictions“

5. November 2003

Professor Dr. Matthias Wrede, *Aachen University and CESifo*: „Suburbanization, local autonomy and redistribution“

13. November 2003

Ken Burdett, *University of Pennsylvania*: „Equilibrium Wage – Tenure Contracts with Heterogeneous Firms“

20. November 2003

Fernando Vega-Redondo, *University of Alicante*: „The Rise and Fall of a Networked Society: A formal model“

27. November 2003

Professor Dr. Lars P. Feld, *University of Marburg, University of St. Gallen, CESifo*: „Fiscal Federalism and Economic Performance: Evidence from Swiss Cantons“

4. Dezember 2003

Francesco Squintani, *University College London*: „Competitive Experimentation with Private Information“

18. Dezember 2003

Nicola Persico, *University of Pennsylvania*: „Public Goods, Redistribution, and Constitutional Design“

Summer Schools

18. – 27. Juli 2003

Sommerschule am BRIE. Lektoren vom ZEI: Dr. Hubert Iral, Dr. Marcus Höreth, Dr. Peter Zervakis, Dr. Emil Mintchev, St. S. Klaus Büniger, Cordula Janowski MA, Janusz Musial, *BRIE Rousse*

9. – 23. August 2003

European Summer University (ESU) „Telecommunications Law & E-Commerce Legislation“, *in Zusammenarbeit mit der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), dem Gustav-Stresemann-Institut (GSI) und dem EUROPAEUM, Bonn*

7. – 14. September 2003

Fourth Stability Pact Summer School. Thema: „Stabilizing South Eastern Europe – the European Perspective“ *organisiert gemeinsam mit der Diplomatenakademie des Außenministeriums der Republik Kroatien, Dubrovnik*

15. Oktober 2003

Energiegespräche „Regulierung der Energiewirtschaft“, *Berlin*

ZEI Europadialog

In diesem Rahmen finden am ZEI in regelmäßigem Turnus Vortragsveranstaltungen (zumeist dienstags 12.30 Uhr bis 14.00 Uhr) mit namhaften Wissenschaftlern, Politikern, Diplomaten und Publizisten zu Themenstellungen im Zusammenhang mit den Schwerpunkten der Forschungsgruppen I und V statt.

28. Januar 2003

„Die Russische Föderation und die erweiterte EU – Chancen und Probleme ihrer künftigen Beziehungen“
Sergej J. Netschajew, Generalkonsul der Russischen Föderation

25. Februar 2003

„Neuere Entwicklungen in der GASP vor dem Hintergrund der Erörterungen des Europäischen Konvents“
Franz Eichinger, Direktor im Generalsekretariat des Ministerrates

25. März 2003

„Die Zusammenarbeit Bulgariens-EU auf dem Energiesektor“
Hristo Tuparov, Gesandter, Leiter der Außenstelle der bulgarischen Botschaft, Bonn

15. April 2003

„Multiple Identitäten – Der Blick des orthodoxen Südosteuropa auf ‚Europa‘“
Dr. Hans-Christian Maner, Universität Mainz

22. April 2003

„Ungarn an der Schwelle des Eintritts in die EU“
Dr. Attila Kiraly, Leiter der Außenstelle der ungarischen Botschaft

13. Mai 2003

„Vaterland Europa oder Europa der Vaterländer – Die deutsche Frage nach Nation, Verfassung und Patriotismus“
Dr. Volker Kronenberg, Universität Bonn

20. Mai 2003

„Die außenpolitische Kultur der BR Deutschland aus russischer Perspektive“
Dr. Svetlana Pogorelskaja, Senior Fellow ZEI

27. Mai 2003

„Die Republik Kasachstan – ein künftiger Energielieferant für Europa?“
Dr. Gauhar Beiseyeva, Botschaftsrätin, Leiterin der Außenstelle der kasachischen Botschaft, Bonn

24. Juni 2003

„Europäische Kooperationen in militärischen Programmen – Betrachtungen zur Veränderung der europäischen Luft- und Raumfahrtindustrie“
Klaus Wriedt, EADS

11. Juli 2003

„Integration into EU – the View from Serbia“
Tanja Miscevic, Programmdirektorin für Europäische Studien am G-17-Institut, Belgrad

23. September 2003

„Die Slowakische Republik – Zukünftiges Mitglied von NATO und EU“
Dr. Milan Matlák, Botschaftsrat, Leiter der Außenstelle der slowakischen Botschaft Bonn

21. Oktober 2003

„Eindämmung ethnischer Konflikte. Persönliche Erfahrungen im früheren Jugoslawien 1991 bis 1996“
Dr. Geert-Hinrich Ahrens, Botschafter a. D., Senior Fellow des ZEI, Bonn

18. November 2003

„The Transformation of Turkey on the Road to the EU“
Dr. Tarik Oguzlu, Bilkent-University, Ankara

25. November 2003

„Die Rolle Europas in der amerikanischen Strategie“
Dr. Andrew B. Denison, freier Journalist, Bonn

15. Dezember 2003

Gemeinsame Veranstaltung mit dem Dt.-Albanischer Kulturkreis e.V.:
 „Der Weg Albaniens nach Europa“
Prof. Dr. Xhezair Zaganjori, Verfassungsrichter, Leiter der Richterakademie Albaniens

ZEI Europaforum

In dieser Reihe finden Vorträge mit namhaften Rednern aus der europäischen Politik bzw. aus gesellschaftlichen Zusammenhängen in Europa statt, die jeweils ein großes, interessiertes Publikum in das ZEI führen.

26. März 2003

„Das Baskenland in einer globalisierten Welt“
Juan José Ibarretxe, Ministerpräsident der autonomen Region Euskadi (Baskenland)

15. Juli 2003

„Die sicherheitspolitische Situation Südosteuropas“
Dr. Erhard Busek, Sonderkoordinator des Stabilitätspaktes für Südosteuropa Forschungsgruppe „Europa in der Welt“

9. Oktober 2003

„Europas Identität nach der Osterweiterung der EU“
Prof. Dr. h.c. Wladyslaw Bartoszewski, Außenminister der Republik Polen a. D.

14. Oktober 2003

„The Future of the Euro-Mediterranean Relations – The Vision of Malta“
Prof. Guido de Marco, Präsident der Republik Malta



ZEI-Europaforum am 15. Juli 2003:
 Dr. Erhard Busek spricht über „Die sicherheitspolitische Situation in Südosteuropa“

Publikationen des ZEI

Abteilung „Politische, rechtliche und institutionelle Fragen“

Koenig, Ch., Ch. Busch, D. Beer und E.-M. Müller: „Das Übereinkommen zum Schutz der Menschenrechte und der Menschenwürde im Hinblick auf die Anwendung von Biologie und Medizin des Europarates und seine Zusatzprotokolle – Bestandsaufnahmen und Handlungsbedarf im Rahmen des deutschen Rechts“, Verlag Monsenstein und Vannerdat, Münster 2003

Koenig, Ch., S. Loetz und A. Neumann: „Die Novellierung des Telekommunikationsgesetzes – Eine Untersuchung zu den Umsetzungsspielräumen des EG-Richtlinienpakets auf dem Gebiet der Telekommunikation und ihrer verfassungsrechtlichen Begrenzung sowie zur Optimierung der Verwaltungs- und Rechtsbehelfsverfahren“, Verlag Monsenstein und Vannerdat, Münster 2003

Abteilung „Wirtschaftliche und soziale Fragen“

Begg, David, Barry Eichengreen, Laszlo Halpern, Jürgen von Hagen und Charles Wyplosz: „Sustainable Regimes of Capital Movements in Accession Countries“, CEPR Policy Paper No. 10. London: CEPR 2003

Fatas, Antonio, Andrew Hughes Hallett, Jürgen von Hagen, Ann Sibert, und Rolf Strauch: „Stability and Growth in Europe: Towards a Better Pact“, Monitoring European Integration 13, London: CEPR, 2003

Macey, David, William Pyle und Stephen Wegren: „Building Market Institutions in Post-Communist Agriculture“, Macey and Lexington Books 2003

Traistaru, Iulia, Peter Nijkamp und Laura Resmini (Hg.): The Emerging Economic Geography in EU Accession Countries, Aldershot: Ashgate Publishing Ltd. 2003

ZEI Studies in European Economics and Law

Vol. 5: Nauro F. Campos und Jan Fidrmuc (Hg.): „Political Economy of Transition and Development: Institutions, Politics, and Policies“ (Kluwer: Boston, Dordrecht, New York, London 2003)

Vol. 6: Per Molander (Hg.): „Fiscal Federalism in Unitary States“ (Kluwer: Boston, Dordrecht, New York, London 2003)

ZEI Policy Paper / Working Paper

B01-2003

Martin Seidel: „Die Wirtschafts- und Währungsunion im rechtlichen und politischen Gefüge der Europäischen Union“

B02-2003

Mihails Hazans: „Commuting in the Baltic States: Patterns, Determinants, and Gains“

B03-2003

Stefan H. Lutz: „Europäische Steuerkoordination und die Schweiz“

B04-2003

Stefan H. Lutz, Oleksandr Talavera: „Do Ukrainian Firms Benefit from FDI?“

B05-2003

Michael Massmann, James Mitchell: „Reconsidering the Evidence: Are Eurozone Business Cycles Converging?“

B06-2003

Jürgen von Hagen: „Fiscal Discipline and Growth in Euroland. Experiences with the Stability and Growth Pact“

B07-2003

Martin Seidel: „Nach Nizza und Stockholm: Stand des Binnenmarktes und Prioritäten für die Zukunft“

B08-2003

Jürgen von Hagen, Jizhong Zhou: „The Determination of Capital Controls: Which Role Do Exchange Rate Regimes Play?“

B09-2003

Gunnar Heinsohn, Otto Steiger: „The European Central Bank and the Eurosystem: An Analysis of the Missing Central Monetary Institution in European Monetary Union“

B10-2003

Josef C. Brada, Vladimír Tomsík: „Foreign Direct Investment and Perceptions of Vulnerability to Foreign Exchange Crises: Evidence from Transition Economies“

B11-2003

Martin Seidel: „Die Weisungs- und Herrschaftsmacht der Europäischen Zentralbank im System der Europäischen Zentralbanken – eine rechtliche Analyse“

B12-2003

Gabriele Tondl, Goran Vuksic: „What Makes Regions in Eastern Europe Catching Up? The Role of Foreign Investment, Human Resources, and Geography“

B13-2003

Charles Goodhart, Boris Hofmann: „The IS Curve and the Transmission of Monetary Policy: Is there a Puzzle?“

B14-2003

Charles Goodhart, Boris Hofmann: „FCIs and Economic Activity: Some International Evidence“

B15-2003

Jos van Ommeren, Mihails Hazans: „Employed and Unemployed Search: The Marginal Willingness to Pay for Attributes in Lithuania, the US and the Netherlands“

B16-2003

Iulia Traistaru, Jürgen von Hagen:
„South-East Europe: Economic
Performance, Perspectives, and Policy
Challenges“

B17-2003

Mihails Hazans: „Determinants of Inter-
Regional Migration in the Baltic States“

B18-2003

Stefan H. Lutz, Oleksandr Talavera,
Sang-Min Park: „The Effects of Regional
and Industry-Wide FDI Spillovers on
Export of Ukrainian Firms“

B19-2003

Ronald L. Moomaw, Mohammed A.
Alwosabi: „An Empirical Analysis of
Competing Explanations of Urban Primacy
Evidence from Asia and the Americas“

B20-2003

Ronald L. Moomaw, Mohammed A.
Alwosabi: „Urban Primacy, Gigantism,
and International Trade: Evidence from
Asia and the Americas“

B21-2003

William Pyle: „Reputation Flows:
Contractual Disputes and the Channels
for Inter-Firm Communication“

B22-2003

Martin Seidel: „Reformzwänge innerhalb
der EU angesichts der Osterweiterung“

B23-2003

Iulia Traistaru, Christian Volpe Martin-
cus: „Economic Integration and Manu-
facturing Concentration Patterns: Evi-
dence from Mercosur“

B24-2003

Bernd Hayo, Boris Hofmann:
„Monetary Policy Reaction Functions:
ECB versus Bundesbank“

B25-2003

Anna Iara, Iulia Traistaru: „How Flexible
are Wages in EU Accession Countries?“

B27-2003

Kerstin Bernoth, Jürgen von Hagen:
„The Performance of the Euribor Futures
Market: Efficiency and the Impact of
ECB Policy Announcements“

B28-2003

Josef C. Brada, Ali M. Kutan, Taner M.
Yigit: „The Effects of Transition and Poli-
tical Instability on Foreign Direct Invest-
ment: Central Europe and the Balkans“

B29-2003

Jürgen von Hagen, Boris Hofmann: „Ma-
croeconomic Implications of Low Infla-
tion in the Euro Area“

Abteilung „Europäische Wertesysteme, Kulturen und Sprachen“

Kühnhardt, Ludger: „Contrasting Trans-
atlantic Relations. The EU and the US
towards a Common Global Role“, SIEPS
Paper: 2003/10p, Swedish Institute for
European Policy Studies, Stockholm 2003

Meiers, Franz-Josef: Abschlussbericht
„Die deutsche Sicherheits- und Verteidi-
gungspolitik im euroatlantischen Hand-
lungszusammenhang, 1990-2000“, geför-
dert von der Fritz Thyssen Stiftung, Köln,
von Januar 2001 bis April 2003, Bonn,
Juni 2003

Schürings, Ute: „Zwischen Pommes und
Praline. Mentalitätsunterschiede, Ver-
handlungs- und Gesprächskultur in den
Niederlanden, Belgien, Luxemburg und
Nordrhein-Westfalen“, hg. von Georg
Michels und Bernd Müller, Münster 2003

ZEI Discussion Paper

C117/2003

Kühnhardt, Ludger: „Welche Grenzen
setzt die Globalisierung der europäischen
Integration?“

C118/2003

Franz-Josef Meiers (Hg.): „Die Auswir-
kungen des 11. September auf die trans-
atlantischen Beziehungen“

C119/2003

Hubert Iral: „Between Forces of Inertia
and Progress: Co-decision in EU
Legislation“

C120/2003

Carlo Masala (Hg.): „September 11 and
the future of the Euro-Mediterranean
cooperation“

C121/2003

Marcus Höreth: „When Dreams Come
True? The Role of Powerful Regions in
Future Europe“

C122/2003

Glen Camp: „US-EU Partnership:
Crossroads or Crisis?“

C123/2003

Finn und Benice Laursen:
„The Danish Presidency“

C124/2003

ZEI (Hg.): „Der Verfassungsentwurf des
EU-Konvents“

C125/2003

Hans-Christian Maner: „Multiple
Identitäten – Der Blick des orthodoxen
Südosteuropas auf ‚Europa‘“

C126/2003

Janko Prunk:
„Die rationalistische Zivilisation“

C127/2003

Wladyslaw Bartoszewski: „Europas
Identität nach der Osterweiterung“

C128/2003

Dimitris K. Xenakis and Dimitris N.
Chrysochoou: „The 2003 Hellenic
Presidency of the European Union.
Mediterranean Perspectives on the
ESDP“

European Integration and South Eastern Europe

SEE 4/2003

Rafael Biermann (Hg):
„Europe at Schools in South Eastern
Europe – Country Profiles“

SEE 5/2003

Rafael Biermann (Hg):
„Europe at Schools in Germany“

SEE 6/2003

Siegfried Gehrman / Marianne Krüger-
Potratz (Hg): „Europe at Schools in
South Eastern Europe – Core Curriculum
für a Master of European Education“

Schriften des ZEI

Band 32

Gabor Erdödy: „Transformations-
erfahrungen; Zur Entwicklung der Kultur
in den EU-Kandidatenländern“,
Baden-Baden, Nomos-Verlag 2003

Band 38

Wolfgang Wessels/ Andreas Maurer: „Das
Europäische Parlament nach Amsterdam
und Nizza. Akteur, Arena und Alibi“,
Baden-Baden, Nomos-Verlag 2003

Band 53

Isolde Burr/ Gertrud Gréciano: „Europa:
Sprache und Recht; La construction
européene: aspects linguistiques et
juridiques“, Baden-Baden,
Nomos-Verlag 2003

Band 55

Ralf Elm/ Mamoru Takayama:
„Zukünftiges Menschsein; Ethik
zwischen Ost und West“, Baden-Baden,
Nomos-Verlag 2003

Band 56

Jacobus Delwaide, Georg Michels und
Bernd Müller (Hg.): „Die Rheingesell-
schaft. Mentalitäten, Kulturen und Tradi-
tionen im Herzen Europas“,
Baden-Baden, Nomos-Verlag 2003

Band 57

Carlo Masala: „Den Blick nach Süden?
Die Nato im Mittelmeerraum (1990 –
2003). Fallstudien zur Anpassung militä-
rischer Allianzen an neue sicherheits-
politische Rahmenbedingungen“,
Baden-Baden, Nomos-Verlag 2003

Band 60

Ludger Kühnhardt: „Constituting Europe,
Identity, institution-building and search
for a global role“, Baden-Baden, Nomos-
Verlag 2003

Publikationen in Fachzeitschriften und Sammelbänden

Forschungsgruppe I: „Institutionen und Institutionenentwicklung“

Beer, Daniela, Andreas Haratsch und
Hubert Iral: „Titel IX: Die Zugehörigkeit
zur Union“, in: *ZEI: „Der Verfassungsent-
wurf des EU-Konvents. Bewertung der
Strukturentscheidungen“, ZEI-Discussion
Paper C 124/2003, S. 89 ff.*

Braun, J.-D. und M. Kettner: „Die Absage
des EuGH an eine richterrechtliche
Reform des EG-Rechtsschutzsystems –
,Plaumann' auf immer und ewig?“, in:
Die öffentliche Verwaltung (DÖV) 2003,
S. 58 ff.

Burhop, Carsten und Guntram Wolf:
„Emerging Market Economies and
European Economic Integration. A
Compromise Estimate of Net National
Product and the Business Cycle in
Germany 1851–1913“, in: *Journal of
Economic History, 2003.*

Capito, Ralf und Hubert Iral: „Titel I:
Definition und Ziele der Union“, in: *ZEI:
„Der Verfassungsentwurf des EU-Kon-
vents. Bewertung der Strukturentschei-
dungen“, in: ZEI-Discussion Paper C
124/2003, S. 19 ff.*

Fidrmuc, Jan und Orla Doyle: „Anatomy
of Voting Behavior and Attitudes during
Post-Communist Transition: Czech Re-
public 1990–98“, in: *Nauro F. Campos
und Jan Fidrmuc (Hg.): Political Economy
of Transition and Development: Institu-
tions, Politics and Policies. ZEI Studies in
European Economics and Law, Kluwer
Academic Publishers, Boston, 2003*

Fidrmuc, Jan und Jarko Fidrmuc:
„Disintegration and Trade“, in: *Review of
International Economics 11 (5), September
2003, S. 811–829*

Fidrmuc, Jan: „Economic Reform,
Democracy and Growth during Post-
communist Transition“, in: *European
Journal of Political Economy 19 (3),
September 2003, S. 583–604.*

Fidrmuc, Jan: „Migration and Regional
Adjustment to Asymmetric Shocks in
Transition Economies“, CEPR Discussion
Paper No. 3798, February 2003, Centre
for Economic Policy Research, London,
UK, *erscheint in: Journal of Comparative
Economics, June 2004*

von Hagen, Jürgen: „Fiscal Discipline and
Growth in Euroland“ in: *Wirtschafts-
politische Blätter 50:2, 2003, S. 163–176*

von Hagen, Jürgen: „Fehler nicht wieder-
holen“, in: *Handelsblatt, 3.11.03*

von Hagen, Jürgen: „Reformaktivismus
schadet nur“, in: *Frankfurter Rundschau,*
31.5.03

von Hagen, Jürgen: „Die Zentralbank hat
keinen Spielraum“, in: *Handelsblatt, 2.6.03*

von Hagen, Jürgen und Matthias
Brückner: „Monetary Policy in Unknown
Territory – The ECB in its Early Years“,
in: *David E. Altig und Bruce D. Smith
(Hg.): „Evolution and Procedures in
Central Banking“, Cambridge University
Press 2003*

von Hagen, Jürgen und Susanne Mund-
schenk: „Fiscal and Monetary Policy
Coordination in EMU“, in: *Journal of
International Finance and Economics 8,*
2003, S. 279–95

von Hagen, Jürgen und Jean Pisani-Ferry:
„Pourquoi l'Europe ne ressemble-t-elle
pas à ce que voudraient les économis-
tes?“, in: *Revue Economique 54, 2003,*
S. 477–488

Höreth, Marcus: „The European Court of
Justice and the U.S. Supreme Court:
Comparable Institutions?“, in: *Gehler,
Michael et al. (Hg.): „Towards a European
Constitution. Historical, Political and
Comparative Aspects: Europe – U.S.“
(im Erscheinen)*

Höreth, Marcus: „Europäische Föderation?“,
in: *Y. Magazin der Bundeswehr,*
1/2003, S. 20

Höreth, Marcus: „From Arguing to
Bargaining Again. The Limits of the
Convention Method“, in: *Internationale
Politik und Gesellschaft 1/2003*

Höreth, Marcus/Janowski, Cordula:
„Titel IV: Die Organe der Union“, in: *ZEI:
Der Verfassungsentwurf des EU-Konvents.
Bewertung der Strukturentscheidungen,
ZEI-Discussion Paper C 124/2003, S. 47 ff.*

Höreth, Marcus/Janowski, Cordula:
„Titel VI: Das demokratische Leben der
Union“, in: *ZEI: Der Verfassungsentwurf
des EU-Konvents. Bewertung der Struktur-
entscheidungen, ZEI-Discussion Paper
C 124/2003, S. 65 ff.*

Iral, Hubert: „The position of the German
Government in the Intergovernmental
Conference“, *published at the website of
EPIN (Centre for European Policy Stu-
dies), Brussels, „Networking the Future of
Europe“, in November 2003*

Iral, Hubert und Albert Roger Njoume
Ekango: „Titel V: Umsetzung der Zustän-
digkeiten der Union“, in: *ZEI: Der Verfas-
sungsentwurf des EU-Konvents. Bewertung
der Strukturentscheidungen, ZEI-Discussion
Paper C 124/2003, S. 39 ff.*

Koenig, Ch., J.-D. Braun und R. Pfromm:
„Beihilfenrechtliche Probleme des EG-
Emissionsrechtshandels“, in: *Zeitschrift
für Wettbewerbsrecht (ZWeR) 2003,*
S. 152 ff.

Koenig, Ch., J. Kühling und W. Rasbach:
„Versorgungssicherheit im Wettbewerb –
Ein Vergleich der gemeinschaftsrecht-
lichen, französischen und deutschen
Energierichtsordnung“, in: *Zeitschrift für
neues Energierecht (ZNER) 2003, S. 3 ff.*

Koenig, Ch., J. Kühling und W. Rasbach:
„Das energierechtliche Unbundling-
Regime“, in: *Recht der Energiewirtschaft
(RdE) 2003, S. 221 ff.*

Kühnhardt, Ludger: „An EU Constitutional Twist: No representation without taxation“, in: *European Affairs (Washington D.C.)*, Vol.4, No.2/Spring 2003, S. 76 ff.

Kühnhardt, Ludger: „Implications of a Constitution for European identity“, in: *The Malta Independent on Sunday*, 13. April 2003, S. 21, auch in: *WorldSecurityNetwork.com*, 3. März 2003

Michels, Georg: „Der schwere Gang – eine kurze Geschichte der europäischen Integration“, in: *Stichwort „Europa“*, *Homepage der Friedrich-Ebert-Stiftung*

Mundschenk, Susanne: „Konstanz Seminar on Monetary Theory and Monetary Policy 2002“, in: *Kredit und Kapital*, 1/2003

Mundschenk, Susanne: „The impact of the Euro on EU employment“, in: *International Review of Employment*, July 2003

Rasbach, W. und K. Schreiber: „Legal Unbundling – Damoklesschwert oder Hoffnungsschimmer?“, in: *Zeitschrift für neues Energierecht (ZNER)* 2003, S. 124 ff.

Seidel, Martin: „Euro-Banknoten ohne Angabe der emittierenden Banken“, in: *Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht* 12/2003, S. 353

Seidel, Martin: „Euro-Banknoten ohne Angabe der emittierenden Banken“, in: *Deutsche Bundesbank, Auszüge aus Presseartikeln*, Nr. 33 2003, S. 17 f.

Seidel, Martin: „Nach Nizza und Stockholm: Stand des Binnenmarktes und Prioritäten für die Zukunft“, in: *Caesar, Rolf und Hans-Eckart Scharrer (Hg.): „Der unvollendete Binnenmarkt“*, *Veröffentlichungen des HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung – Hamburg*, Bd. 72, *Nomos, Baden-Baden* 2003, S. 29 – 49

Seidel, Martin: „Pro futuro: Kraft Gemeinschaftsrechts Vorrang des höheren einzelstaatlichen Grundrechtsschutzes?“, in: *Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht* 4/2003, S. 9

Seidel, Martin: „Reformzwänge innerhalb der EU angesichts der Osterweiterung“ (deutsch und ungarisch), in: *Rácz, Margit (Hg.): EU-Kaleidoskop / EU-Kaleidoskop, Ungarns EU-Reife und die Bereitschaft der Europäischen Union – Standpunkte von deutschen und ungarischen Experten*, *Budapest*, 2003, S. 29 ff. bzw. S. 186 ff.

Seidel, Martin: „Die Weisungs- und Herrschaftsmacht der Europäischen Zentralbank im System der Europäischen Zentralbanken – eine rechtliche Analyse“, in: *Hankel, Wilhelm, Karl Albrecht Schachtschneider und Joachim Starbatty (Hg.): „Der Ökonom als Politiker – Europa, Geld und die soziale Frage“*, *Festschrift für Wilhelm Nölling*, *Stuttgart*, 2003, S. 482 ff.

Zervakis, Peter: „Die Europäisierung der Zypernfrage. Ein Modell zur Vermittlung konfliktärer Interessen?“, in: *Ansgar Klein / Ruud Koopmans / Hans-Jörg Trenz u.a.: „Bürgerschaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa“*, *Opladen: Leske und Budrich* 2003, S. 313–334

Zervakis, Peter: „The Europeanisation of the Cyprus Question. A Model for Conflict Resolution“, in: *Politicka Misao, Croatian Political Science Review*, 39 (2002) 5, S. 156–173

Zervakis, Peter: „Der Hellenozentrismus als Fremdkörper in der Europäischen Union. Zur Bedeutung kultureller Determinanten in der Europäisierung der Mitgliedstaaten am Beispiel Griechenland“, in: *Franz Knipping (Hg.): „Aufbruch und Krise: Die Europäische Integration in den Jahren 1970–1984“*, *Opladen: Leske und Budrich* 2003

Zervakis, Peter: „The Post-Nice Process: Towards a European Constitution?“, in: *Future Membership in Future Europe, Fourth Annual Conference, Conference Proceedings*, *Sofia (European Institute and Open Society Foundation)* 2003

Zervakis, Peter, unter Mitarbeit von Stefanie Heitmar: „Der gegenwärtige Stand der politischen und wirtschaftlichen Beitrittsfähigkeit Polens zur Europäischen Union“, in: *Katja Freter-Bachnak (Hg.): „Die Erweiterung der EU um Polen“*, *Frankfurt/Main (Hessische Landeszentrale für Politische Bildung)* 2003

Zervakis, Peter: „Das politische System Griechenlands“, in: *Wolfgang Ismayr (Hg.): „Die politischen Systeme Westeuropas“*, 3. Auflage, *Opladen* 2003, S. 687–730

Zervakis, Peter: „Die politischen Systeme Zyperns“, in: *Wolfgang Ismayr (Hg.): „Die politischen Systeme Osteuropas“*, 2. Auflage, *Opladen: Leske und Budrich* 2003

Forschungsgruppe II: „Europäische Mikrostrukturen, Regulierungs- und Wettbewerbspolitik“

Engelmann, Ch., F. Meurer und B. Verhasselt: „Lösungsansätze für die Problematik der Off-Label-Therapie mit Arzneimitteln“, in: *Neue Zeitschrift für Sozialrecht (NZS)* 2003, S. 70 ff.

Koenig, Ch.: „Was wäre (gewesen), wenn T-Online von Microsoft ...“, in: *Wirtschaft und Wettbewerb (WuW)* 2003, S. 3

Koenig, Ch.: „Insolvenzunfähigkeit juristischer Personen des öffentlichen Rechts – ein Beihilfentatbestand nach Art. 87 Abs. 1 EG?“, in: *Der Betriebs-Berater (BB)* 2003, S. I

Koenig, Ch.: „Die Beurteilung der Marktmacht vertikal integrierter Unternehmen auf dem Telekommunikationssektor (Art. 14 Abs. 3 Rahmenrichtlinie)“, in: *Kommunikation & Recht-Beilage (K&R-Beilage)* 2003, S. 19

Koenig, Ch.: „Gibt es eine EG-beihilfenrechtliche Kommissionsphilosophie der Infrastrukturförderung?“, in: *Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht (EuZW)* 2003, S. 641

Koenig, Ch.: „Die neuen EG-beihilfenrechtlichen Kompensationsmaßstäbe in der Daseinsvorsorge – das Altmark Trans-Urteil in der Praxis“, in: *Der Betriebs-Berater (BB)* 2003, S. 2185 ff.

Koenig, Ch., D. Beer und K. Hentschel: „Rechtliche Koordinaten zur Beurteilung von DMP Verträgen – am Beispiel eines strukturierten Behandlungsprogramms zur Verbesserung der Versorgung von Brustkrebspatienten“, in: *Qualitätsmanagement in Klinik und Praxis (Q-med)* 2003, S. 90 ff.

Koenig, Ch. und Ch. Busch: „Vergabe- und haushaltsrechtliche Koordinaten der Hilfsmittelbeschaffung durch Krankenkassen“, in: *Neue Zeitschrift für Sozialrecht (NZS)* 2003, S. 461 ff.

Koenig, Ch., Ch. Engelmann und K. Hentschel: „Die wettbewerbsrechtliche Beurteilung von Werbemaßnahmen gesetzlicher Krankenkassen, am Beispiel der werbenden Ankündigung von Modellvorhaben“, in: *Wettbewerb in Recht und Praxis (WRP)* 2003, S. 831 ff.

Koenig, Ch., Ch. Engelmann und K. Hentschel: „Rechtlich zulässige Steuerungsoptionen zur Qualitätsförderung und Kostensenkung in der GKV im Bereich ärztlich veranlasster Leistungen“, in: *Die Sozialgerichtsbarkeit (SGb)* 2003, S. 189 ff.

- Koenig, Ch., Ch. Engelmann und F. Meurer: „Die Schlussanträge im EuGH-Verfahren in Sachen DocMorris: Ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer liberalisierten und sicheren Arzneimittelversorgung in Europa“, in: *Pharmarecht (PharmR)* 2003, S. 113 ff.
- Koenig, Ch. und A. Haratsch: „The Licence-Fee-Based Financing of Public Service Broadcasting in Germany after the Altmark Trans Judgment“, in: *European State Aid Law (EstAL)* 2003, S. 569 ff.
- Koenig, Ch. und A. Haratsch: „Die Rundfunkgebühren auf dem Prüfstand des Altmark Trans-Urteils des Europäischen Gerichtshofs“, in: *Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht (ZUM)* 2003, S. 804 ff.
- Koenig, Ch. und A. Haratsch: „Grundzüge des Deutschen und des Europäischen Vergaberechts“, in: *Neue Juristische Wochenschrift (NJW)* 2003, S. 2637 ff.
- Koenig, Ch. und J. Kühling: „Verfahrensvielfalt und Wahl des richtigen Vergabeverfahrens – Fallstricke bei der Ausschreibung von Infrastrukturaufträgen“, in: *Neue Zeitschrift für Baurecht und Vergaberecht (NZBau)* 2003, S. 126 ff.
- Koenig, Ch. und J. Kühling: „Infrastrukturförderung im Ausschreibungsverfahren – EG-beihilfenrechtlicher Königsweg der Kompensation von gemeinwirtschaftlichen Pflichten“, in: *Deutsches Verwaltungsblatt (DVBl.)* 2003, S. 289 ff.
- Koenig, Ch. und J. Kühling: „Totgesagte Vorschriften leben länger“, in: *Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Wirtschaftsrecht (ZHR)* 2003, S. 656 ff.
- Koenig, Ch. und J. Kühling: „Diskriminierungsfreiheit, Transparenz und Wettbewerbsoffenheit des Ausschreibungsverfahrens – Konvergenz von EG-Beihilfenrecht und Vergaberecht“, in: *Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht (NVwZ)* 2003, S. 779 ff.
- Koenig, Ch., J. Kühling und K. Winkler: „Pflichten zur Veränderung von Netzinfrastrukturen – Eine Analyse der telekommunikations- und energierechtlichen Vorgaben“, in: *Wirtschaft und Wettbewerb (WuW)* 2003, S. 228 ff.
- Koenig, Ch., S. Loetz und A. Neumann: „Sektorspezifische Regulierung im neuen Telekommunikationsrecht“, in: *Kommunikation & Recht-Beilage (K&R-Beilage)*, 2/2003, S. 1 ff.
- Koenig, Ch. und R. Lorz: „Stärkung des Subsidiaritätsprinzips“, in: *Juristenzeitung (JZ)* 2003, S. 167 ff.
- Koenig, Ch. und E.-M. Müller: „Aut idem und die Abgabeverpflichtung für Importarzneimittel gemäß § 129 Abs. 1 Satz 1 SGB V“, in: *Die Sozialgerichtsbarkeit (SGB)* 7/2003, S. 371 ff.
- Koenig, Ch. und A. Neumann: „Das Ende des sektorspezifischen Datenschutzes für die Telekommunikation?“, in: *Zeitschrift für Rechtspolitik (ZRP)* 2003, S. 5
- Koenig, Ch. und A. Neumann: „Trusted Computing – Initiative und Wettbewerbsrecht...und raus bist du“, in: *Magazin für professionelle Informationstechnik (IX)* 2003, S. 107 ff.
- Koenig, Ch. und A. Neumann: „Telekommunikationsrechtliche Regulierung von Domainnamen“, in: *Computer und Recht (CR)* 2003, S. 182
- Koenig, Ch. und A. Neumann: „Der Arbeitsentwurf zur Novellierung des TKG und die regulatorischen Herausforderungen des Internet-Zeitalters“, in: *Kommunikation & Recht (K & R)* 2003, S. 217
- Koenig, Ch. und A. Neumann: „TCPA, TCG, Palladium und NGSCB – Anforderungen des EG-Wettbewerbsrechts an vertrauenswürdige Systemumgebungen“, in: *Multimedia und Recht (MMR)* 2003, S. 695 ff.
- Koenig, Ch. und A. Neumann: „Standardisierung und EG-Wettbewerbsrecht – ist bei vertrauenswürdigen Systemumgebungen wettbewerbspolitisches Misstrauen angebracht?“, in: *Wirtschaft und Wettbewerb (WuW)* 2003, S. 1138 ff.
- Koenig, Ch. und D. O'Sullivan: „Is 'Trusted Computing' an Antitrust Problem? Microsoft et al. Under Scrutiny“, in: *European Competition Law Review (ECLR)* 2003, S. 449 ff.
- Koenig, Ch. und R. Pfromm: „EG-beihilfenrechtliche Entbündelung in der Infrastrukturförderung“, in: *Sächsische Verwaltungsblätter (SächsVBl.)* 2003, S. 281 ff.
- Koenig, Ch. und M. Scholz: „Öffentliche Infrastrukturförderung durch Bau- und Betriebsgesellschaften im EG-beihilfenrechtlichen Kontrollraster der Europäischen Kommission“, in: *Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht (EuZW)* 2003, S. 133 ff.
- Koenig, Ch. und M. Scholz: „Die Förderung transeuropäischer Netze“, in: *Europäisches Wirtschafts- & Steuerrecht (EWS)* 2003, S. 223
- Koenig, Ch. und M. Scholz: „Regionalförderung, Public-Private-Partnership und die Nichterfüllung von Förderkonditionen“, in: *Die öffentliche Verwaltung (DÖV)* 2003, S. 756 ff.
- Koenig, Ch. und U. Steiner: „Die Anwendbarkeit des Vergaberechts auf die Leistungsbeziehungen zwischen Krankenhäusern und Krankenkassen“, in: *Zeitschrift für europäisches Sozial- und Arbeitsrecht (ZESAR)* 2003, S. 98 ff. (Teil I) und S. 150 ff. (Teil II)
- Koenig, Ch., I. Vogelsang, J. Kühling, S. Loetz und A. Neumann: „Workable Competition' in Telecommunications Markets – The Example of Germany“, in: *Computer and Telecommunications Law Review (CTLR)* 2003, S. 68
- Koenig, Ch., I. Vogelsang, J. Kühling, S. Loetz und A. Neumann: „Der Begriff des funktionsfähigen Wettbewerbs im deutschen Telekommunikationsrecht“, in: *Kommunikation & Recht (K&R)* 2003, S. 8
- Koenig, Ch. und K. Winkler: „Die (Ultima) Ratio der Regulierung des Endnutzermarktes“, in: *Telekommunikations- & Medienrecht (TKMR)* 2003, S. 371 ff.
- Kühling J. und O. Lieth: „Dogmatik und Pragmatik als leitende Parameter der Rechtsgewinnung im Gemeinschaftsrecht“, in: *Europarecht (EuR)* 2003, S. 371 ff.
- Kühling J. und L. Wachinger: „Das Altmark Trans-Urteil des EuGH – Weichenstellung für oder Bremse gegen mehr Wettbewerb im deutschen ÖPNV?“, in: *Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht (NVwZ)* 2003, S. 1202 ff.
- Loetz, S. und A. Neumann: „The Scope of Sector-specific Regulation in the European Regulatory Framework for Electronic Communications“, in: *German Law Journal (GLJ)* 2003, S. 1307
- Pfromm, R.: „Die entgeltfreie Allokation von Emissionszertifikaten – eine wettbewerbsrechtliche Sackgasse?“, in: *Zeitschrift für Immaterialgüter-, Informations- und Wettbewerbsrecht* 2003, S. 537 ff.
- Wolff, Reinmar und A. Neumann: „Anordnung der Auskunft über Telekommunikationsverbindungsdaten gegen unbekannt?“, in: *Neue Zeitschrift für Strafrecht (NSTZ)* 2003, S. 404
- Wolff, Reinmar und A. Neumann: „Informationsermittlung für Anordnungen nach §§ 100a und 100g StPO im Wege telekommunikationsrechtlicher Auskunftsverfahren“, in: *Telekommunikations- & Medienrecht (TKMR)* 2003, S. 110

Forschungsgruppe III: „Makroökonomische Politik und Institutionen“

- Adkins, Lee C. und Ronald Moomaw.: „The Impact of Local Funding on the Technical Efficiency of Oklahoma Schools“, in: *Economics Letters* 81 (3), October 2003
- Burhop, Carsten und Guntram Wolff: „Datenwahl, Methodenwahl und ihre Bedeutung für die Konjunkturgeschichte“, in: *Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte*, vol. 91, 2004
- Dahlberg, Mats und Jürgen von Hagen: „Swedish Local Governments: Is There a Bail-out Problem?“, in: *Per Molander* (Hg.): „Fiscal Federalism in Unitary States“, *ZEI Studies in European Economics and Law*. Boston: Kluwer 2003
- Dinger, Valeriya und Jürgen von Hagen: „Risk effects of bank specialization in Central and Eastern Europe“, *erscheint in: European Review of Finance and Economics*
- Ghoneim, A. Farouk, Jürgen von Hagen und Susanna Wolf: „Trade Relations Between the EU and North Afrika“, in: *Peter K. Cornelius* (Hg.): „The Arab World Competitiveness Report 2002-2003“, Oxford: Oxford University Press 2003
- von Hagen, Jürgen: „Discussion of ‚Monetary policy transmission in the euro area: Where do we stand?‘“, in: *I. Angeloni, A. Kashyap und Benoit Mojon* (Hg.): „Monetary Policy Transmission in the Euro Area“, Cambridge: Cambridge University Press 2003
- von Hagen, Jürgen: „EMU: Monetary Policy Issues and Challenges“, in: *Mark Baimbridge* (Hg.): „Economic and Monetary Union in Europe“, Camberley: Edward Elgar 2003
- von Hagen, Jürgen: „Finns det ett bailoutproblem i Sverige?“, in: *Per Molander* (Hg.): „Staten och kommunerna“, Stockholm: SNS Förlaga 2003
- von Hagen, Jürgen: „Fiscal Policies in the European Monetary Union“, in: *Jürgen B. Donges* (Hg.): „The Financial System in the Europe of the Euro“, Madrid: Fundacion Ico 2003
- von Hagen, Jürgen: „Die Notenbankzinsen müssen heraufgesetzt werden!“, in: *Handelsblatt*, 10.11.03
- von Hagen, Jürgen: „Reale Wechselkurse und Deflation in der Währungsunion“, in: *Deutsche Bundesbank Auszüge aus Presseartikeln* 49, 12, November 2003, S. 11–15
- von Hagen, Jürgen, Barry W. Ickes und Iulia Traistaru: „Central and Eastern Europe: Economic Developments, Reforms, and Geography“, in: *Peter K. Cornelius* (Hg.): „The Global Competitiveness Report 2002-2003“, Oxford: Oxford University Press
- von Hagen, Jürgen und Iulia Traistaru: „Davos: World Economic Forum May 2003“, in: *The South-East Europe Review* 2002–2003
- von Hagen, Jürgen und Jizhong Zhou: „The Determination of Capital Controls: Which Role do Exchange Rate Regimes Play“, in: *Journal of Banking and Finance* forthcoming
- Iara, Anna und Iulia Traistaru: „How Flexible are Wages in EU Accession Countries?“, *erscheint in: Labour Economics Special Issue – Conference Volume 2003*
- Moomaw, Ronald: „Multifunctional Land Use: Lessons from Jane Jacobs and Shopping Malls“, in: *Nijkamp, P., C. Rodenburg und R. Vreeker* (Hg.): *Economics of Multifunctional Land Use*, Amsterdam, 2003, S. 49–54
- Moomaw, Ronald und E. Yang: „Total Factor Productivity and Economic Freedom: Implications for EU Enlargement“, *erscheint in: Traistaru, Iulia, John Bradley und George Petrakos* (Hg.): „The Economics and Policy of Cohesion in an Enlarged European Union“, Boston: Kluwer Academic Publishers
- Orlowski, Lucjan: „Convergence of Exchange Rate and Inflation Risk Premiums in the Asian and Central European Emerging Market Economies“, in: *Thammasat Economic Journal*, Vol. 21, No. 3, September 2003
- Orlowski, Lucjan: „Monetary Convergence and Risk Premiums in the EU Accession Countries“, in: *Open Economies Review*, Vol. 14, No. 3, July 2003
- Orlowski, Lucjan: „The Relevance of Inflation and Exchange Rate Risk for Monetary Convergence to the Eurozone“, in: *Journal of Emerging Markets*, Vol. 8, No. 2, Summer 2003
- Pauna, Carmen und Iulia Traistaru: „The Emerging Geography in Romania“, in: *Traistaru, Iulia, Peter Nijkamp und Laura Resmini* (Hg.): „The Economic Geography in EU Accession Countries“, Aldershot: Ashgate Publishing Ltd, 2003, S. 242–284
- Pope, Robin: „Systematic Bias in QALYs Elicited according to Expected Utility Theory“, in: *Economics and Health*: 2002.
- Pope, Robin, Ulrike Leopold-Wildburger und Johannes Leitner: „Zum Verhalten unter Terrorismusgefahren: Eine experimentelle Studie“, in: *Reiter, Erich* (Hg.): „Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik 2003“, S. 801–810.
- Resmini, Laura und Iulia Traistaru: „The Implications of Economic Integration in EU Accession Countries“, in: *Traistaru, Iulia, Peter Nijkamp, Laura Resmini*, (Hg.): „The Economic Geography in EU Accession Countries“, Aldershot: Ashgate Publishing Ltd, 2003, pp. 3–27
- Traistaru, Iulia: „Spatial Clustering of Industrial Activity and Economic Performance: Lessons from EU Accession Countries“, in: *Rodenburg, C., R. Vreeker und P. Nijkamp* (Hg.): *The Economics of Multifunctional Land Use*, Maastricht: Shaker Publishing, 2003, S. 43–47
- Traistaru, Iulia: „Data and Measurement“, in: *Traistaru, Iulia, Peter Nijkamp, Laura Resmini* (Hg.): *The Economic Geography in EU Accession Countries*, Aldershot: Ashgate 2003, S. 41–57
- Traistaru, Iulia: „Integration, Regional Specialisation and Growth Differentials in EU Accession Countries: Evidence from Hungary“, in: *Hausen, Christoph, Marc Resinek, Nicolin Schürmann, and Michael H. Stierle* (Hg.): „Determinants of Growth And Business Cycles: Theory, Empirical Evidence and Policy Implications“ (= INFER Research Edition Vol. 9), *International Network for Economic Research*, Berlin
- Traistaru, Iulia: „European Integration, Regional Specialization and Location of Industrial Activity: A Survey of Theory and Empirical Evidence“, in: *Iulia Traistaru, Peter Nijkamp, Laura Resmini*, (Hg.): „The Economic Geography in EU Accession Countries“, Aldershot: Ashgate Publishing Ltd, 2003, S. 28–45
- Traistaru, Iulia, Peter Nijkamp, und Laura Resmini: „The Emerging Economic Geography in EU Accession Countries: Concluding Remarks and Policy Implications“, in: *Traistaru, Iulia, Peter Nijkamp und Laura Resmini*, (Hg.): „The Economic Geography in EU Accession Countries“, Aldershot: Ashgate Publishing Ltd, 2003, S. 442–449
- Traistaru, Iulia, Peter Nijkamp und Simonetta Longhi: „Specialization of Regions and Concentration of Industries in EU Accession Countries“, in: *Traistaru, Iulia, Peter Nijkamp und Laura Resmini* (Hg.): „The Economic Geography in EU Accession Countries“, Aldershot: Ashgate Publishing Ltd, 2003, S. 331–371

Forschungsgruppe V: „Europas Rolle in der Welt“

Biermann, Rafael: „Stabilitätspakt und EU-Balkanpolitik: von der Stabilisierung zur Integration?“, in: *Heiner Timmermann und Aleksandar Jakir (Hg.): „Europas Tragik. Ex-Jugoslawien zwischen Hoffnung und Resignation“, Dokumente und Schriften der Europäischen Akademie Otzenhausen, Bd. 106, Münster/Hamburg/London 2003, S. 23–42.*

Kühnhardt, Ludger: „Deutschland: Partner oder Moralist? Frankreich und Großbritannien werden die bestimmenden Mächte Europas sein“, in: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, Nr. 17, 27. April 2003, S. 12*

Kühnhardt, Ludger: „Deutschlands Rolle in der Welt: Riese ohne Realitätssinn“, in: *Rheinischer Merkur, Nr.29, 17. Juli 2003, S. 4*

Kühnhardt, Ludger: „Drei Lücken, ein Problem. Europa darf sich nicht gegen Amerika definieren: Für eine neue atlantische Gemeinschaft“, in: *Die Welt, 23. Juni 2003, S. 9*

Kühnhardt, Ludger: „Europe's view of man under pressure“, in: *Gustavo Gozzi (Hg.), „Le prospettive Europee di apertura all'Europa Orientale e ai paesi del Mediterraneo“, Ravenna 2003, S. 49 ff.*

Kühnhardt, Ludger: „Flucht und Vertreibung: Wie erinnern wir uns angemessen?“, in: *Fokus Politik, Rundfunk Berlin-Brandenburg, Sendetermin: 12. Dezember 2003, auch in: MUT. Forum für Kultur, Politik und Geschichte, Nr.435, November 2003, S. 42 ff.*

Kühnhardt, Ludger: „Früher im Ausland Sorge über Deutschlands Stärke, heute Besorgnis wegen seiner Schwäche“, in: *Der Hauptstadtbrief (Berlin), Nr.43, Juni 2003, S. 26 ff.*

Kühnhardt, Ludger: „Globalisierung und europäische Integration. Folgerungen für politische Philosophie und Ideengeschichte“, in: *MUT. Forum für Kultur, Politik und Geschichte, Nr. 427, März 2003, S. 10 ff.*

Kühnhardt, Ludger: „Globalización y la integración europea“, in: *Revista Vitral No. 58 * año X * noviembre – diciembre de 2003*

Kühnhardt, Ludger: „Ideengeschichte: Was bleibt?“, in: *Studia Historica (Rumänien) Band 19, Nr.1/2002, S. 143 ff.*

Kühnhardt, Ludger: „Marcas do pos-11 de Setembro“, in: *O Mundo em Portugues, Ano.IV, No.48/September 2003, S. 10*

Kühnhardt, Ludger: „Obituary: A great loss for Europe – Zoran Djindjic did not die in vain“, in: *SOE Monitor. Task Force South Eastern Europe, Vol.3, No.2, April 2003, S. 1 f.*

Kühnhardt, Ludger: „Partnerschaft Europas und der USA gefährdet. Kampf um die Macht statt Kampf für die Menschenrechte“, in: *Focus, Nr.11/2003, 10.März 2003, S. 52*

Kühnhardt, Ludger: „The global society and its enemies: 9/11' and the future of the Atlantic civilization“, in: *Croatian International Relations Review, Vol. VIII, No. 28/29-2002, S. 115 ff., auch in: Totalitarian Movements and Political Religions, Herbst 2003, Vol. 4/Nr. 2, S. 157 ff.*

Kühnhardt, Ludger: „System-opening cooperative transformation of the Greater Middle East. A new transatlantic project and a joint Euro-Atlantic-Arab task“, in: *WorldSecurityNetwork.com, 25. September 2003*

Kühnhardt, Ludger: „Die Türkei und Europa“, in: *MUT. Forum für Kultur, Politik und Geschichte, Nr. 431, Juli 2003, S. 42 ff.*

Kühnhardt, Ludger: „Wieder Freundschaft nach dem Krieg? Reflexionen über das deutsch-amerikanische Verhältnis“, in: *FORUM. Vortragsreihe des Instituts der Deutschen Wirtschaft Köln, Jahrgang 53, Nr. 37, 9.September 2003, 4 Seiten, auch in: Politische Studien, 54. Jahrgang, September/Oktober 2003, S. 64 ff.*

Kühnhardt, Ludger: „Die Zerrissenheit Europas und die transatlantische Zukunft. Perspektiven nach dem Kalten Krieg des Westens“, in: *Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB), Reihe „Fokus Politik“, Sendetermin: 8.August 2003*

Kühnhardt, Ludger und Hans-Gert Pöttering: „EU-USA: Plädoyer für einen Atlantischen Vertrag“, in: *Integration, 26. Jahrgang, Nr.3/03 (Juli 2003), S. 244 ff.*

Meiers, Franz-Josef: „A Change of Course? German Foreign and Security Policy after Unification“, in: *Winand Gellner und John D. Robertson (Hg.), „The Berlin Republic. German Unification and a Decade of Changes“, London 2003, S. 195–216*

Michels, Georg: „Einleitung“, in: *Auf der Suche nach einem Phantom? Europa in der Geschichtswissenschaft, hg.v. Georg Michels (Schriften des Zentrums für Europäische Integrationsforschung. Bd. 42), Baden-Baden 2003, S. 9–18*

Michels, Georg: „Einleitung“, in: *Schürrings, Ute: „Zwischen Pommes und Praline. Mentalitätsunterschiede, Verhandlungs- und Gesprächskultur in den Niederlanden, Belgien, Luxemburg und Nordrhein-Westfalen“, hg. v. Georg Michels und Bernd Müller, Münster 2003, S. 11–14*

Michels, Georg: „Einleitung“, in: *Die Rheingesellschaft. Mentalitäten, Kulturen und Traditionen im Herzen Europas, hg.v. Jacobus Delwaide, Georg Michels und Bernd Müller (Schriften des Zentrums für Europäische Integrationsforschung. Bd. 56), Baden-Baden 2003, S. 9–14*

Michels, Georg: „Stürmische Zeiten für die Danziger. Jahrestagung der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung im Kaschubischen Institut“, in: *Preußische Allgemeine Zeitung v. 8.11.2003, S. 21*

Michels, Georg: „Dem Volk bleibt nur der Platz im Keller“, in: *Rheinischer Merkur, Nr. 14 vom 3.4.2003*

Zervakis, Peter: „Die Bologna-Erklärung zur Schaffung eines Europäischen Hochschulbildungsraums“, in: *Rechtshandbuch für Wissenschaft und Forschung. Recht von A bis Z für den Wissenschaftsbereich. Hg. von Jürgen-Peter Henckel / Christian Winter, Hamburg: Dashöfer, 2003, Kap. 9/1*

Zervakis, Peter: „Der Bologna-Prozess und die Europäisierung des Hochschul- und Forschungsraumes“, in: *Thomas Studer (Hg.), „Erfolgreiche Leitung von Forschungsinstituten, Hochschulen und Stiftungen“, 2. Auflage, Hamburg: Dashöfer Verlag, 2003, Kapitel 5.2, S. 1–4, 1–4, 1–2, 1–13*

Zervakis, Peter: „Globalisierung und Europäisierung als Herausforderungen für den Wandel des Nationalstaates in Europa“, in: *„Ethik, Politik und Kulturen im Globalisierungsprozess, Eine interdisziplinäre Zusammenführung“, hg. von Ralf Elm, Bochum: Projekt Verlag 2003, S. 280–317*

Zervakis, Peter und Sébastien von Gossler: „40 Jahre Elysée-Vertrag: Hat das deutsch-französische Tandem noch eine Zukunft?“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte, B 3–4/2003, S. 6–13*

Kooperationspartner

„Al Quds“ – Zeitung Palästinensische Gebiete
(lokale Ausgabe)

Al Quds-Universität von Jerusalem
(Palästinensisches Autonomiegebiet)

American University Beirut

AOL America Online Inc. Deutschland, Hamburg

Arnold Bergstraesser Institut für
kulturwissenschaftliche Forschung, Freiburg

Artikel5.de, Tübingen

Ascom Deutschland GmbH, Frankfurt

Außenministerium der Republik Bulgarien

Außenministerium der Republik Lettland

Außenministerium der Republik Litauen

Außenministerium der Republik Slowakei

Auswärtiges Amt, Berlin

Aventis Behring GmbH, Marburg

Aventis Pharma Deutschland, Bad Soden

Bank von Spanien, Madrid

Bergische Universität GSH Wuppertal

Berufsverband deutscher Laborärzte e.V., Düsseldorf

Betriebskrankenkasse (BKK) Berlin

Bilkent Universität, Ankara

Bonner Universitätsnachrichten "Forsch"

Bosporus-Gesellschaft, Bonn

Botschaft des Staates Israel, Berlin

Bulgarisch-Rumänisches Interuniversitäres Zentrum für
Europastudien, Rousse / Giurgiu

Bundesministerium für Bildung und Forschung, Bonn

Bundesministerium für Finanzen, Berlin

Bundesministerium für Gesundheit, Berlin

Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (BMWA),
Berlin

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung (BMZ), Bonn

Bundespresseamt, Berlin

Bundesfachverband der Arzneimittelhersteller, Bonn

Bundesverband der Betriebskrankenkassen, Essen

Bundesverband der deutschen Industrie e.V., Berlin

Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie e.V.,
Berlin

Center for Economic Policy Research (CEPR), London

Center for Europe, Warszawa

Center for European Policy Studies, Brussel

Centrum für angewandte Politikforschung
der Universität München

Center for European Studies, Cluj

Center for European Studies, Sichuan University, China

Center for European Studies, Limerick

Center for Modern Management Shanghai

Centre d'étude de la vie politique, Université Libre de
Bruxelles

Centre d'Etudes Prospectives et d'Investigations
Internationales (CEPII), Paris

Centre for European Studies Research,
University of Portsmouth, England

Centre for Foreign Policy Studies, Budapest

Centre Interdisciplinaire De La Recherche Comparative
En Sciences Sociales, Paris

Centre Interdisciplinaire pour la Recherche Comparative
en Sciences Sociales (CIR), Paris

Centrum voor Duitsland Studies, Nijmegen

CIREC New Media (Centre for International Research on
Electronic Communications), Münster

Club of Rome

Columbia University

debitel AG, Stuttgart

Department of Political Science, New Bulgarian University,
Sofia

Deutsch-Kasachische Universität Kasachstan /Almaty

Deutsche Botschaft in Amman (Jordanien)

Deutsche Botschaft in Tel Aviv (Israel)

Deutsche Bundesbank, Frankfurt

Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik

Deutsche Gesellschaft für regulatorische Angelegenheiten
e.V., Bonn

Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit
(GTZ), Berlin

Deutsche Telekom AG, Bonn

Deutsche Welle, Bonn

Deutscher Akademischer Austauschdienst, Bonn

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin

Deutsches Orient-Institut, Hamburg

Deutschlandfunk, Köln

Diplomatenakademie Kroatien, Zagreb

Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/Oder

Europäische Kommission, Brüssel (Belgien)

Europäische Rechtsakademie (ERA), Trier

Europäische Volkspartei (EVP) in Brüssel, Straßburg

Europäische Zentralbank (EZB), Frankfurt

EUROPAEUM, Oxford (United Kingdom)

- Europaministerium der Republik Kroatien
 Europarat, Straßburg
 Europaspiegel
 Europe 2020, Paris
 European Association of Mail Service Pharmacies
 European Institute, Sofia
 Evangelisch-Theologische Fakultät der Universität Bonn
 Evropaiki Ekfrassi Athina, Athen
 Exeter University, England
 Fonds Hessischer Arzneimittelhersteller e.V., Frankfurt
 Foreign Ministry of Thailand, Bangkok
 Forschungszentrum Jülich GmbH, Jülich
 Freshfields Bruckhaus Deringer, Köln
 Friedrich Ebert Stiftung (FES), Bonn, Berlin
 Friedrich Naumann Stiftung
 Fritz Thyssen Stiftung, Köln
 Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg
 Geisteswissenschaftliches Zentrum Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas (GWZO), Leipzig
 General-Anzeiger, Bonn
 Gerhard-Mercator-Universität Duisburg
 Gesellschaft für Europäische Sozialpolitik
 Gesellschaft „Internationale Studentenfreunde“ e.V., Göttingen
 Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), Berlin
 GTZ-Twinning-Büro, Berlin
 GTZ-Vertretung in Amman (Jordanien)
 GTZ-Vertretung in Al Bireh (Palästinensisches Autonomiegebiet)
 Gustav-Stresemann-Institut (GSI), Bonn
 Hallesches Wirtschaftsforschungsinstitut (HWI), Halle
 Hanns Martin Schleyer-Stiftung, Köln
 Hanns Seidel Stiftung, München
 Harvard University
 Hebräische Universität von Jerusalem (Israel)
 Heinrich Böll Stiftung, Köln
 Hermann und Marianne Straniak Stiftung, Luzern
 Hermann-von-Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren, Berlin
 Hochschulrektorenkonferenz, Bonn
 Industrie-Club e.V., Düsseldorf
 Informationszentrum Europa, Stadt Köln
 Institut für Auslandsbeziehungen (IfA), Stuttgart
 Institut für Deutsches und Europäisches Parteienrecht, Fernuniversität Hagen
 Institut für Deutsches und Europäisches Parteienrecht, Universität Düsseldorf
 Institut für Europäische Politik, Berlin
 Institut für Europäisches Medienrecht e.V. (EMR), Saarbrücken
 Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH)
 Institut für Politikwissenschaft und Europäische Fragen, Universität Köln
 Institut Robert Schuman an der Universität Bonn
 Institut für Weltwirtschaft, Kiel
 Institute for Political Science, Hungarian Academy of Sciences, Budapest
 Institute of Sociology, Hungarian Academy of Sciences, Budapest
 The Interdisciplinary Centre for Comparative Research in the Social Science (ICCR), Wien-Paris
 Israelisches Ministerium für Kommunikation, Jerusalem (Israel)
 Istituto di Sociologia, Università degli Studi, Urbino, Italien
 Kommission der Europäischen Union
 Japanologisches Seminar der Universität Bonn
 Junge Union Deutschlands, Berlin
 Kasachisches Institut für Strategische Studien beim Präsidenten der Republik Kasachstan, Almaty
 Katholisch-Theologische Fakultät der Universität Bonn
 Keele European Research Centre, Keele University, United Kingdom
 Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS), St. Augustin, Berlin
 Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
 Landesverband Hessen im Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie e.V., Frankfurt
 Landesvertretung Nordrhein-Westfalen bei der Europäischen Union, Brüssel (Belgien)
 Le Centre Interdisciplinaire, Paris
 London School of Economics and Political Science
 Ludwig-van-Mise Institut, Leuven
 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, Heidelberg
 Mediterranean Academy of Diplomatic Studies, University of Malta
 Microsoft Corporation, Redmond (U.S.A.)
 Microsoft Deutschland GmbH, Unterschleißheim
 Middle East Technical University, Ankara

Ministerium des Inneren des Landes Sachsen-Anhalt, Magdeburg	Fachbereich
Ministerium für Europäische Integration der Republik Kroatien	Universität Jena, Politologisches Seminar
Mobilcom AG, Rendsburg-Büdelndorf	Universität Kiel
Monopolkommission, Bonn	Universität zu Köln
NEXNET GmbH, Berlin	University of Brno, Brno, Czech Republik
Nordamerika-Programm der Universität Bonn	University College of Southern Stockholm (Södertörns högskola), Stockholm
Novi Sad University	University of Helsinki
O2 Germany GmbH & Co. KG, München	University of Minnesota
OSZE, Wien	University of Montenegro
Palästinensische Generaldelegation in Bonn und Berlin	University Trnava, Slowakei
Pontificio Comitato Di Scienze Storiche, Rom	Verband der Anbieter von Telekommunikations- und Mehrwertdiensten (VATM) e.V., Köln
Palästinensisches Ministerium für Post und Telekommunikation, Ramallah (Palästinensisches Autonomiegebiet)	Vertretung des Landes Baden-Württemberg bei der Europäischen Union, Brüssel
Politiken Kopenhagen	Vertretungsbüro der Bundesrepublik Deutschland, Ramallah (Palästinensisches Autonomiegebiet)
Politologisches Seminar der Universität Dresden	Verwaltungshochschule des Bundes in Brühl
Pontificio Comitato Di Scienze Storiche, Rom	VIAG Interkom GmbH & Co., München
Radio Free Europe in Prag	Wilton Park, Sussex, UK
Rechtsanwaltskanzlei Becker, Büttner, Held, Berlin	Wissenschaftliches Institut für Kommunikationsdienste (WIK), Bad Honnef
Rechtsanwaltskanzlei Haver & Mailänder, Brüssel (Belgien)	Wissenschaftszentrum Berlin
Rechtsanwaltskanzlei Heinle, Felsch, Baden, Redeker & Partner, Bonn	Y. Jahnsson-Foundation, Helsinki
Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post (RegTP), Bonn	Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF), Bonn
Robert-Bosch-Stiftung, Stuttgart	Zentrum für Europäisches Wirtschaftsrecht der Universität Bonn
The School of Social Studies at the Political Science Department at Masaryk	Zentrum für Niederlande-Studien, Münster
Sorbonne Paris III	Zentrum für Türkei-Studien, Essen
Soziologisches Institut, Polnische Akademie der Wissenschaften, Warschau	
Sprachwissenschaftliches Seminar der Universität Bonn	
Staatskanzlei Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf	
Stadtwerke Bonn	
Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, Essen	
Südosteuropa-Gesellschaft, München	
Swedish Institute of International Affairs, Stockholm	
Transparency International, Berlin	
Umea University, Sweden	
Universität Bamberg, Lehrstuhl Soziologie	
Universität Dresden, Politologisches Seminar	
Universität Düsseldorf	
Universität von Haifa (Israel)	
Universität Innsbruck, Historischer und Politologischer	

ZEI Pressestimmen (Auswahl)

„ZEI: Der Master-Studiengang ‚European Studies‘
bereitet auf Top-Positionen vor.“
Bonner General-Anzeiger, 7.1.2003

„Europa-Studiengang in Montenegro eröffnet:
Das Besondere in Podgorica ist der Fokus auf Südosteuropa“
DAAD-Newsletter, 31.3.2003

„Deutsche Epin-Mitglieder sind das in Bonn ansässige Zentrum
für Europäische Integrationsforschung (www.zei.de) sowie die
Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (www.dgap.de).“
Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.5.2003

„Die internationale Akkreditierungsagentur FIBAA hat dem
weiterbildenden Vollzeit-Studiengang Master of European
Studies das Gütesiegel verliehen.“
Kölnische Rundschau, 22.8.2003

„Die Mehrgleisigkeit aus breit gefächerter Theorie und Praxis ist
etwas, worauf das ZEI großen Wert legt und wird von den
Teilnehmern sehr geschätzt.“
Rheinische Post, 21.10.2003

„16 Studierende aus Zentralasien und dem Kaukasus nahmen in
Bonn an einem EU-Sommerseminar teil“
Kölnische Rundschau, 30.8.2003

„Es ist ein Pionierprojekt. Das aus Ausgleichsmitteln errichtete
Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) an der
Uni Bonn hat je 20 Experten aus Israel und Palästina zur ‚Euro-
päischen Sommeruniversität über Telekommunikationsregulie-
rung und E-Commerce-Gesetzgebung‘ nach Bonn eingeladen.“
Kölner Stadtanzeiger, 16.8.2003

„In Schulnoten übersetzt, bedeutet das wohl eine glatte Eins:
Der Master-Studiengang European Studies am Zentrum für Eu-
ropäische Integrationsforschung (ZEI) der Universität Bonn hat
das Gütesiegel der FIBAA mit Bestnoten verliehen bekommen.“
Bonner General-Anzeiger, 2.9.2003

Impressum

Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI),

Walter-Flex-Str. 3, 53113 Bonn

Telefon (02 28) 73 72 49, Telefax (02 28) 73 50 97

E-Mail: zei@uni-bonn.de

Internet: www.zei.de

Satz/Layout/Druck: MediaCompany Berlin GmbH

Bildnachweis: alle ZEI